

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements - Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 RM., monatlich 1,50 RM.,  
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnements: 1,00 RM. pro Monat.  
 Einzeltage in die Postzeitung-  
 Kreisläufe. Unter Anzeigeband für  
 Deutschland und Ostpreußen 4 Pf.,  
 2,50 RM. für das übrige Ausland  
 4 Pf. pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1896.

Die Interfons-Gebühr

beträgt für die sechs/paltine Rotafel-  
 grile oder deren Raum 60 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Berichts-  
 und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das fertige  
 Blatt 20 Pf. (zuletzt 2 fertige  
 Blätter), jedes weitere Blatt 10 Pf.  
 Besondere und Besondere-Anzei-  
 gen das erste Blatt 10 Pf., jedes  
 weitere Blatt 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müßen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 23. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Utopismus.

Die Sozialdemokraten von heute unterschätzen meist sehr, was wir den großen Utopisten, einem Thomas More, Charles Fourier und Robert Owen verdanken. Die marxistische Lehre wurde vielfach verflucht, so aufgeführt, daß der Sozialismus ein naturnotwendiges Ergebnis des sich über sich selbst hinaus entwickelnden Kapitalismus sei, auf dessen Kommen wir nur vorbereitet zu sein brauchen. Die Frage, wie die künftige Gesellschaft beschaffen sein solle, ließe sich vorher ja doch nicht genau beantworten, sei daher vorläufig gegenstandslos.

Diese Auffassung ist deshalb irrig, weil sie übersieht, daß zu den Faktoren, die den Sozialismus herbeiführen sollen, in erster Linie die Entschlossenheit der Arbeiter gehört, ihn auch zu erringen. Der Wille zur Ueberwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung des Sozialismus wird dem Proletariat durch seine eigene Lage, durch die Rolle, die es im Produktionsprozeß spielt, allerdings nahegelegt. Solange keine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation Europas in unmittelbarer Sicht gerückt war, konnte man noch nicht genauer vorherbestimmen, unter welchen äußeren und inneren Bedingungen die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in ein sozialistisches Gemeinwesen vor sich gehen werde, und insofern schien es auch überflüssig, sich von diesem künftigen Zustand als dem angzustrebenden Ziel ein genaueres Bild zu machen.

Der Weltkrieg hat auch das geändert. Er hat nicht nur fast alles erschüttert und über den Haufen geworfen, was fest zu stehen schien, er hat auch solche Verheerungen in der Volkswirtschaft hervorgerufen, daß es äußerst fraglich ist, ob diese mit den Hilfsmitteln einer auf dem Gewinnstreben der einzelnen aufgebauten Wirtschaft jemals wieder ersetzt und ausgeglichen werden könnten. Ja, der Statistiker Wallod nahm diese Unmöglichkeit schon nach einjähriger Kriegsdauer an und verlangte deshalb, daß man sich schon während der Kriegszeit eingehend mit dem Plane einer Wirtschaftsorganisation befasse, die es ermöglichen würde, daß nach Friedensschluß die Produktivkräfte der Nation nicht wieder verzerret, sondern daß sie zielbewußt zur Deckung der gesellschaftlichen Bedürfnisse angewendet und von einer Zentrale aus geleitet würden. Nur auf diese Weise, meinte er, würde es sich nach dem Kriege erreichen lassen, daß ohne Ueberarbeit und ohne Arbeitslosigkeit jedem arbeitenden Mitgliede der Gesellschaft ein auskömmliches Dasein verbürgt werde.

Diese teilweise Anwendung der bürgerlichen Wissenschaft zum genossenschaftlichen Prinzip, das bei ihr allerdings heute meist nur im Herrbild einer Militarisierung des ganzen gesellschaftlichen Lebens erscheint, mahnt uns auch daran, daß die Sozialisten selbst im Kampf um einzelne soziale und politische Reformen in den letzten Jahrzehnten immer mehr das große Endziel aus den Augen verloren haben, die Verwirklichung des Sozialismus. Tatsächlich ist es heute, wo uns die ungeheuersten sozialen Kämpfe bevorstehen, wo eine zertrümmerte Welt neu aufzubauen und zu verteilen sein wird, gerade für uns hoch an der Zeit, uns wieder mehr auch mit den Gedanken darüber zu beschäftigen, wie wir diese neue Welt gestalten sehen wollen. Neben das analytische Denken, d. h. die Untersuchung des Bestehenden und seiner Entwicklungsstadien, muß auch wieder mehr das konstruktive Denken treten, d. h. die Errichtung von Plänen und Entwürfen dessen, was wir im einzelnen anzustreben, wofür wir zu kämpfen haben.

Das darf allerdings nicht eine einfache Rückkehr zu der Denkweise der Utopisten bedeuten, die Engels in seinem „Anti-Dühring“ folgendermaßen charakterisiert:

„Die Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben... sollte aus dem Kopfe erzeugt werden. Die Gesellschaft hat nur Wünsche; sie zu befriedigen war Aufgabe der denkenden Vernunft. Es handelte sich darum, ein neues vollkommenes System der gesellschaftlichen Ordnung zu erfinden und dies der Gesellschaft von außen her, durch Propaganda, womöglich durch das Beispiel von Musterexperimenten anzuknöpfen. Diese neuen sozialen Systeme waren von vornherein zur Utopie verdammt; je weiter sie in ihren Einzelheiten ausgearbeitet wurden, desto mehr mußten sie in reine Phantasterei ausarten.“

Was den wissenschaftlichen Sozialismus von diesem utopistischen unterscheidet, das ist nicht, wie heute manche anzunehmen scheinen, daß er lehrt, man brauche sich um entferntere Ziele überhaupt nicht zu kümmern, es genüge, wenn man den Augenblicksbedürfnissen Rechnung zu tragen sucht, der Sozialismus werde ja durch die Fortentwicklung des Kapitalismus über sich selbst hinaus, also eventuell auch auf dem Wege über den Imperialismus, sowieso mit Naturnotwendigkeit herbeigeführt. Diese fatalistische Lehre mag für manche Leute, die aufregenden Kämpfen lieber ausweichen, bequem sein, aber sie ist weder wissenschaftlich noch kann sie sich auf das Zeugnis unserer Altmeister berufen.

Was vielmehr deren Anschauungsweise von der ihrer Vorgänger von Grund aus unterscheidet, das ist ihr realistischere Bild für die wirkenden sozialen Kräfte. Die Utopisten betrachteten es als die Aufgabe der Wissenschaft, jenes soziale System zu erfinden, das allen vernünftigen gesellschaftlichen Bedürfnissen am besten entspricht; für die Verwirklichung dieses Systems verließen sie sich auf die siegende Macht ihrer Argumente und auf das allgemeine Unbehagen über den Mangel an Harmonie und Frieden

in der Gesellschaft. Das von ihnen geträumte und farbenprächtigt ausgemalte Bild eines Reichs des allgemeinen Friedens war so schön und den bestehenden Zuständen ihrer Zeit so überlegen; es gewährte jedem Mitglied der Gesellschaft eine solche Fülle von Genüssen, daß nicht nur jeder Arme, sondern auch jeder Reiche bei dem Tausch nur gewinnen konnte. Es genügte, meinten sie, allen das nötige Verständnis ihres Welterlösungsplanes zu vermitteln, und dessen Verwirklichung mußte sofort erfolgen. Nur Dummheit und Beschränktheit konnten ihrer Ansicht nach diesen Prozeß verzögern. Glaubte doch z. B. selbst noch Louis Blanc die Bourgeoisie durch den Hinweis auf die Gefahren der Konkurrenz für ihr eigenes Wohl dahin bringen zu können, daß sie sich seinen Genossenschaftsplänen, dem Sozialismus, anschloß.

Mary und Engels verließen sich nicht auf solche Ueberzeugungs- oder Ueberredungskünste. Sie untersuchten, welche sozialen Kräfte in der Gesellschaft wirksam sind, welches ihre Ziele und wie groß ihre Macht, diese Ziele zu erreichen. Und sie entdeckten dabei, daß diese sozialen Kräfte bedingt sind durch den wirtschaftlichen Aufbau der Gesellschaft und durch die Veränderungen, die in diesem Bau vor sich gehen. An diesem Maßstab maßen sie dem auch die sozialen Ideen. Sie betrachteten daher die Verwirklichung des Sozialismus nicht mehr als abhängig von der Ueberzeugungskraft irgend welcher Welterlösungspläne und ihrer Aposiel, vom Mitgefühl mit den Enterbten oder vom Ekel vor den Sünden des Kapitalismus, sondern von der Kraft und Entschlossenheit jener Klasse, die durch ihre Klassenlage und durch die Rolle, die sie im Produktionsprozeß spielt, veranlaßt wird, in der Vergegesellschaftung der Produktionsmittel den einzigen Ausweg aus ihrem Elend, aus ihrer Unterdrückung zu suchen. Auch Angehörige anderer Klassen können den Sozialismus als Ideal verkünden. Aber soweit sie das nicht als die Wortführer des Proletariats tun, ist stets zu untersuchen, welche Klasseninteressen sie bewußt oder unbewußt mit ihrem Sozialismus vertreten, welche Kräfte hinter ihnen stehen, und welche Färbung, welchen Inhalt durch diese die Forderung des Sozialismus erhält. Mit bitterem Hohne haben deshalb Mary und Engels schon im kommunistischen Manifest die verschiedenen Spielarten des feudalen, des kleinbürgerlichen, des „wahren“ und des Bourgeois-Sozialismus abgetan.

Was aber vom Sozialismus im allgemeinen, das gilt ebenso auch von den sozialen Reformen im einzelnen. Stets muß die maßgebende Frage für uns sein: „Wer macht's?“ Auch die Unternehmer sind bekanntlich für die „Freiheit der Arbeit“, das heißt aber bei ihnen nichts anderes als die Bestrafung von Streitposten; auch sie sind für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, d. h., sie sind für die Haftbarmachung der Gewerkschaftskassen für Streikschäden usw.

Daß sich jene Weltverbesserer nicht auf diesen realistischen Boden stellten, daß sie für die Durchsetzung ihrer Pläne auf die Ueberzeugungskraft ihrer Argumente blind vertrauten und nicht die sozialen Kräfte untersuchten, die für sie eintreten mußten und konnten, das machte ihre oft so scharfsinnigen, ja genialen Pläne und Ideen zu bloßen Utopien. Ob die einzelnen von ihnen vorgeschlagenen Reformen durchführbar waren oder nicht, ist dafür nicht entscheidend. So manches Bruchstück ihrer so oft verlassenen, scheinbar so weislichen Gedanken ist heute längst Wirklichkeit geworden, und wenn Charles Fourier heute wieder unter uns wäre, er müßte zugeben, daß besonders in der sozialen Versicherung, im Genossenschaftswesen, in der Kindererziehung und auch sonst eine große Zahl seiner Gedanken verwirklicht oder doch deren Verwirklichung angebahnt ist. Würde man ihn aber fragen, ob er in den Zuständen unserer Tage eine Annäherung an sein Ziel der allgemeinen Harmonie erblicke, er würde sich mit Enttäuschung und Verachtung abwenden.

Der Nachweis also, daß der Entwurf eines Systems, der Plan zu einer Reform, an sich noch so schön und unseren Bedürfnissen entsprechend seien, besagt noch sehr wenig. Er bleibt Utopie, solange wir uns nicht darüber Rechenschaft abgelegt haben, welche sozialen Kräfte diesen Plan fördern, welche ihn bekämpfen; erst auf dieser Grundlage lassen sich nicht nur die Aufgaben bestimmen, die die geplante Reform überhaupt hat, sondern, was oft noch wichtiger, welches Gepräge, welchen Charakter sie bei ihrer Durchführung tragen wird.

Angeht es verschiedene in letzter Zeit propagierter Ideen, wie die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse Europas nach dem Kriege gestaltet werden sollen, ist es nicht überflüssig, auf diesen Punkt mit vollem Nachdruck hinzuweisen.

## Deutschland und Amerika.

Wenn auch manchem Leser der scharfe Ton in der amerikanischen Note, die wir an anderer Stelle des Blattes im Wortlaut wiedergeben, überraschend kommen mag, so dürften sich Politiker kaum einem ähnlichen Optimismus hingeben haben. Niemand man sich doch an die Tatsache gewöhnen, daß das Ausland die Dinge von seinem Standpunkt aus betrachtet und nicht so, wie sie nur zu häufig den Angehörigen einer kriegsführenden Nation sich darstellen, für die das Recht ihrer Sache so sonnenklar erscheint, daß sie andere Auffassungen nicht zu begreifen vermögen. Solchen Beurteilern der Frage des U-Bootkrieges werden die Darlegungen der

amerikanischen Note von besonderem Interesse sein. Jedenfalls verdienen sie auch insofern die größte Beachtung, als die Vereinigten Staaten kein kleiner und unbeträchtlicher Staat sind, sondern eine Macht, deren Stellungnahme zu den europäischen Mächten sicherlich die sorgfältigste Erwägung verdient. Wir wenigstens sind der Ansicht, und wir befinden uns dabei keineswegs allein, daß es für die Geschichte Deutschlands durchaus nicht gleichgültig ist, wie sich unser Verhältnis zu Amerika entwickelt. Wir dürfen auch hoffen, daß die Beratungen, die zurzeit an amtlicher Stelle gepflogen werden, dem Ernste der Sachlage vollauf Rechnung tragen werden. Die Leichtfertigkeit, mit der einzelne unverantwortliche Politiker einen möglichen Konflikt mit Amerika zu behandeln belieben, wird jedenfalls in breiten Volksschichten kaum Widerhall finden.

Daß es sich diesmal bei der amerikanischen Note keineswegs um einen Bluff handelt, sondern um eine sorgfältig vorbereitete und lange überlegte politische Kundgebung von größter Tragweite, ergibt sich schon aus den besonderen Umständen, die diesmal bei der Abendung der Note obgewaltet haben. Hat doch der Präsident Wilson die Note in ihrem Wortlaut zunächst den amerikanischen Senatoren und Repräsentanten unterbreitet, und zwar, nachdem er zunächst mit den Führern der Parteien Rücksprache genommen hatte, in Person dem Vereinigten Kongreß vorgelegt. Offenbar hat sich ein ernstlicher Widerbruch gegen Form und Abendung der Note nicht erhoben, so daß auch kaum zu erwarten ist, daß die Note in einem späteren Stadium eine Desavouierung der entscheidenden Körperlichkeiten erfahren könnte.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß auch in Amerika noch immer die ernstlichste Absicht bestehe, zu einer Verständigung mit Deutschland zu gelangen. Denn daß dort keineswegs in allen politischen Schichten blinde Kriegsstimmung oder Konfliktstieber existiert, haben ja all die Kundgebungen amerikanischer Politiker bewiesen, über die in der deutschen Presse in den letzten Wochen berichtet worden ist. Es ist deshalb zu hoffen, daß die amerikanische Regierung von über-eilten Schritten Abstand nehmen wird, sofern sich ihrer Ansicht nach nur eine Möglichkeit herausstellt, auch jetzt noch mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen. Aber diese Voraussetzung schließt natürlich zu gleicher Zeit auch für Deutschland die Pflicht ein, seinerseits nichts unberücksichtigt zu lassen, um den drohenden Konflikt zu verhindern.

Die Forderungen der amerikanischen Note sind freilich sehr weitgehender Natur. Sie zielen auf nichts Geringeres ab als auf die „Einstellung der Methoden“, nach denen Deutschland bisher den Unterseebootkrieg gegen Passagier- und Frachtschiffe geführt hat. Die amerikanischen Absichten gehen offenbar dahin, verbindende Zusicherungen zu erhalten, daß künftig jedes warnungslose Torpedieren feindlicher und neutraler Schiffe verhindert wird. Wie sich schon früher gezeigt hat, war die deutsche Regierung auch in diesem Punkt zu einer Verständigung bereit, sofern Amerika zugleich von England Garantien dafür erhalten würde, daß die Nahrungsmittelperrade Englands gegen Deutschland aufgehoben würde.

Ob sich in dem akuten Stadium, in das die Krise zurzeit eingetreten ist, noch solche gegenseitigen Verständigungen erzielen lassen, muß abgewartet werden. Auf alle Fälle aber sollten die Regierungen hüben wie drüben kaltes Blut bewahren und jedes Drängen Ueber-eiferiger mit aller Entschiedenheit abwehren. So sicher es ist, daß das amerikanische Volk, wenn sich noch irgendein gangbarer Weg zur Verständigung zeigt, jedem äußersten Schritt gegen Deutschland auszuweichen wünscht, so zutreffend ist auch die Bemerkung des „Berliner Tageblatt“, daß das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrheit keinen Krieg mit Amerika wünscht. Alle besonnenen und ihrer Verantwortung sich bewußten Staatsmänner in Deutschland und Amerika dürfen gewiß sein, daß sie die Volksmassen hinter sich haben, wenn sie ohne jede Ueber-eilung jede Maßnahme ergreifen, die den Bruch zu verhüten geneigt wäre.

## Pressstimmen zur amerikanischen Note.

Einem Artikel Theodor Wolffs im „Berliner Tageblatt“ entnehmen wir folgende Stellen:

„Die amerikanische Note wird nun auch dem deutschen Publikum vorgelegt. Sie enthält die Forderung, daß die Kaiserliche Regierung jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methode des Unterseebootkrieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken solle, kündigt, falls diese Forderung unerfüllt bleibe, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen an und ist ungefähr das, was man ein „unbefristetes Ultimatum“ nennt. Als angebeutet werden durfte, daß mit einem Abbruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu rechnen sei, hat diese Andeutung die ungeheure Reue des Volks vermutlich ungemessen überreicht. Es war in Deutschland nur sehr wenig über den Stand der deutsch-amerikanischen Verhandlungen in die Öffentlichkeit gedrungen, von der „Sussex“-Affäre, die draußen die ganze Welt beschäftigt, konnte, ebenso wie von einigen anderen Angelegenheiten, nur mit großer Einschränkung gesprochen werden, und die wenigsten Leute dachten noch an eine amerikanische Gefahr. Die Zurückhaltung, zu der sich die Presse während des Krieges genötigt sieht, wird besonders da gefordert, wo es sich um die Ereignisse und Probleme des Unterseebootkrieges dreht. So kommt es, daß das Publikum fast ausschließlich mit herumgetragenem Phantasiegeschichten gespeist, die Zusammenhänge häufig nicht kennt und dann plötzlich vor neuen Tatsachen steht... Die diplomatischen Beziehungen

# Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 21. April 1916. (W. Z. B.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Maasgebiet kam es im Zusammenhang mit großer Kraftentfaltung beider Artilleien zu heftigen Infanteriekämpfen. Westlich des Flusses griffen die Franzosen mit erheblichen Kräften gegen „Toten Mann“ und östlich davon an. Der Angriff ist im allgemeinen blutig abgewiesen. Um ein kleines Grabensstück in der Gegend des Waldes Les Caurettes, in das die Franzosen eingedrungen waren, wird noch gekämpft. Rechts der Maas blieben Bemühungen des Feindes, den Steinbruch südlich des Gehöftes Handromont wiederzunehmen, völlig ergebnislos. Südlich der Feste Donanmont sind Nahkämpfe, die sich im Laufe der Nacht an einigen französischen Gräben entwickelten, noch nicht zum Stillstand gekommen. Unser zusammengefaßtes starkes Artilleriefeuer brachte eine Wiederholung des feindlichen Infanterieangriffs gegen die deutschen Linien im Caillette-Walde bereits im Entscheuen zum Scheitern.

Im Abschnitt von Vaux, in der Woivre-Ebene und auf den Höhen südöstlich von Verdun wie bisher sehr lebhaft beiderseitige Artillerietätigkeit.

Ein feindliches Flugzeug stürzte brennend in den Jumin-Wald (südwestlich von Vaux) ab.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Garbunowka nordwestlich von Dünaburg erlitten die Russen bei einem abermaligen vergeblichen Angriffe etwa eines Regiments beträchtliche Verluste.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer besetzte ein deutsches Flugzeuggeschwader die Bahnanlagen von Tarnopol ausgiebig mit Bomben.

## Balkan-Kriegsschauplatz.

Unsere Flieger griffen mit französischen Truppen belebte Orte im Bardar-Tal und westlich davon an.

## Oberste Heeresleitung.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 22. April 1916. (W. Z. B.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Straße Langemark—Ypern griffen die Engländer in den frühen Morgenstunden die ihnen von unseren Patrouillen am 19. April entziffenen Gräben an, von denen sie etwa ein Drittel wieder besetzten.

Weiterseits des Kanals von La Bassée sprengten wir mit Erfolg einige Minen.

Feindliches Feuer auf die Städte Lens und Roye forderte weitere Opfer unter der Bevölkerung; in Roye wurde ein Kind getötet, zwei Frauen und ein Kind verletzt.

In den Argonnen zerstörten wir durch Sprengungen französische Postenstellungen auf der Höhe La Hille Morie und halten einen umfangreichen Trichter vor unserer Front besetzt.

Westlich der Maas wiederholten die Franzosen ihre Ausreitungen gegen „Toten Mann“. Zweimal wurden sie durch Artilleriefeuer von beiden Ufern zusammengekössen, ein dritter Angriff brach mit schweren Verlusten an unserer Stellung zusammen. Erbitterte Handgranatenkämpfe um das Grabensstück nahe des Caurettes-Waldchens

brachten es abends wieder in unseren Besitz; nachts gelang es den Franzosen erneut, darin Fuß zu fassen.

Oestlich des Flusses lebhaft Infanterietätigkeit mit Nahkampfmitteln am Steinbruch südlich Handromont und südlich der Feste Donanmont. — Das beiderseitige Artilleriefeuer hielt im ganzen Kampfabschnitt des Maasgebietes ohne Unterbrechung Tag und Nacht mit außerordentlicher Stärke an.

In der Gegend nordwestlich von Fresnes-en-Woivre wurden Gefangene von der 154. französischen Division gemacht. Hiermit ist festgestellt, daß der Gegner in dem Raume zwischen jenem Ort und Avocourt seit dem 21. Februar im ganzen 38 Infanteriedivisionen eingesetzt hat, von denen außerdem vier Divisionen nach längerer Ruhe und Wiederauffüllung durch frische Leute, hauptsächlich aus dem Rekrutenjahrgang 1916, zum zweitenmal ins Gefecht geführt worden sind.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auch gestern schickerten russische Angriffsunternehmungen blutig vor unseren Hindernissen südlich von Garbunowka.

## Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

## Oberste Heeresleitung.

# Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 21. April. (W. Z. B.) Amlich wird verlautbart: Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

## Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern nachmittag warfen sieben italienische Flugzeuge 25 Bomben auf Triest ab. Neun Zivilpersonen, darunter fünf Kinder, wurden getötet, fünf Leute verwundet.

Das Salestiner Kloster, in dessen Kirche 400 Kinder beim Gottesdienst waren, ist zerstört. Durch diesen Angriff hat der Feind jedes Recht und jeden Anspruch auf irgendwelche Schonung seiner Städte verwirkt.

Der Nordteil der Stadt Görz stand unter lebhaftem Feuer aller Kaliber.

Sonst kam es an der süsländischen und kärntner Front nur stellenweise zu Artilleriekämpfen.

Im Col di Lana-Gebiete wurden starke feindliche Angriffe unter schweren Verlusten der Italiener abgewiesen. Ebenso schickerten neuerliche Angriffe des Feindes auf die unlangst von uns eroberten Stellungen im Sugana-Abschnitt und ein Angriff auf unsere Linien westlich Sperone.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Doefler, Feldmarschallleutnant.

Wien, 22. April. (W. Z. B.) Amlich wird verlautbart:

## Russischer Kriegsschauplatz.

Versuche russischer Artillerie, sich nordwestlich von Dubno nahe vor unseren Linien festzusetzen, wurden durch Feuer vereitelt. Sonst nur die gewöhnlichen Artilleriekämpfe.

## Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Südsügel unserer süsländischen Front wurden mehrere nächtliche Angriffsversuche der Italiener auf unsere Stellung östlich Montalcone abgewiesen. Im Pleckenabschnitt kam es nachts zu lebhafterer Feueretätigkeit.

Im Col di Lana-Gebiet brach ein feindlicher Angriff auf den Sattel zwischen dem Sattelfah und Monte Sief in unserem Feuer zusammen.

## Südsüdllicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Doefler, Feldmarschallleutnant.

seht hatte. Oestlich der Maas heftiges Artilleriefeuer in der Gegend von Douanmont und Vaux. Einige Artillerieabteilungen in der Woivre-Ebene. An der übrigen Front verlief der Tag verhältnismäßig ruhig.

Englischer Bericht: In der letzten Nacht hat der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung unsere Linien in der Umgegend von Ypern angegriffen: an vier Punkten, bei St. Eloi, Le Bluff (N), Mielje und auf der Straße Ypern—Langemark, ist seine Infanterie in unsere Linien eingedrungen, aber überall zurückgeworfen worden, außer bei St. Eloi, wo die Deutschen zwei Zücker genommen haben, und an der Straße Ypern—Langemark, wo sie einen Graben festhalten. Bei Mamey hat ein schwacher feindlicher Angriff unsere Gräben nicht erreichen können. Eine gewisse Mimentätigkeit herrschte auf beiden Seiten um die Steinbrücke südlich von Oivench-en-Bohelle; wir waren im Vorteil.

Belgischer Bericht: Der Tag empfing sein Gepräge durch gegenseitige Beschießung an verschiedenen Punkten der belgischen Front, besonders aber im Abschnitt von Dignauden.

Paris, 22. April. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von Freitag nachmittag. Westlich der Maas schreitet der gestern von unseren Truppen in der Gegend des Toten Mannes unternommene Angriff fort. Wir haben während der Nacht noch einen Graben am nördlichen Rande des Caurettes-Waldes erobert und vier Offiziere, 150 Mann gefangen genommen. Oestlich der Maas folgte gegen Ende des Tages einer heftigen Beschießung unserer Stellungen eine mächtige Angriffsunternehmung des Feindes auf einer Front von zwei Kilometer Breite zwischen dem Thiamont-Gehöft und dem Leiche von Vaux. Die Deutschen, denen es gelungen war, in unseren Stellungen südlich des Forts Douanmont und nördlich des Leiches von Vaux Fuß zu fassen, wurden durch nächtliche Gegenangriffe völlig zurückgedrängt. Zwei Maschinengewehre und einige Gefangene fielen in unsere Hände. Westlich von Douanmont, im Abschnitt südlich des Handromont-Waldes, haben wir gleichfalls Fortschritte gemacht. Wir befreiten einige verwundete Franzosen, die in Gefangenschaft geraten waren, und nahmen ungefähr zwanzig Deutsche gefangen. Die Nacht war auf der übrigen Front ruhig, mit Ausnahme der Gegend des Priesterwaldes, wo unsere Artillerie sich ziemlich tätig zeigte.

Paris, 22. April. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von Freitagabend: In den Argonnen haben wir bei Höhe 265 (Haute Chevauchée) den Nordrand eines Trichterbesetzt, den die Explosion einer deutschen Mine verursacht hatte. Auf dem linken Maasufer heftiges Bombardement auf unsere neuen Stellungen bei „Toten Mann“. Auf dem rechten Ufer ausgiebige Tätigkeit der feindlichen Artillerie von der Maas bis zum Fort Vaux. In der Woivre lebhaft Kanonade in den Abschnitten von Chatillon und Nonvaux. Keine Infanterietätigkeit. Eines unserer weittragenden Geschütze beschöß den Bahnhof von Vignelles und Gationchotel nordöstlich von St. Mihiel. Im Norden von Megnies Biller haben unsere Batterien feindliche Abteilungen auf dem Marsche nach Ronfard zerstreut. Von der übrigen Front ist kein wichtiges Ereignis zu melden.

Belgischer Bericht: Auf verschiedenen Punkten der belgischen Front lokale Tätigkeit der Artillerie. Das gegenseitige Bombardement breitete sich hauptsächlich in der Gegend von Dignauden aus.

## Die englische Meldung.

London, 21. April. (W. Z. B.) Kriegsbericht: Bei Freycourt, Souchez, Hulluch und Oivench fanden in den letzten 20 Stunden Minenkämpfe statt. Wir zerstörten nachts eine deutsche Abteilung, die ihre Gräben bei St. Eloi vertiefte. Südlich von Arras fanden heute in den Schützengräben Kämpfe statt. An verschiedenen Punkten zwischen Souchez und dem Kanal von La Bassée sowie in der Nachbarschaft von Ypern beiderseitiges Artilleriefeuer.

## Landung russischer Truppen in Marseille.

Marseille, 21. April. Russische Truppen sind gestern hier angekommen. Es handelt sich um Elite-Soldaten. Sie begaben sich in das Lager von Mirabeau bei Marseille und werden morgen nach dem Lager von Mailly aufbrechen.

Paris, 21. April. Joffre bewillkommet im Tagesbefehl die Russen, die an der Seite Frankreichs kämpfen wollen, und begrüßt die russischen Fahnen, auf denen bald die glorreichen Namen gemeinsamer Siege stehen würden.

Amsterdam, 21. April. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris vom 20. 4.: Die Ankunft der russischen Truppen ist mit großer Genugung aufgenommen worden. Man sieht darin den sichtbaren Beweis für eine wirkliche Zusammenarbeit der Verbündeten.

Diese Truppenlandung besitzt natürlich im besten Falle nur den Charakter einer bloßen Demonstration, da die Zahl der nach Frankreich übergeführten Mannschaften nur so gering sein kann, daß ihr Eingreifen absolut bedeutungslos bleiben muß.

## Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 21. April. (W. Z. B.) Amlicher Bericht vom 20. April.

Westfront: Die feindliche Artillerie beschöß die Gegend des Brückenkopfes von Uegskil. Südlich vom Dryswjatj-See Artilleriekampf.

Kaukasusfront: In der Kistenengegend nahm während der Verfolgung des eilig zurückgehenden Feindes eine kleine Aufklärungsabteilung von uns unter Führung des Unterleutnants Rowalko aus einem Hinterhalt 7 türkische Offiziere und 100 Soldaten gefangen, welche zu einem Kämpf unter dem Befehl eines deutschen Offiziers aus Konstantinopel in der Gegend von Trapezunt erbeuteten wir 6zöllige (15 Zentimeter)-Kanonen. Die Stadt hat durch die Operationen nicht gelitten. Die türkische Bevölkerung floh, die zurückgebliebenen Christen jauchten begeistert unseren Truppen zu.

Südlich von Bitlis warfen unsere Truppen die Türken nach und nach aus ihren Gebirgsstellungen und gingen in der Richtung auf Ert (50 Kilometer südlich von Bitlis) vor. Alle Gegenangriffe des Feindes, welcher mehrere hundert Tote auf dem Schlachtfelde ließ, wiesen wir zurück und nahmen Aslaris gefangen.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 22. April. (W. Z. B.) Amlicher Bericht vom Freitag: Auf der ganzen Front zeitweilige Artillerietätigkeit auf beiden Seiten und zahlreiche Erkundungsflüge. Bei kleineren Infanteriezusammenstößen im Gebiet des oberen Astico, im Sugana-Tal und im Hoch Cordebole machten wir ungefähr dreißig Gefangene. Im Gebiet des Monte Nero schlugen wir während der Nacht zum 20. April feindliche Abteilungen zurück, die den Verlust machten, Bomben gegen unsere Linien auf dem Mezil und dem Glome zu werfen. Gestern nachmittag besetzte eines unserer

gen der Vereinigten Staaten zu Deutschland sollen gelöst werden, falls die deutsche Regierung nicht unverzüglich ein Aufgeben dieser Methoden erklärt und bewirkt. Es wird nicht direkt ein Verzicht auf den Unterseebootkrieg gegen alle Passagier- und Frachtschiffe, sondern ein Verzicht auf die gegenwärtigen Methoden verlangt. Aber es ist klar, daß man an diese Unterseebeurteilung, so beachtenswert sie sein mag, keine zu weitgehenden Erwartungen anknüpfen darf.

Das deutsche Volk in seiner ungetrübten Mehrheit wünscht keinen Krieg mit Amerika. Einen solchen Zuwachs an Feindschaft müßten leidensfähige Politiker und Artikelreiber unterschätzen, die sich in Anzuspitzen gefallen. Aber das deutsche Volk wird auch das Schwere ertragen, wenn sich dieses Schwere nicht abwenden läßt. Es will, daß seine Leiter selber den rechten Weg finden, nicht, daß fremde Wille zum Nachtgebot wird. Der Reichsminister weiß im Großen Hauptquartier, niemals seit Beginn des Krieges hat dort eine ernstere Frage die Güter des Reiches zusammengeführt.

Graf Reventlow schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Die Antwort der deutschen Regierung wird anscheinend erst in einigen Tagen erfolgen. Ihr Inhalt bleibt abzuwarten. Unsere Stellung brauchen wir auch in dieser Beziehung nicht näher auseinanderzusetzen, sie ist unseren Lesern genugsam bekannt. Wir halten nach wie vor einen militärisch zweckentsprechend geführten Unterseebootkrieg für ein Kriegsmittel, welches viel mehr wert ist als der bisherige höchst unerfreuliche Zustand zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten. Wir sind auch der Überzeugung, daß jenes Kriegsmittel die Nachteile weit überwiegt, welche sich aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, ja aus einem deutsch-amerikanischen Konflikt ergeben könnten. In dieser Überzeugung ist der Angelpunkt der ganzen Frage und ihrer Entscheidung enthalten.“

Sollte diese amerikanische Note durch die deutsche Antwortnote wirklich zum „letzten Worte Americas“ gemacht werden, so würden wir den so geschaffenen neuen Zustand mit dem Gefühl wahrer Erleichterung begrüßen, ohne dabei auch die etwa nachteiligen Seiten der neuen Lage im mindesten zu verkennen. Für sehr nachteilig wäre es dagegen zu halten, wenn — was wir natürlich nicht glauben — die amerikanische Note deutschseits nur durch prinzipielles Festhalten am Kriegsmittel des Unterseebootkrieges beantwortet würde, während in der Praxis ein tatsächliches Einlenken im Sinne der amerikanischen Wünsche erfolgte. Dann würde die bisherige Danolleschwertpolitik Washingtons sich nur um so stärker und damit um so lähmender in militärischer und politischer Beziehung für Deutschland fortsetzen, nämlich durch den Gedanken, daß man nun, nachdem die Beziehungen abgebrochen worden seien, deutschseits wenigstens alles tun müsse, um ein offenes Teilnehmen der Vereinigten Staaten am Kampfe gegen uns zu verhindern oder möglichst lange hinzuziehen. Das wäre, wie gesagt, nachteilig und gefährlich für uns und vorteilhaft für unsere Feinde, und deswegen sei eine solche unwahrscheinliche Entwicklung auch nur erwähnt.“

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt zu der amerikanischen Note, die sie „Ein verächtliches Ultimatum“ überschreibt, folgendes: Eine erste Prüfung ergibt, daß es sich um eine diplomatische Kundgebung von äußerster Entschiedenheit handelt, um eine Mitteilung, die bis dicht an die Grenze des endgültigen Bruchs geht. Den letzteren, nämlich die Lösung der diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung, scheint Herr Wilson zunächst vermeiden zu wollen, wenn anders der Beteuerung, daß es kein aufrichtiger Wunsch sei, mit Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben, mehr als bloßer Hochschwall beizumessen ist. Der Präsident macht die Aufrechterhaltung der Beziehungen abhängig von dem unverzüglichen Aufgeben der bisherigen Weisheit des deutschen Unterseebootkrieges. Das ist eine äußerst starke Sprache, die es schwer macht, zu antworten, um so schwerer, als der wesentliche Teil der Note nichts anderes ist, als eine unverblümte Bestreitung der deutschen amtlichen Mitteilungen über den Dampfer „Sussex“. In der zu der Note gehörigen „Feststellung“ bezeichnet es der Staatssekretär Lansing geradezu als „außer Frage“, daß die „Sussex“ von einem deutschen Boot torpediert worden sei. Das widerspricht durchaus den deutschen Erklärungen. Die Form dieses Widerspruchs ist so ungewöhnlich scharf, daß einseitigen nicht abzusehen ist, wie man sich einigen soll. Die Reichsleitung bedarf aller ihrer Ruhe und Kraft, um, ohne sich herausfordern zu lassen, nicht von dem zurückzuweichen, was notwendig ist, unbeirrt durch Rücksichten zweiten Ranges zu beschließen, was die Ehre und Sicherheit Deutschlands fordern.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 21. April. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von Donnerstag nachmittag. In den Argonnen Minenkampf bei Haute Chevauchée, der zu unseren Gunsten ausfiel. Wir ließen eine Quetschmine springen, die unterirdische Arbeiten des Feindes zerstörte. Am linken Maasufer während der Nacht andauernde Beschießung unserer zweiten Linie. Am rechten Maasufer führten unsere Truppen gestern gegen Abend einen lebhaften Angriff gegen die deutschen Stellungen nordwestlich vom Leiche von Vaux durch. Es gelang ihnen, Grabensstücke des Feindes zu besetzen und ein besetztes Schanzwerk zu erobern. Bei dieser Unternehmung, die dem Feinde ernste Verluste verursachte, nahmen wir 10 Offiziere, 16 Unteroffiziere und 214 Mann gefangen. Außerdem erbeuteten wir mehrere Maschinengewehre und eine gewisse Menge von Kriegsbedarf. In der Woivre zerstörendes Feuer unserer Artillerie auf die Verbindungswege des Feindes. Von der übrigen Front ist kein wichtiges Ereignis zu melden.

Paris, 21. April. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von gestern abend. In den Argonnen hat unsere Artillerie Verbindungswege hinter der Front des Feindes und das Gehöft von Malancourt beschossen. Westlich der Maas starke Tätigkeit der Artillerie in den Abschnitten Höhe 304 und Avocourt. Durch einen Angriff in der Gegend des Toten Mannes haben wir den Feind aus einigen Grabensstücken verjagen können, welche er am 10. April be-

Cayronflugzeuggeschwader in der Umgebung von Trief die Wasserflugstation mit ungefähr sechzig Sprengbomben mit sichtbar großer Wirkung. Unsere Flugzeuge wurden von den feindlichen Abwehrbatterien wie gewöhnlich erfolglos beschossen und kehrten unverletzt zurück.

### Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 21. April. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. An der Front hat der Feind am Morgen des 17. April mit mehr als einer Division eine Vorstöße auf dem rechten Flügel unserer Stellungen bei Fellahie am linken Tigrisufer, einen Kilometer vom Ort Bend Jisa, angegriffen und versucht, diesen Angriff gegen unsere Hauptstellung durchzuführen. Seine Versuche scheiterten vollständig vor einem Gegenangriff unserer Truppen. Von diesen energisch verfolgt, mußte der Feind die Vorstöße, welche er am selben Tage befehlt hatte, verlassen und sich mit schweren Verlusten ostwärts zurückziehen. Bei Kut el Amara keine Veränderung.

An der Kaukasusfront haben unsere mit der Ueberwachung der Küste im Abschnitt von Kasstan betrauten Abteilungen seit dem 11. März einen außerordentlichen Widerstand gegen wiederholte Angriffe an Zahl überlegener feindlicher Streitkräfte zu Lande und zur See geleistet, jeden Zoll Bodens, der überhaupt verteidigungsfähig war, Schritt für Schritt verteidigt, das der Armee gesteckte Ziel würdig erreicht und sich schließlich am 18. April, nachdem sie den Feind zu einer für ihn blutigen Schlacht bei dem Ort Novata, 7 Kilometer östlich von Trapezunt, gezwungen hatten, gemäß empfangenem Befehl auf den Abschnitt zurückgezogen, wo sie neue Aufgaben zu erfüllen haben werden. Da gemäß den Folgerungen aus der Kriegslage das Ergebnis dieser jetzt abgeschlossenen Operation im Küstenabschnitt des Kriegsschauplatzes von vornherein bekannt war, so ist die Stadt Trapezunt bereits vorher von uns geräumt worden; die sechs 15 Zentimeter-Kanonen alten Systems, welche neuerdings in der Umgebung der Stadt aufgestellt worden waren, sind zurückgelassen worden, nachdem sie vollständig zerstört worden waren.

Konstantinopel, 22. April. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Front hütete der Feind in der Schlacht von Beitissa, die am 17. April auf dem rechten Ufer des Tigris, nicht auf dem linken, wie irrtümlich im gestrigen Bericht gemeldet war, geliefert wurde, und die mit einer Niederlage des Feindes endete, über 4000 Mann an Toten und Verwundeten ein, sowie 14 Maschinengewehre, einen Major, zwei Offiziere und einige Soldaten, die er in unseren Händen zurückließ. Die auf diesem Ufer des Tigris gelieferten Schlachten lassen sich bis einschließlich dem 20. April, d. h. bis zur letzten Phase der Schlacht vom 17. April, folgendermaßen zusammenfassen: Die von unseren Truppen am 17. April unternommenen Gegenangriffe zur Wiedereroberung der vorgeschobenen Stellungen von Beitissa dauerten in der Nacht zum 18. April 7 1/2 Stunden lang an. Schließlich wurden die beiden auf dieser Front befindlichen feindlichen Brigaden aus ihren Stellungen verjagt. Inzwischen fand der Feind drei Brigaden, um unsere Angriffsaktionen in der Planke zu überraschen und um den Rückzug seiner eigenen Kräfte anzuhalten und sie wieder vorzutreiben. Die herbeigeleiteten Brigaden konnten keinerlei Ergebnis erzielen und zogen sich mit den Brigaden der vorderen Front zurück. Wir erbeuteten in den von uns wiedereroberten vorgeschobenen Stellungen 13 Maschinengewehre, während wir seinerzeit nur ein Maschinengewehr dort zurückgelassen hatten, und machten 1 Major, 2 Offiziere und 13 Soldaten zu Gefangenen. In den Kämpfen allein in dieser Front zählten wir über 2000 feindliche Leichen. Die Gesamtverluste des Feindes werden auf mindestens 4000 Mann geschätzt. Am 18. April herrschte Ruhe. Am 19. April vormittags unternahm der Feind in Stärke von einer Division einen verzweifelten Gegenangriff gegen unsere vorgeschobenen Stellungen bei Beitissa. Wir ließen ihn bis auf 10 Meter an unsere Gräben herankommen, dann griffen unsere Truppen mit dem Bajonett an und zwangen den Feind, sich unter Zurücklassung von zahlreichen Toten fluchtartig zurückzuziehen. Außerdem eroberten wir noch ein Maschinengewehr. Am 20. April machte der Feind keinen Angriffsversuch und schien mit dem Abtransport der Verwundeten und der Beerdigung der Toten beschäftigt zu sein. Während dieser vier Tage fand keine wichtige Aktion auf dem linken Ufer des Tigris, in der Gegend von Fellahie, statt, abgesehen von einer zeitweilig aussehenden Beschickung. Bei Kut el Amara ist die Lage unverändert.

An der Kaukasusfront fand am rechten Flügel kein Kampf von Bedeutung statt. Ein gegen den rechten Flügel des Tschorabachnites gerichteter feindlicher Angriff wurde angefaßt. Wir machten dort einen Offizier, 60 Mann zu Gefangenen.

Einige feindliche Kriegsschiffe sind von Zeit zu Zeit an der Küste bei Smyrna erschienen. Sie beschossen die Insel Keusten und einige Teile der Küste. Feindliche Flugzeuge überflogen Phoca und die Vorstadt von Smyrna, Corbelia, über der sie einige Bomben abwarfen, ohne eine Wirkung zu erzielen. Am 20. April abwärts ein unserer Flugzeuge einen Ueberlandflug von 300 Kilometer über die Büste bis Elantara am Suez-Kanal in drei Stunden aus. Dort belegte es die feindlichen Truppenlager erfolgreich mit Bomben und kehrte unverletzt zurück. Unsere Kamelreiterabteilungen überraschten in der Gegend des Kanals eine starke berittene Patrouille des Feindes, töteten 7 Mann und verfolgten den Rest, der die Flucht ergriff.

### Die Kämpfe in Mesopotamien.

London, 21. April. (W. Z. V.) Das Kriegsministerium gibt folgende weitere Einzelheiten über die Kämpfe in Mesopotamien am 17. und 18. April bekannt: Wie sich herausstellte, unternahm der Feind seinen Angriff mit ungefähr 10000 Mann, die aus einer ganzen Division und Teilen von zwei anderen zusammengesetzt waren. Diese gingen in dichten Reihen vor und brangen in einen Teil unserer Front ein. In nur 450 Meter Frontbreite einer unserer Brigaden konnten wir 1200-1500 türkische Leichen zählen, und es wird berichtet, daß die Leichen ebenso dicht auf den anderen Abschnitten unserer Front liegen. Die Zahl der allein in der Nacht des 17. April getöteten Feinde wird auf sicher 8000 geschätzt. Nach verschiedenen Angriffen wurden die Angriffe von Deutschen gestoppt, von denen sich einige unter den Toten befinden. Der Feind vermutete anscheinend, daß ein Teil unserer Truppen durch das Hochwasser abgeschnitten sei und meinte, daß er Aussicht hätte sie zu vernichten. Die Gesamtsumme der britischen Verluste ist viel geringer als die Zahl der getöteten Türken. Am 18. April

unternahm unsere Flieger bei stürmischem Wetter einen sehr schwierigen Erkundungsflug. Das Hochwasser breitet sich aus. Der Wasserstand des Flusses ist sehr hoch.

### Generalfeldmarschall von der Goltz dem Flecktyphus erlegen.

Berlin, 21. April. (W. Z. V.) Generalfeldmarschall Freiherr v. d. Goltz ist nach zehntägigem Krankenlager am 19. April im Hauptquartier seiner türkischen Armee am Flecktyphus gestorben.

Goltz v. d. Goltz wurde im Jahre 1843 geboren. Als 18-jähriger trat er 1861 als Leutnant in das 41. Infanterieregiment ein. Im Feldzug von 1866 wurde er bei Trautenau verwundet. Nach dem Feldzug kehrte er auf die Kriegsakademie zurück, von wo er bald zum Generalstab kam. Während des Krieges 1870/71 wurde der Oberleutnant v. d. Goltz als Generalstabsoffizier dem Oberkommando der 2. Armee zugeteilt. Er nahm an den Schlachten bei Bionville, Gravelotte, an der Einschließung von Metz, an den Schlachten bei Orléans und Le Mans teil. Am 2. Mai 1871 kam v. d. Goltz zunächst als Lehrer an die Kriegsschule in Potsdam, aber schon bald darauf wurde er als Hauptmann a la Suite des Großen Generalstabs gestellt, sechs Wochen später in diesen aufgenommen und der kriegsgeschichtlichen Abteilung überwiesen. Im Jahre 1877 wurde er Kompaniechef und bereits ein Jahr darauf zum Major befördert. Im Januar 1883 wurde ihm ein dreimonatlicher Urlaub nach Konstantinopel erteilt, wo er die Organisation und Oberleitung der türkischen Militärbildungsanstalten übernahm. Kurz darauf wurde er mit dem Charakter als Oberleutnant zur Disposition gestellt, um dauernd in türkische Dienste zu treten. Er wurde dann zum Unterchef des Generalstabs der türkischen Armee ernannt und erhielt vom Sultan Abdul Hamid II. den Auftrag, gemeinsam mit dem türkischen General Mousaffer Pascha einen Plan für die Neugestaltung der türkischen Armee auszuarbeiten, der die Grundlage für die Armeeorganisation bildete. Von der Goltz verfaßte eine ganze Reihe von militärischen Handbüchern in türkischer Sprache und kehrte erst im Dezember 1895 nach Deutschland zurück, wo er im folgenden Jahre als Generalleutnant im preussischen Heer wieder eingestellt wurde. Im Jahre 1908 rückte er zum Generalobersten auf. Zwei Jahre später weckte er wieder einige Wochen in Konstantinopel, um sich erneut an der Reorganisation der türkischen Armee beteiligen zu können. Wiederum ein Jahr später wurde Freiherr v. d. Goltz zum Generalfeldmarschall befördert.

Nach Ausbruch des Weltkrieges wurde der Verstorbene zunächst Gouverneur von Belgien, um dann nach Eintritt der Türkei in den Krieg eine führende Stellung zunächst bei den Kämpfen auf Gallipoli und später als Oberbefehlshaber im Irak einzunehmen.

### Vom U-Boot-Krieg.

London, 21. April. (W. Z. V.) Neutermelbung. Ein holländischer Dampfer landete den Kapitän und 21 Mann des Dampfers „Sabbia“, der in der Nordsee infolge einer Explosion untergegangen ist. Fünf Heizer wurden durch die Gewalt der Explosion aus den Wankern herausgeschleudert, einer von ihnen ist verletzt.

Amsterdam, 22. April. (W. Z. V.) Nach den Berichten des Kapitäns des gesunkenen Dampfers „Lobewyl van Nassau“ hat niemand auf dem Schiff ein Periscope oder die Wellenbahn eines Torpedos, aber auch keine Mine wahrgenommen.

### Die dänischen Schiffsverluste.

Kopenhagen, 22. April. (W. Z. V.) „Politiken“ stellt fest, daß im Verlaufe des Krieges insgesamt 48 dänische Schiffe mit 85 908 Registertons im Werte von etwa 1 1/2 Millionen Kronen untergegangen sind.

### Griechischer Protest.

Athen, 18. April. (W. Z. V.) Vom Vertreter des W. Z. V. verspätet eingetroffen. Die griechische Regierung übermittelte heute dem Vertretern des Viererbandes durch schriftlichen Protest wegen der Sperrung der Subalal auf Areta durch Marinekräfte des Verbandes. Der Protest ist sehr energisch gehalten und betont die schwierige Lage, in die sich Griechenland durch die fortwährenden Herausforderungen und Anklagen seitens der Alliierten versetzt sieht.

### Erklärung des deutschen Marineattachés in Athen.

Athen, 18. April. (Vom Sonderberichterstatter des W. Z. V. verspätet eingetroffen.) Der hiesige deutsche Marineattaché gab in der Presse eine Erklärung ab, in welcher er Äußerungen des englischen Gesandten und hier durch Anhänger Venizelos und des Verbandes verbreitete irrtümliche Meinungen richtigstellt. Er betont, daß nach dem Völkerrecht Bohrzeuge von Kriegsführenden, also auch die der Mittelmächte, das Recht besitzen, auf die Golfküste Griechenlands Anspruch zu erheben, und bezieht sich hierbei auf den Wortlaut der Bestimmungen des Völkerrechts über Aufenthalt und Verproviantierung der Kampfschiffe in fremden Küstengewässern. Der englische Gesandte hatte behauptet, der Verband sehe sich veranlaßt, serbische Truppen mit der Eisenbahn zu überführen, weil die griechische Regierung nicht dafür Sorge, die deutschen U-Boote aus den griechischen Gewässern fernzuhalten. Der deutsche Marineattaché negiert die Vermutungen, die von den Besatzungen des Verbandes und von Zeitungen gemacht werden, um die Begriffe des griechischen Volkes über die Pflichten der Neutralen gegen die Kriegsführenden zu verwirren, und bezeichnet die Äußerungen des englischen Gesandten als einen neuen Versuch, in dieser Richtung zu wirken. Er stellte weiter fest, daß die Art, wie der englische Gesandte die Ueberwachung der griechischen Gewässer seitens Griechenlands gehandhabt sehen möchte, als eine Begünstigung des Verbandes angesehen werden möchte und gegen die U-Boote der Mittelmächte gerichtet sein würde.

### Die Kriegsschulden der Schweiz.

Die Staatsrechnung der Schweiz für 1915 schließt mit einem Defizit von 21 562 000 Fr. ab, während das Budget ein solches von 45 Millionen Frank vorgesehen hatte. Die Veresterstellung ergibt sich aus einer Winderkündigung des Militärdepartements gegenüber dem Budget von 9 Millionen Frank; die Post lieferte einen Einnahmeüberschuß von 2 Millionen Frank statt des vorgesehenen Defizits von 8 Millionen Frank, auch Telegraph und Telefon ergaben Ueberschüsse statt der vorgesehenen Defizite. Die Militärersatzsteuer trug 5 Millionen Frank statt nur 3 Millionen ein. Die gesamte Staatsschuld der Schweiz ist von 280 810 000 Frank Ende 1914 auf 511 020 000 Frank Ende 1915 gestiegen, die eine jährliche

Zinsenlast von rund 25 Millionen Frank bedeutet, ein Viertel der Einnahmen des Bundes in den früheren Friedensjahren. Ohne bedeutende neue Einnahmequellen kann also auch die Schweiz nicht mehr auskommen und da wird eben zur Einführung direkter Bundessteuern gezwungen werden müssen. In der jüngst stattgefundenen Generalversammlung der schweizerischen Nationalbank stellte Präsident Hirtler über die bis jetzt durch den Krieg verursachte Schuldenbelastung der einzelnen Staaten mit, daß sie per Kopf der Bevölkerung beträgt in England 700 Fr., Frankreich 710 Fr., Deutschland 605 Fr. und in der Schweiz 874 Fr. So kostet die Schweiz die Erhaltung des Friedens ebenfalls große Summen, die freilich durch eine Verringerung am Kräfte noch ungleich größer geworden wären. Der Frieden ist eben unter allen Umständen für das Volk besser als der Krieg.

### Neuwahlen in Finnland.

Von einem finnischen Genossen wird uns geschrieben: Für den kommenden Sommer stehen in Finnland Landtagswahlen bevor, denn am 1. August werden es drei Jahre, seitdem die letzten Landtagswahlen stattgefunden haben. Einer Verlängerung der Legislaturperiode geht man hier aus dem Wege und wahrscheinlich aus zweifachen Gründen. Erstens soll die Neuwahl das Volk „beruhigen“. Dazu hat die Regierung alle Veranlassung, denn die jetzige Volksvertretung hat während der dreijährigen Periode nur ein einziges Mal getagt und zwar im Frühjahr 1914. Nach Kriegsausbruch ließ die russische Regierung keine weitere Tagung zu, obgleich der finnische Landtag verfassungsgemäß jedes Jahr eine ordentliche Session von 90 Tagen abhalten muß.

Im Herbst 1915, als das Jahr ohne eine Landtagssession abgelaufen schien, wurde die Peterburger Regierung durch das Präsidialkomitee daran erinnert, daß der Landtag noch einzuberufen sei. Dieser Schritt wurde durch die Presse energisch unterstützt, während Kommunalvertretungen und verschiedene Arbeiterorganisationen ebenfalls dahin zielende Beschlüsse faßten und öffentlich kund taten. Die russische Regierung beantwortete jedoch diese Forderung ablehnend, indem sie darauf hinwies, Finnland befindet sich im Kreise der Kriegereignisse, daher sei eine Tagung der Volksvertretung unangebracht. Als auch die diesjährige Landtagssession unterließ und zu Jahresbeginn abermals eine Serie neuer Steuern dem Volk auferlegt wurde, wurde die Stimmung natürlich nicht ruhiger. Die Bekanntgabe der Neuwahlen und die Inangriffnahme der Vorbereitungsarbeiten zu den Wahlen haben nun neue Hoffnungen geweckt und die öffentliche Aufmerksamkeit von den alten Sorgen etwas abgelenkt.

Der zweite Grund, der der Regierung die Neuwahlen als zweckmäßig erscheinen lassen konnte, ist vielleicht darin zu suchen, daß sie mit Hilfe des Kriegszustandes ein „besseres“, „flämmeres“ Parlament zusammenzubringen hofft. Besonders nimmt die finnische Sozialdemokratie im Landtage 90 Sitze von insgesamt 200 ein. Der Kriegs- oder Belagerungszustand wird den Wahlkampf sehr einengen, die Wahltagung wird darunter zu leiden haben. Selbstverständlich wird das alles die sozialdemokratische Wahltagung besonders schwer belasten. Zudem scheinen die bürgerlichen Parteien große Lust zu haben, gegen die Sozialdemokratie Wahlkämpfe einzugehen. Da von einer Wahlfreiheit jetzt natürlich keine Rede ist, wird der Wahlkampf auf sehr große Schwierigkeiten stoßen. Dennoch dürfen wir hoffen, daß die finnische Sozialdemokratie, die der demoralisierenden Wirkung der Krieges weniger als die übrigen sozialistischen Parteien in illegalen Ländern ausgesetzt ist, geschlossen dastehen und auch aus diesem Kampf gestärkt hervorgehen wird.

Nachdem die russische Duma endlich wieder versammelt ist und auch ziemlich kräftige Töne vernommen läßt, werden russischerseits mit bezuglich Finnlands wieder etwas liberalere Stimmen hörbar, mit welchem Erfolg, steht natürlich noch dahin. Jedenfalls ist bereits der Gedanke ausgesprochen worden, daß der finnische Landtag noch während des Krieges einzuberufen werden könnte. Natürlich steht dies keineswegs fest, und auch die Einberufung selbst bietet noch keine Garantie für die Rückkehr verfassungsmäßiger Zustände in Finnland.

Für die Neuwahlen sind die Wählerlisten bereits abgeschlossen, auch sind die Wahllokale bereits in Tätigkeit getreten. Nun beginnt der eigentliche Wahlkampf. Der Wahltag ist zurzeit noch nicht festgesetzt.

### Ein Sozialist gegen militärische Kredite.

New York, 30. März 1916. (Sig. Ver.) Am 20. März beschäftigte sich der Kongress mit einer Vorlage, der „Dringlichkeitsbestaltvorlage“, in der 8 611 802 Dollar für die Strafexpedition nach Mexiko verlangt wurden. Desgleichen forderte die Regierung in der Vorlage 20 000 mehr Soldaten, um das Heer auf die Höchststärke zu bringen. Im Senat ging die Bill glatt durch, aber im Repräsentantenhaus fand sie den Widerstand des einzigen sozialistischen Abgeordneten, des Genossen Meyer London, der als einziger Volksvertreter gegen die Forderungen stimmte. Der sozialistische Abgeordnete begründete seine Ablehnung der Forderungen in einer Rede, in der er sagte:

„Der Hälfte der Kräfte, durch die sich europäische Mächte in den letzten fünfzig Jahren koloniale Expansion verschaffen, gingen „Straf-Expeditionen voraus. Madagaskar, eine der größten Kolonien Frankreichs, wurde auf diese Weise erworben, und dasselbe gilt von anderen afrikanischen Besitzungen. Man kann nicht mit einem Heere von 50 000 Mann Jagd auf einen Vambiten machen, wie man mit einer Lokomotive nicht Jagd auf einen Vogel machen kann. In einer oder zwei Wochen werden Sie sehen, wie sich Ihr Heer tief im Gebiete Mexikos befindet und daß sich das mexikanische Volk um den Vambiten als um einen Patrioten scharen wird.“

Erst gestern mußte der Präsident an die Presse appellieren, damit sie aufhöre, die Leidenschaften zu schüren und irreführende „Nachrichten“ zu veröffentlichen. Trotzdem wird er von einer unehelichen Presse, einer Presse, deren Haltung von den unehrenhaften Motiven ihrer Eigentümer diktiert wird, gezwungen werden, ein großes Heer in Mexiko zu halten und das Invasionsgebiet auszubehnen. Sie werden sich nicht mit dem Vambiten Wila, sondern mit dem mexikanischen Volke im Kriege befinden. Deshalb stimme ich neulich gegen die Resolution, und stimme mir jetzt mehr Zeit zu Gebote, so könnte ich, wie ich hoffe, sehr viele davon überzeugen, daß seine Expedition nach Mexiko einer der ernstesten Schritte dieses Kongresses. Ich würde folgendes tun: Ich würde die Nationalgarde, das reguläre Heer und die Bürgerwehr jeden Jährling an der Grenze der Vereinigten Staaten bewachen lassen. Ich würde nicht einem Soldaten gestatten, in das Land eines anderen Volkes einzufallen; denn das bedeutet den Grund legen zu einem langen Kriege, der für die Vereinigten Staaten ein Verhängnis sein wird.“ (2)

### Letzte Nachrichten.

#### Der Zeitungshandel an den Feiertagen.

Berlin, 22. April. (W. Z. V.) Das königliche Polizeipräsidium teilt mit: Das Feilbieten von Zeitungen und Zeitschriften ist nicht nur an Sonntagen, sondern auch an Feiertagen in der Zeit von 3 Uhr nachmittags bis zum folgenden Tage 4 Uhr vormittags verboten.

# Gewerkschaftliches.

## Verhandlungen im Holzgewerbe.

Schon in den ersten Kriegsmonaten haben sich die Unternehmer- und Arbeiterorganisationen im Holzgewerbe zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, deren wichtigste Aufgabe es sein sollte, durch gemeinsame Bemühung dem notleidenden Gewerbe Aufträge zuzuführen. Diese Arbeitsgemeinschaft ist von den Zentralvorständen der Organisationen ins Leben gerufen worden, und wo die örtlichen Organisationsvertreter verständnisvoll auf die Anregung eingingen, was allerdings nicht überall der Fall war, sind beachtenswerte Erfolge erzielt worden.

Neuerdings ist nun auf dem Gebiete des Zusammenwirkens der Organisationen zum Zwecke der gemeinsamen Förderung der Interessen des Gewerbes ein wichtiger Schritt vorwärts gemacht worden. Am 10. und 11. April fand in Berlin eine Konferenz statt, an welcher über 60 Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, des Deutschen Holzarbeiterverbandes sowie der Christlichen und der Hirsch-Dunderschen Organisation der Holzarbeiter teilnahmen. Es wurde über drei Fragen verhandelt in der Weise, daß je ein Unternehmer- und ein Arbeitervertreter ein einleitendes Referat hielten, an welches sich eine lebhafte Aussprache knüpfte. An erster Stelle stand die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für das Holzgewerbe. Hierbei wurde über die seitherigen Erfahrungen mit der Arbeitsgemeinschaft berichtet. Eine eingehende Erörterung erfuhren die oft sehr trüben Erfahrungen, die bei der Vergabe von Aufträgen für die Hantelverwaltung gemacht wurden. Die Mängel des Submissionswesens wurden eingehend erörtert und das gemeinsame Interesse der Unternehmer und Arbeiter betont, der Scheitlerkonkurrenz unangenehme Elemente entschieden entgegenzutreten. Als ein Mittel zur Abhilfe wird der Versuch betrachtet, durch gemeinsame Schritte, vor allem bei den Gemeindebehörden, den Organisationen einen Einfluß auf die Auswahl der zur Arbeit zuzulassenden Unternehmer, aber auch auf die Festsetzung der Preise für die öffentlichen Lieferungen zu erlangen. Nötigenfalls müssen sich die beiderseitigen Organisationen dazu verstehen, gegen Schädlinge des Gewerbes mit den schärfsten Maßnahmen vorzugehen. Bei dieser Besprechung wurden auch die Klagen der Arbeiter über unzureichende Löhne zur Sprache gebracht und die Verpflichtung der Arbeitgeber, ausreichende Teuerungszulagen zu gewähren, erneut anerkannt.

Die Erörterung der Lehrlingsfrage war durch den sich bemerkbar machenden Lehrlingsmangel veranlaßt worden. Von den Unternehmern wurde angeregt, durch die Gewährung eines höheren Kostgeldes diesem Mangel entgegenzuwirken. Übereinstimmung herrschte darin, daß auf eine gründliche Ausbildung der Lehrlinge der größte Wert zu legen ist. Hand in Hand mit der praktischen Unterweisung muß die theoretische Fortbildung gehen. Ueber den Wert einer guten Fach- und Fortbildungsschule herrschte nur eine Stimme. Aber auch auf den Zusammenhang der Lehrlingsfrage mit der allgemeinen Lage der Arbeiter des Gewerbes wurde hingewiesen und betont, daß günstige Arbeitsbedingungen der Arbeiter ein Anreiz sind, dem Gewerbe den Nachwuchs zu sichern.

Die Besprechung über die Arbeitsvermittlung nach dem Kriege zeitigte Übereinstimmung beider Parteien darin, mit größtem Nachdruck für die paritätische Arbeitsvermittlung einzutreten. Wo städtische Arbeitsnachweise bestehen, soll den beiderseitigen Organisationen der berufliche Einfluß auf die Verwaltung gesichert werden. Erstrebenswert sind gemeindliche Arbeitsnachweise mit sachlicher Gliederung, bei denen die Verwaltung der Fachabteilung einer paritätisch zusammengesetzten Kommission aus Vertretern der beiderseitigen Organisationen übertragen und die Vermittlungstätigkeit durch Berufsangehörige ausgeübt wird. Der Arbeitgeber-Schutzverband wird seine Bezirksverbände veranlassen, daß sie überall gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften sofort die nötigen Schritte unternehmen, um im Sinne der Parität dem Gewerbe den erforderlichen Einfluß auf die Arbeitsvermittlung zu sichern.

Wenn man sich der opferreichen Kämpfe erinnert, die schon um den Arbeitsnachweis besonders im Holzgewerbe geführt wurden, dann bedeutet dieses Beschlüsse der Unternehmer in der Holzindustrie zur paritätischen Arbeitsvermittlung einen gewaltigen Fortschritt. Aber auch sonst haben die Verhandlungen gezeigt, daß unbeschadet der natürlichen Gegensätze zwischen den Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter, doch noch viele Gebiete vorhanden sind, auf welchen beide Parteien friedlich zusammenarbeiten können zur Förderung der gemeinsamen Interessen des Gewerbes.

## Berlin und Umgegend.

Die Bauanschläger hatten an ihre Arbeitgeberorganisation das Ersuchen um eine Teuerungszulage gerichtet, worauf sie die Antwort erhielten, daß die Unternehmer beschließen hätten, auf den Stundenlohn von 80 Pf. 10 Pf. pro Stunde zuzulegen. Es herrscht aber in diesem Beruf fast ausschließlich Akkordarbeit, und nachdem schon eine vorhergehende Versammlung der Bauanschläger dieses Zugeständnis als unzulänglich zurückgewiesen hatte, nahm eine neuerliche Versammlung dazu Stellung. Es wurde ausgeführt, der Tarif könne unmöglich die Anschläger zum Verhungern zwingen, zumal auch die Unternehmer über ihre Vereinbarungen mit ihren Auftraggebern, besonders mit Behörden, ihre Preise erhöht und auch anerkannt erhalten hätten. Es wurde ferner erklärt, daß die Unternehmer sich nicht beklagen dürften, wenn die Anschläger sich von ihrem Beruf abwenden und dorthin gehen, wo mehr zu verdienen ist. Werde der Bauanschlägerberuf dadurch von geübten Arbeitern entblößt, so hätten sie selbst schuld daran.

Die Berliner Filiale des Kürschnerverbandes zählt jetzt 519 Mitglieder. Einnahme und Ausgabe bilanzieren im letzten Quartal mit 13 763,32 M. In der Generalversammlung berichtete Frihe über die Verordnung des Oberkommandos betreffs der 40stündigen Arbeitszeit für das Bekleidungs-gewerbe, welche die Mützenbranche in Mitleidenschaft zieht. Die Verordnung sei ein einschneidend für die Mützenmacher. Die Lohneinbuße wird empfindlich sein, und es fragt sich, ob die Arbeiter bei einem derartigen Einkommen in heutiger Zeit werden bestehen können. Die Forderung wird nicht ausbleiben, daß bei der 40stündigen Arbeit auch der alte Lohn weitergezahlt werden muß. Die Einteilung der Arbeitszeit auf die Woche ist folgendermaßen festgesetzt: Von Montag bis Freitag von morgens 8½ bis nachmittags 4¼ Uhr mit einer Stunde Mittag, Sonnabends von morgens 8½ bis mittags 1¼ Uhr mit ¼ Stunde Pause. In einer Sitzung mit den Selbständigen wurde der Beschluß gefaßt, an den Polizeipräsidenten das Ersuchen zu richten, die Arbeitszeit so zu verteilen, daß bis Sonnabend 8 Stunden gearbeitet werde und der Sonnabend frei bleibe. Frihe trug diesen Wunsch auch selbst dem Gewerbeamt Schmidt vor, doch erklärte dieser eine Ausnahme für Kürschner nicht machen zu können, im allgemeinen Interesse werde auch das Kürschner-gewerbe sich mit dieser Regelung abfinden müssen.

In der Diskussion kam eine tiefgehende Missstimmung gegen die Lohnverhältnisse zum Ausdruck, und es wurde erklärt, daß die Kürschner sich unmöglich mit dem verminderten Einkommen würden zufrieden geben können.

Eine längere Aussprache löste noch die Bestimmung betreffs Abzugs der zwei Schutzel aus, die von Frihe und Regge näher präzisiert wurde.

## Deutsches Reich.

### Der Deutsche Holzarbeiterverband im Kriegsjahr 1915.

Die Holzindustrie hat unter dem Einfluß des Krieges schwer gelitten. Die Wirkung dieser Erscheinung spiegelt sich auch in dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht des Deutschen Holzarbeiterverbandes wider. Der Verband, der vor Kriegsausbruch 192 000 Mitglieder zählte, war schon bis Ende des Jahres 1914 auf 115 039 Mitglieder zurückgegangen. Obwohl im Laufe des Jahres 18 633 Mitglieder neu aufgenommen wurden, schließt das Jahr 1915 mit nur 69 415 Mitgliedern ab. Dieser Mitgliederabgang ist nicht allein auf die Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen. Von den nicht einberufenen Holzarbeitern ist ein sehr erheblicher Teil zu einem anderen Beruf übergegangen. Veranlassung zu dem Berufswechsel dürfte die ungleiche Arbeitslosigkeit geboten haben, unter welcher die Holzarbeiter in den ersten Monaten des Krieges zu leiden hatten und die auch dann nur langsam zurückging. Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert, stellenweise besteht sogar ein Mangel an Arbeitern; aber die Lohnverhältnisse sind in der Holzindustrie so, daß die Holzarbeiter, die z. B. in der gut lohnenden Rüstungsindustrie Beschäftigung gefunden haben, keine große Reizung befunden, zu ihrem erlernten Beruf zurückzukehren.

Ueber die während der Kriegsdauer im Beruf eingetretenen Veränderungen hat der Holzarbeiterverband am 1. Dezember 1915 eine Erhebung veranstaltet, von welcher 20 968 Betriebe erfaßt wurden, in denen vor dem Kriege 259 685 Arbeiter beschäftigt wurden. Zur Zeit der Erhebung arbeiteten in diesen Betrieben nur noch 118 638 Personen. 49 833 oder rund 30 Proz. sind nicht mehr in ihrem Beruf tätig. Bemerkenswert ist, daß auch die Zahl der weiblichen Arbeiter in der Holzindustrie zurückgegangen ist. Das ist um so auffälliger, als der Krieg eine starke Zunahme der Zahl der industriell beschäftigten Frauen gebracht hat. In der Holzindustrie spielt die Frauennarbeit ohnehin keine sehr große Rolle; nach der Erhebung ist aber die Zahl der Arbeiterinnen von 19 500 auf 17 279 zurückgegangen, das ist um 11,4 Proz. Dieser Rückgang ist eingetreten, obwohl in einzelnen Zweigen des Gewerbes eine starke Zunahme der Arbeiterinnen festzustellen wurde. So stieg die Zahl der Arbeiterinnen in der Störmacherei von 501 auf 2059. Von der Erhebung wurde zwar nur ein Teil des Gewerbes umfaßt, immerhin gestattet dieser Ausschnitt einen Rückschluß auf die Gesamtlage, und diese gibt eine Erklärung für die unbefriedigende Mitgliederentwicklung.

Günstiger als die Mitgliederzahl hat sich das Kassentwesen des Verbandes entwickelt. Infolge der eingetretenen Besserung auf dem Arbeitsmarkt erforderte die Arbeitslosenunterstützung insgesamt, also einschließlich der Leistungen der Lokalkassen, nur 613 958 M. gegen 8 960 000 M. im Jahre 1914. An die Familien der Eingezogenen wurden im Berichtsjahr 487 084 M. gezahlt. Einschließlich der für den gleichen Zweck im Jahre 1914 ausgegebenen 876 643 M. hat also der Verband an Familienunterstützung 1 343 727 M. ausgegeben. Die Gesamtausgabe des Verbandes an Unterstützungen aller Art betrug 1 431 625 M. gegen 6 747 763 M. im Jahre 1914. Die Verminderung des Bedarfs an Unterstützungen führte zu einer Steigerung des Vermögens des Verbandes, welches am Jahres-schluß 5 869 857 M. betrug. Damit ist allerdings der Stand am Schluß des Jahres 1913, wo das Verbandsvermögen 7 404 017 M. betrug, noch lange nicht erreicht. Der Jahresabschluss des Deutschen Holzarbeiterverbandes berechtigt zu der Erwartung, daß diese Organisation nicht nur die Stürme des Krieges ohne erheblichen Schaden übersteht, sondern auch nach dem Kriege bald wieder ihren alten Stand erreicht.



**Dopeline-  
Daletot**  
sehr hübsche, jugendliche Form,  
durch einen reich mit Seide  
und Knöpfen verzierten Gürtel  
besonders wirkungsvoll  
**29.75**

**Elegantes  
Jackett**  
in allen neuzeitlichen Farben,  
schmuckes, mit Seidentressen  
verziertes Model, sehr kleid-  
same Form  
**43.—**

**Praktisches  
Straßenkleid**  
aus gutem Lederkörper, flott  
und leicht gefächert, mit reich-  
vollem Seidenripstragen,  
schöner weiler Rod  
**36.—**



..... aber  
an allen Wochen-  
tagen ununterbrochen  
geöffnet und mit  
einer Fülle schönster  
Sommer-Kleidung zu  
Ihrer Verfügung.

**Königstraße 33**  
beim Bahnhof Alexanderp. ab

**Chausseestraße 113**  
am Berliner Bahnhof

# Amerika droht mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

## Der Wortlaut der amerikanischen Note.

Berlin, 22. April. (W. T. W.) Die am 20. April abends von dem hiesigen amerikanischen Votschaffer überreichte Note lautet in Uebersetzung wie folgt:

Euer Excellenz,

Ich habe nicht verfehlt, unverzüglich meiner Regierung telegraphisch die Note Eurer Excellenz vom 10. d. M. zu übermitteln betreffend gewisse Angriffe deutscher Unterseeboote und insbesondere betreffend die unheilvolle Explosion, die den französischen Dampfer „Suffey“ am 24. März im Englischen Kanal zerstörte. Den Weisungen meiner Regierung entsprechend, habe ich jetzt die Ehre, Eurer Excellenz die folgende Antwort zu übermitteln:

Durch die jetzt im Besitz der Regierung der Vereinigten Staaten befindlichen Nachrichten wird der

### Tatbestand im Fall der „Suffey“ vollkommen festgestellt,

und für die Folgerungen, die meine Regierung aus diesen Nachrichten gezogen hat, findet sie eine Bestätigung in Umständen, die in Eurer Excellenz Note vom 10. d. M. dargelegt sind. Am 24. März 1916, ungefähr um 2 Uhr 50 Minuten nachmittags wurde der unbewaffnete Dampfer „Suffey“ mit dreihundertfünfundzwanzig oder mehr Passagieren an Bord, unter denen eine Anzahl amerikanischer Bürger war, auf der Ueberrfahrt von Folkestone nach Dieppe torpediert. Die „Suffey“ war niemals bewaffnet; sie war ein Schiff, das, wie bekannt, regelmäßig nur zur Beförderung von Passagieren über den Englischen Kanal benutzt wurde; sie folgte nicht der von Truppentransport- oder Proviantschiffen befahrenen Route, ungefähr 80 Passagiere, Nichtkombattanten jeglichen Alters und Geschlechts, darunter Bürger der Vereinigten Staaten, wurden getötet oder verwundet.

Eine sorgfältige, eingehende und gewissenhaft unparteiische Untersuchung durch Offiziere der Flotte und der Armee der Vereinigten Staaten hat schlüssig die Tatsache ergeben, daß die „Suffey“

### ohne Warnung oder Aufforderung zur Uebergabe torpediert

wurde, und daß der Torpedo, durch den sie getroffen wurde, deutscher Herstellung war. Nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten machten diese Tatsachen von Anfang an den Schluß unermittelbar, daß der Torpedo von einem deutschen Unterseeboot abgefeuert war. Sie findet jetzt diese Schlussfolgerung durch die Ausführungen in der Note Eurer Excellenz bekräftigt. Eine vollständige Darlegung des Tatbestandes, auf den die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Schlussfolgerung gegründet hat, ist beigefügt.

Nach sorgfältiger Prüfung der Note der Kaiserlichen Regierung vom 10. April bedauert die Regierung der Vereinigten Staaten sagen zu müssen, daß sie aus den Darlegungen und Vorschlägen dieser Note den Eindruck erhalten hat, daß die Kaiserliche Regierung

### verfehle, den Ernst der Situation zu würdigen,

die sich nicht nur durch den Angriff auf die „Suffey“ ergeben hat, sondern durch die ganze Methode und den Charakter des Unterseebootkrieges, wie sie zutage getreten sind infolge der während eines Zeitraums von mehr als 12 Monaten von den Befehlshabern der deutschen U-Boote uneingeschränkt gehandhabten Uebung unterschiedsloser Zerstörung von Handelsschiffen aller Art, Nationalität und Bestimmung. Wenn die Zerstörung der „Suffey“ ein vereinzelter Fall gewesen wäre, so würde das der Regierung der Vereinigten Staaten die Hoffnung ermöglichen, daß der für die Tat verantwortliche Offizier seine Befehle eigenmächtig übertreten, oder in strafbarer Gefährdung die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen außer acht gelassen habe und daß der Gerechtigkeit durch eine entsprechende Bestrafung in Verbindung mit einer förmlichen Mißbilligung seiner Handlung und Bezahlung einer angemessenen Entschädigung durch die Kaiserliche Regierung Genüge geschehen könnte. Aber obwohl der Angriff auf die „Suffey“ offenkundig nicht zu verteidigen war und einen so tragischen Verlust an Menschenleben verursachte, daß er als eines der schrecklichsten Beispiele der Unmenschlichkeit des Unterseebootkrieges wie ihn die Kommandanten der deutschen Schiffe führen, erscheint, so sieht er

### unglücklicherweise nicht allein.

Im Gegenteil, die Regierung der Vereinigten Staaten ist durch Ereignisse der neuesten Zeit zu dem Schluß genötigt, daß es nur ein Fall, wenn auch einer der schwersten und betrübendsten, ist für die vorbedachte Methode und den Geist, womit unterschiedslos Handelsschiffe aller Art, Nationalität und Bestimmung zerstört werden, und die um so unvermeidbarer geworden sind, je mehr die Tätigkeit der deutschen Unterseeboote in den letzten Monaten an Intensität und Ausdehnung zunahm.

Die Kaiserliche Regierung wird sich erinnern, daß, als sie im Februar 1915 ihre Absicht ankündigte, die Gewässer um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet zu behandeln, alle Handelsschiffe in feindlichem Eigentum, die innerhalb dieser Gefahrenzone angetroffen werden sollten, zu vernichten, und als sie an alle Schiffe, sowohl der Neutralen wie der Kriegführenden die Warnung ergingen ließ, die so verlesenen Gewässer zu meiden oder sich auf eigene Gefahr dorthin zu begeben, die Regierung der Vereinigten Staaten ernstlich protestiert hat. Sie nahm den Standpunkt ein, daß eine solche Politik nicht verfolgt werden könnte, ohne beständige, schwere und offenkundige Verletzungen des anerkannten Völkerrechts, besonders wenn Unterseeboote, als ihre Werkzeuge Verwendung finden sollten, insofern als die Regeln des Völkerrechts, beruhend auf den Grundsätzen der Menschlichkeit, und zum Schutze des Lebens der Nichtkombattanten auf See aufgestellt, nach der Natur der Sache durch solche Schiffe nicht beobachtet werden könnten. Sie gründete ihren Protest darauf, daß Verlesenen neutraler Nationalität und Schiffe neutraler Eigentümer ärgersten und unerträglichsten Gefahren ausgesetzt sein würden, und daß unter den damals obwaltenden Umständen die Kaiserliche Regierung keinen rechtmäßigen Anspruch darauf geltend machen konnte, einen Teil der hohen See zu schließen. Das hier in Betracht kommende Völkerrecht, auf das die Regierung der Vereinigten Staaten ihren Protest stützte, ist nicht neuen Ur-

sprungs oder gegründet auf rein willkürliche durch Vereinbarung aufgestellte Grundsätze. Es beruht im Gegenteil

### auf offenkundigen Grundsätzen der Menschlichkeit

und ist seit langem in Geltung mit Billigung und durch ausdrückliche Zustimmung aller zivilisierten Nationen.

Die Kaiserliche Regierung bestand trotzdem darauf, die angeforderte Politik durchzuführen, indem sie die Hoffnung ausdrückte, daß die bestehenden Gefahren, jedenfalls für neutrale Schiffe, durch die Zusicherungen auf ein Mindestmaß beschränkt würden, die sie den Kommandanten ihrer Unterseeboote gegeben hatte, und veräußerte die Regierung der Vereinigten Staaten, daß sie jede mögliche Vorsichtsmaßregel anwenden würde, um die Rechte der Neutralen zu achten und die Leben der Nichtkombattanten zu schützen.

In Verfolg dieser Politik des Unterseebootkrieges gegen den Handel seiner Feinde, die so angekündigt und trotz des feierlichen Protestes der Regierung der Vereinigten Staaten begonnen wurde, haben die Unterseebootkommandanten der Kaiserlichen Regierung ein Verfahren solcher rücksichtslosen Zerstörung geübt, die mehr und mehr während der letzten Monate deutlich werden ließ, daß die Kaiserliche Regierung keinen Weg gefunden hat, ihnen solche Beschränkungen aufzuerlegen, wie sie gehofft und versprochen hatte. Immer wieder hat die Kaiserliche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten fernerlich versichert, daß zum mindesten Passagierschiffe nicht in dieser Weise behandelt werden würden, und gleichwohl hat sie wiederholt zugelassen, daß ihre Unterseebootkommandanten diese Versicherungen ohne jede Bindung mißachteten. Noch im Februar dieses Jahres machte sie davon Mitteilung, daß sie alle bewaffneten Handelsschiffe in feindlichem Eigentum als Teil der bewaffneten Seestreitkräfte ihrer Gegner betrachteten und als Kriegsschiffe behandeln werde, indem sie sich so, wenigstens implizite verpflichtete, nicht bewaffnete Schiffe zu warnen und das Leben ihrer Passagiere und Besatzungen zu gewährleisten; aber sogar diese Beschränkung haben ihre Unterseebootkommandanten undbestimmt außer Acht gelassen.

Neutrale Schiffe, sogar neutrale Schiffe auf der Fahrt von neutralem nach neutralem Hafen, sind ebenso wie feindliche Schiffe in ständig wachsender Zahl zerstört worden. Manchem sind die angegriffenen Handelsschiffe gewarnt und zur Uebergabe aufgefordert worden, bevor sie beschossen oder torpediert wurden; manchmal ist ihren Passagieren und Besatzungen die dringende Sicherheit zugebilligt worden, daß man ihnen erlaube, in die Boote zu gehen, bevor das Schiff versenkt wurde. Aber wieder und wieder wurde keine Warnung gegeben, nicht einmal den Personen an Bord eine Rettung in die Boote gestattet. Große Ozeandampfer, wie die „Lusitania“ und „Arabic“, und reine Passagierschiffe, wie die „Suffey“, sind ohne jede Warnung angegriffen worden, oft bevor sie gewarnt wurden, daß sie sich einem bewaffneten feindlichen Schiff gegenüber befänden, und das Leben der Nichtkombattanten, Passagiere und Mannschaften wurde unterschiedslos und in einer Weise vernichtet, die die Regierung der Vereinigten Staaten nur als

### leichtfertig und jeder Verächtigung entbehrend

erachten konnte. Keinerlei Grenze wurde in der Tat der weiteren unterschiedslosen Zerstörung von Handelsschiffen jeder Art und Nationalität außerhalb der Gewässer gesetzt, welche die Kaiserliche Regierung als in der Kriegszone gelegen zu bezeichnen beliebt hat. Die Liste der Amerikaner, die auf so angegriffenen und zerstörten Schiffen ihr Leben verloren haben, ist von Monat zu Monat gewachsen, bis die verhängnisvolle Zahl der Opfer in die Hunderte gestiegen ist.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine sehr geduldige Haltung eingenommen. Auf jeder Stufe dieser schmerzlichen Erfahrung von Tragödie über Tragödie war sie bestrebt, durch wohlüberlegte Verzichtserklärungen der außerordentlichen Umstände eines Krieges ohne Beispiel, sich lenken und durch Gesinnung echter Freundschaft für Volk und Regierung Deutschlands leiten zu lassen. Sie hat die aufeinander folgenden Erklärungen und Versicherungen der Kaiserlichen Regierung als selbstverständlich in voller Aufrichtigkeit und gutem Glauben abgegeben angenommen und hat die Hoffnung nicht aufgeben wollen, daß es der Kaiserlichen Regierung möglich sein werde, die Darlegungen der Befehlshaber ihrer Seestreitkräfte in einer Weise zu regeln und zu überwachen, die ihr Verfahren mit den anerkannten, im Völkerrecht verkörperten Grundsätzen der Menschlichkeit in Einklang bringen werde. Sie hat den neuen Verhältnissen, für die es keine Präzedenzfälle gibt, jedes Zugeständnis gemacht und war willens, zu warten, bis die Tatsachen

### unmißverständlich und nur einer Auslegung fähig

wurden. Sie ist nun einer gerechten Würdigung ihrer eigenen Rechte schuldig, der Kaiserlichen Regierung zu erklären,

### daß dieser Zeitpunkt gekommen

ist. Es ist ihr zu ihrem Schmerze klar geworden, daß der Standpunkt, den sie von Anfang an einnahm, unermittellich richtig ist, nämlich, daß der Gebrauch von Unterseebooten zur Zerstörung des feindlichen Handels notwendigerweise, gerade wegen des Charakters der verwendeten Schiffe unter Angriffsmethoden, die ihre Verwendung naturgemäß mit sich bringt,

### gänzlich unvereinbar ist mit den Grundsätzen der Menschlichkeit,

den seit langem bestehenden und unbestrittenen Rechten der Neutralen und den heiligen Vorrechten der Nichtkombattanten.

Wenn es noch die Absicht der Kaiserlichen Regierung ist, unarmherzig und unterschiedslos weiter gegen Handelsschiffe mit Unterseebooten Krieg zu führen, ohne Rücksicht auf das, was die Regierung der Vereinigten Staaten als die heiligen und unbestreitbaren Gesetze des internationalen Rechts und die allgemein anerkannten Gebote der Menschlichkeit ansehen muß, so wird die Regierung der Vereinigten Staaten schließlich zu der Folgerung gezwungen, daß es nur einen Weg gibt, den sie gehen kann. Sofern die Kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich ein Aufgeben ihrer gegenwärtigen Methoden des

Unterseebootkrieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklären und bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen zur Deutschen Regierung ganz zu lösen. Einen solchen Schritt faßt die Regierung der Vereinigten Staaten mit dem größten Widerstreben ins Auge, sie fühlt sich aber verpflichtet, ihn im Namen der Menschlichkeit und der Rechte neutraler Nationen zu unternehmen.

Ich ergreife diese Gelegenheit, um Eurer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

gez. Gerard.

Anlage: Darlegung des Tatbestandes.

An Seine Excellenz den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes

Herrn v. Jagow.

## Feststellung des Tatbestandes im „Suffey“-Fall.

Anlage zu der Note an die Deutsche Regierung vom 18. April 1916.

Der französische Kanaldampfer „Suffey“, der regelmäßig zum Passagierverkehr zwischen den Häfen Folkestone in England und Dieppe in Frankreich wie seit Jahren (französisches Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten) verwendet wird, fuhr am 24. März 1916 um 1.25 nachmittags mit 825 Passagieren und 58 Mann Besatzung an Bord von Folkestone nach Dieppe ab. (Erklärung des Kapitäns Mouffet; Bericht des Konteradmirals Graffet.) Die Passagiere, unter denen sich etwa 25 amerikanische Bürger befanden (Telegramm der Postkammer in London vom 25. und der Postkammer in Paris vom 26. und 28. März) gehörten verschiedenen Staaten an; es waren viele Frauen und Kinder darunter, und ungefähr die Hälfte waren Angehörige neutraler Staaten (Bericht des Korvettenkapitäns Cahles und des Leutnants Smith; Bericht des Konteradmirals Graffet). Die „Suffey“ trug keine Armierung (französisches Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten; Bericht des Korvettenkapitäns Cahles und des Leutnants Smith; eibliche Aussagen amerikanischer Passagiere). Sie ist niemals als Truppentransportschiff verwendet worden und hatte eine Route eingeschlagen, die für die Truppentransporte von England nach Frankreich nicht benutzt wird (Erklärung der britischen Admiralität; französisches Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten). Der Dampfer fuhr mit fast genau südlichem Kurs, nachdem er Dungeness passiert hatte (Erklärung des Kapitäns Mouffet). Das Wetter war klar und die See ruhig (eibliche Aussagen des Gena Hale, John D. Hearnly, Gertrude B. Warren). Um 2 Uhr 50 Minuten nachmittags, als die „Suffey“ ungefähr 13 Meilen von Dungeness entfernt war (Erklärung des Kapitäns Mouffet), sah der Kapitän des Schiffes, der sich auf der Kommando-Brücke befand, ungefähr 150 Meter von dem Schiffe entfernt auf der Backbord-

### die Laufbahn eines Torpedos

(Erklärung des Kapitäns Mouffet): diese wurde auch ganz deutlich von dem ersten Offizier und dem Vootsmann gesehen, die sich mit dem Kapitän auf der Brücke befanden. (Bericht des Konteradmirals Graffet). Der Kapitän gab sofort Befehl, Vordorbruder zu geben (to port the helm) und ließ die Steuerbordmaschine stoppen (Erklärung des Kapitäns Mouffet), in der Absicht, das Schiff nach Steuerbord herumzudrehen, um so dem Torpedo auszuweichen und ihm längs Vordorbrücke in konvergierender Richtung mit dem veränderten Kurs des Dampfers vorbei laufen zu lassen. Bevor jedoch das Schiff weit genug herumgedreht werden konnte, um zu vermeiden, den Kurs des Torpedos zu kreuzen, traf dieser den Rumpf des Schiffes kurz vor der Brücke in einem Winkel, explodierte, zerstörte den ganzen vorderen Teil des Dampfers bis zum ersten wasserdichten Schott, riß den Postmast mit den drahtlosen Antennen fort und tötete oder verletzte ungefähr 80 Personen an Bord (Erklärung des Kapitäns Mouffet; Bericht des Konteradmirals Graffet, eibliche Aussagen des Henry S. Veer). Zu dieser Zeit war

### kein anderes Schiff in Sicht

(eibliche Aussagen des Samuel J. Dennis, T. W. Galberston, John D. Hearnly und anderer). Das Verannagen des Torpedos wurde von verschiedenen anderen Personen auf dem Schiff gesehen (eibliche Aussagen des Samuel J. Dennis, Henry S. Veer, Gertrude B. Warren). Eine von ihnen, ein amerikanischer Bürger mit Namen Henry S. Veer, lehnte an der Vordorbrücke, ungefähr 10 Fuß hinter der Kommando-Brücke, und starrte auf die See hinaus, als er den herannahenden Torpedo ungefähr 100 Yards entfernt erblickte und seiner Frau und seinem Begleiter rief: „Ein Torpedo.“ Unmittelbar nach diesem Ausruf traf das Geschoss das Schiff. (Eibliche Aussagen des Henry S. Veer und der Frau Henry S. Veer.) Eine weitere Bestätigung der Tatsache, daß der Kapitän den Torpedo auf das Schiff zulommen sah, bildet die beidseitige Aussage der Ingenieure vom Dienst, daß der Befehl, Vordorbruder zu geben und die Steuerbordmaschine anzuhalten, erhalten und befolgt wurde. (Bericht des Konteradmirals Graffet.) Für diesen ungewöhnlichen Befehl kann keine andere vernünftige Erklärung gegeben werden, als die, daß der Kapitän etwas sah, das ihn veranlaßte, den Kurs scharf nach Steuerbord zu verändern. Zu diesem Zeitpunkt, das an und für sich bereits schlüssig beweisen dürfte, daß die Ursache der Zerstörung ein Torpedo war, kommt noch das Zeugnis des der amerikanischen Votschaft in Paris zugeteilten Leutnants Smith von der Marine der Vereinigten Staaten, der in Begleitung des Majors Logan von der amerikanischen Votschaft nach Boulogne fuhr, den Rumpf des „Suffey“ untersuchten, und persönlich unter der Waffe der vom Wasser durchdrungenen Kammern des Bracks

### 15 Metallstücke

fanden, die sie in ihrem Besitz behielten, da sie nicht glaubten, daß die Stücke Teile eines Schiffes bildeten. Die Untersuchung des Schiffsrumpfes ergab, daß das Schiff durch eine äußere Explosion zum Bruch geworden war, da die Kessel intakt waren, und daß kurz vor der Kommando-Brücke ein großer Hieb war, der zeigte, daß das Schiff einen schweren Stoß erhalten habe, und zwar kam der Stoß aus einer Richtung von achterlicher Querob in einer Linie, die in ihrem Winkel mit der Richtlinie war (Bericht des Leutnants Smith, telegraphiert am 1. April). Dieses Zeugnis stimmt mit der Feststellung überein und bekräftigt sie, daß das Schiff, als es getroffen wurde, nach Steuerbord und von dem Torpedo wegdrehte. Die Metallstücke, welche die amerikanischen Offiziere gesammelt hatten, wurden von Leutnant Smith, Korvettenkapitän Cahles und Major Logan mit Minen und Wägen von Minen verglichen, die sich im Besitz der französischen Marinebehörden in Boulogne, Rochefort und London und der englischen Marinebehörden in Portsmouth befinden. Diese Offiziere sind der festen Meinung, daß diese Metallstücke nicht

Teile einer Mine waren (Telegraphischer Bericht des Leutnants Smith vom 2. und 8. April). Unter diesen 13 Metallstücken waren Schraubenbolzen, welche die Wirkung einer Explosion aufwiesen, und der eine mit „L“ und „50“, der andere mit „I“ und „58“ je an Kopfe bezeichnet waren. Bei Untersuchung der deutschen Torpedos, die sich im Besitz der französischen Marinebeförden in Toulon und der englischen in Portsmouth befinden, fanden die amerikanischen Offiziere, daß identische Schrauben mit dem Buchstaben „L“ und einer Zahl dazu verwendet werden, den „Gefechtslopf“ am Kessel zu befestigen (Telegraphische Berichte des Leutnants Smith vom 2., 5. und 13. April). Die Schrauben, die an französischen und englischen Torpedos verwendet werden, tragen keine Bezeichnungen und sind von etwas anderer Größe (dieses Verdict). Weiterhin waren die amerikanischen Offiziere in der Lage, durch Vergleich und genaue Prüfung alle übrigen 13 Metallstücke positiv als

#### Teile eines deutschen Torpedos

wie folgt zu identifizieren und zu bestimmen:

- Bruchstück 3
- Teile des inneren Verschlußes des Entwässerungsrohres, des Maschinenluftrohres,
- Bruchstück 4 und 5,
- Stoßhämmer der Maschinenlampe,
- Bruchstück 6-10 einschließlich, Stück 12,
- Teile von Maschinenzylinder, Bruchstück 11, 13, 14, 15.
- Teile des Stahlgeschloßes, die noch die bezeichnende rote Farbe tragen, die den deutschen Torpedogeschloßlöpfen eigen ist. (Bericht des Leutnants Smith, telegraphiert am 5. April.)

Im Hinblick auf diese nachgewiesenen Tatsachen kann kein vernünftiger Zweifel darüber bestehen, daß die „Suffex“ torpediert wurde und daß der Torpedo deutscher Herstellung war. Da kein Schiff von irgendjemand an Bord der „Suffex“ gesehen wurde, ist der Schluss zwingend, daß der Torpedo ohne Warnung von einem Unterseeboot abgeschossen wurde, das zur Zeit des Angriffs untergetaucht war und nach der Explosion unter Wasser blieb. Der Schluss, zu dem man so durch die Beweise (die etlichen Aussagen stammen von amerikanischen Bürgern), die das Staatsdepartement gesammelt hat, gekommen ist, wurde durch die Feststellungen in der Note der kaiserlichen Regierung vom 10. April 1916 bekräftigt.

Gemäß jenen Feststellungen:

a) torpedierte ein deutsches Unterseeboot einen Dampfer anderthalb Meilen südöstlich von Wail Rod Gant.

Anmerkung. Der Angriffspunkt liegt genau auf dem Kurs, der von der „Suffex“ eingeschlagen worden war, nachdem sie Dungeness passiert hatte, und etwa eine halbe Meile von der Stelle, an der der Kapitän der „Suffex“ behauptet, torpediert zu sein.

b) Der Angriff fand um 8 Uhr 55 Minuten nachmittags mitteleuropäischer Zeit statt.

Anmerkung. 8 Uhr 55 Minuten nachmittags mitteleuropäischer Zeit würde 2 Uhr 55 Minuten westeuropäischer Zeit entsprechen.

c) Es war 2 Uhr 50 Minuten westeuropäischer Zeit, als der Torpedo die „Suffex“ nach Aussage des Kapitäns traf und die Schiffsluhr stehen blieb.

d) Der Torpedo rief, als er traf, eine Explosion hervor, die das ganze Vorschiff bis zur Kommandobrücke abtrifft.

Anmerkung. Der vordere Teil der „Suffex“ bis zum ersten wasserdichten Schott wurde nach den offiziellen Berichten zerstört.

e) Das deutsche Unterseeboot war untergetaucht, als der Torpedo abgeschossen wurde und eine Angabe, daß es nach dem Angriff an die Oberfläche kam, ist nicht vorhanden.

Anmerkung. Die Schlussfolgerung, daß das Unterseeboot untergetaucht war, zog man aus der Tatsache, daß niemand auf der „Suffex“ ein Unterseeboot gesehen hat, trotzdem das Wetter schon war.

f) Keine Warnung erfolgte, und es wurde auch kein Versuch in dieser Richtung gemacht, da nichts davon erwähnt ist.

Anmerkung. Die gesammelten Beweise bestätigen, daß keine Warnung erfolgte.

g) Eine Skizze, die der Unterseebootkommandant von dem Dampfer, den er torpedierte, hergestellt hat, stimmt mit einer Photographie der „Suffex“ in der „London Graphic“ nicht überein.

Anmerkung. Diese Skizze ist anscheinend nach dem Gedächtnis auf Grund einer Beobachtung des Schiffes durch ein Periskop angefertigt worden. Da die einzigen Unterschiede, die von dem Kommandanten, der sich auf sein Gedächtnis verließ, hervorgehoben wurden, die Lage der Schornsteine und die Form des Decks sind, so ist anzunehmen, daß sich die Schiffe sonst gleichen.

h) Kein anderes deutsches Unterseeboot hat an jenem Tage und in jener Gegend Dampfer angegriffen.

Anmerkung. Da nach den eingegangenen Meldungen kein anderes Schiff als die „Suffex“ ohne Warnung von einem untergetauchten Unterseeboot torpediert worden ist, so sieht es außer Frage, daß das Schiff von dem Unterseeboot torpediert worden ist, auf dessen Kommandantenbericht die Note vom 10. April beruht.

gez. Sanjung.

### Amerikanische Note an Oesterreich.

Wien, 21. April. (B. Z. B.) Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ von unterrichteter Seite erfährt, ist im Ministerium des Aeußern die amerikanische Note, die sich mit der Torpedierung des Dampfers „Imperator“ im Mittelmeer befaßt, eingetroffen. Die Note beschränkt sich darauf, eine Anfrage an die österreichisch-ungarische Regierung über die näheren Umstände bei dieser Torpedierung zu richten.

### Ein Schweizer Journalist über den Untergang der „Suffex“.

Bern, 21. April. (B. Z. B.) Der Schweizer Journalist Johann Niederöst, der jahrelang in England für englische und amerikanische Zeitungen geschrieben hat, gehört zu den gerietten Fahrgästen der „Suffex“. Er hat seine Erlebnisse beim Untergang des Schiffes im „Verner Bund“ vom 2. April geschildert und diese Mitteilungen jetzt durch nachfolgende Angaben ergänzt, deren Richtigkeit und Wahrheit zu bezeugen er durch notariell beglaubigte Niederschrift sich bereit erklärt hat.

Niederöst erzählt: Am Tage des Unfalls hat keiner der Fahrgäste der „Suffex“ davon gesprochen, daß der Dampfer einem Torpedo zum Opfer gefallen sei; erst am folgenden Tage glaubten die verschiedensten Leute alles mögliche, wie Torpedos und U-Boote gesehen zu haben. Die Explosion erfolgte an der Spitze des Schiffes. Ich habe mit den Schiffingenieuren zusammen die Unfallstelle besichtigt. Der Dampfer war am Bug einen Fuß über dem Wasserspiegel etwa zehn bis zwölf Fuß schräg aufgerissen. Der Speiseraum erster Kajüte war zerstört. Wäre keine Panik auf dem Dampfer ausgebrochen, so wären nur etwa 14-16 Passagiere erster Kajüte verunglückt. Die Schiffsteleute, die mit mir das U-Boot besichtigten, äußerten sich dahin, daß der Unfall nur von einer Mine herrühren könne und ein Torpedo kaum in Frage komme; denn wenn es sich um einen Torpedoschub gehandelt hätte, wäre es ein schlechter Schuß gewesen, so daß das betreffende U-Boot einen zweiten Torpedo nachgeschickt haben würde.

Von der „Suffex“ wurde ich auf dem englischen Torpedoboot „Afridi“ nach Dover zurückgebracht. Dort sprach ich mich in einer Unterredung dahin aus, daß die „Suffex“ nach der Ansicht der Schiffsteleute selbst nicht einem Torpedo, sondern einer Mine zum Opfer gefallen sei. Diese Aeußerung muß zur Kenntnis der dortigen Behörden gekommen sein. Jedenfalls wurden mir Papiere in Follstone, wohin ich mich von Dover begeben mußte, zurückgehalten. In Follstone wurde ich auf dem Generalstabsbureau zuerst von einem englischen Adjutanten befragt und gab ihm eine eingehende Darstellung vom Hergang des Unfalls. Später kam ein General ins Zimmer und der französische Generalkonul. Man befragte mich über die Ursache des Unfalls. Ich sagte, daß meiner Meinung nach eine Minenexplosion vorläge und gab dafür meine Gründe an. Der General fuhr mir scharf ins Wort und sagte: „Jeder Mann ist einig darüber, daß es ein Torpedo war, und Sie sagen, es ist eine Mine.“ Später fand eine Beratung dieser Herren statt, die ungefähr eine halbe Stunde dauerte und der ich nicht beiwohnte. Dann wurde ich auf das Bureau der Geheimpolizei geführt, wohin uns der früher genannte Adjutant folgte und wo ich eine Erklärung, die in roter Tinte geschrieben war, unterzeichnete, daß nach meiner Ansicht die „Suffex“ torpediert worden sei.“ Ich gab diese Erklärung am 26. März ab, nur um loszukommen, obgleich ich eigentlich diese Wahrnehmung nicht gemacht hatte.

Am 27. März kam ich in Boulogne an und wurde dort von einem englischen Detektiv in Empfang genommen. Ein Major vom Intelligence Office in Boulogne verlangte, daß ich meine in Follstone abgegebene schriftliche Erklärung vor einem französischen Notar eiblich erläutern sollte. Da die vom Notar verlangten Unterlagen nicht genügt, fand die Verhandlung erst am 28. März statt, und zwar wurde ich durch den englischen Detektiv Hill und einen englischen Major als Zeugen rekonstruiert. Ich mußte vor dem Notar wiederholen, daß meine in Follstone abgegebene Erklärung richtig sei und mußte diese Erklärung unterschreiben und beschwören. Erst nachdem dies geschehen war, erhielt ich meine Papiere zurück und durfte meine Reise nach der Schweiz fortsetzen.

Unter den Fahrgästen der „Suffex“ waren verschiedene Soldaten in Uniform, wie ich mich bestimmt erinnere, ein paar belgische Soldaten, ein belgischer Offizier, zwei bis drei englische und zwei französische Soldaten.

### Lösung oder Aufschub der englischen Krise?

Die Kabinettskrise in England soll beseitigt sein. Man hat angeblich die mittlere Linie gefunden, auf der sich die konservativen und die liberalen Mitglieder treffen können. Die einen behaupten, daß Lloyd George die Rolle des Vermittlers gespielt habe, die anderen schreiben sie dem Arbeitsminister Henderson zu. Alle sprechen aber von einem Kompromiß auf der Grundlage, daß den verheirateten Männern zunächst noch einmal Zeit gegeben werden soll, sich freiwillig zu melden. Erst wenn die auf solche Weise gewonnenen Mannschaften nicht ausreichen, soll die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht dem Parlament vorgeschlagen werden.

Bestätigen sich diese Meldungen, so ist es für jeden ohne weiteres klar, daß der Konflikt nicht gelöst, sondern nur hinausgeschoben worden ist. Die Eröffnung eines neuen Verbefehlzuges für die Verheirateten mit der Drohung im Hintergrund, doch noch die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, bedeutet das Zugeständnis, daß nicht genügend Soldaten vorhanden sind, und dieses Zugeständnis ist zugleich eine Stärkung der konservativen Mitglieder der Regierung und des Parlaments, die von Anfang an die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht verlangt haben.

Herr Asquith ist in keiner beneidenswerten Position. Von links her, von seiten der unabhängigen Arbeiterpartei und einiger aufrechten Liberalen ist bereits bei der Einbringung des ersten Dienstpflichtgesetzes auf die Saltlosigkeit der Lordverbischen Berechnungen hingewiesen worden, und die Erfahrungen haben bewiesen, daß die Zahl der ledigen „Driedberger“, die mit etwa 600 000 angenommen wurde, viel zu hoch gegriffen war. Wieviel Unverheiratete tatsächlich durch das Dienstpflichtgesetz noch dem Heere zugeführt werden sind, wissen wir nicht. Die Ziffern werden dem englischen Unterhaus wahrscheinlich am Dienstag in geheimer Sitzung mitgeteilt werden. Aber sie müssen bei weitem nicht an die 600 000 heranreichen, denn sonst wäre ja eine Erweiterung der Seeresdienstpflicht überflüssig.

Der Ministerpräsident und seine bewilligungsbereiten Freunde sind bereits im Anfang des Jahres bei Gelegenheit der Unterhausdebatten über die „Compulsion-Bill“ vor dem so schweren Schritt zur Einführung des Dienstzwanges gewarnt worden. Er bedeutete einen Bruch mit der alten englischen Tradition und mußte ganz folgerichtig bei längerer Kriegsdauer die Erweiterung des Zwanges auf alle männlichen Engländer nach sich ziehen. Wer sich prinzipiell für die Dienstpflicht der Unverheirateten erklärt hat, kann grundsätzlich nicht die Einziehung der Ehemannner ablehnen. Er kann nur darüber streiten, ob die militärische und politische Lage und der ziffernmäßige Bestand des englischen Heeres eine erheblich größere Anzahl Soldaten erfordern. Asquith hat sich aber den Verheirateten gegenüber sehr gebunden. Der Hinweis, daß England wie in den Zeiten Heinrichs V. „keine verheirateten Männer und keiner Witwe Sohn“ zum Seeresdienst einziehen werde, daß „keiner Witwe Fluch“ der Armees folgen dürfe, wird ihm noch oft genug entgegengehalten werden, und es wird ihm schwer genug sein, einen wirklichen Ausweg aus dem Kampf zwischen rechts und links zu finden.

Die Dinge liegen ja nicht so, daß die Stellung der Regierung mit einer Abschüttelung der konservativen Elemente gesichert wäre. Die reaktionären Freunde der allgemeinen Dienstpflicht haben eine sehr kräftige Unterstützung dadurch gefunden, daß Lloyd George mit der gleichen Rücksichtslosigkeit und Schärfe, mit der er sich in früheren Jahren gegen seine konservativen Bundesgenossen von heute wandte, jetzt für die allgemeine Dienstpflicht eintritt. Ob nur sachliche Gründe seine Haltung bestimmen oder ob auch ehrgeizige Spekulationen auf die Uebernahme des ersten Postens in der Regierung ihn in die Opposition treiben, kann dabei ganz außer Betracht gelassen werden. Tatsache ist, daß die Meinungen unter den liberalen Kabinettsministern scharf geteilt sind, und daß jede entschiedene Stellungnahme zum Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht den Abgang von Mitgliedern der Regierung zur Folge haben muß, besonders auch, da Mc Kenna und Runciman ja bereits bei der ersten Wehrpflichtvorlage nur mit Mühe zu bewegen waren, von ihrer Demission Abstand zu nehmen.

Am wenigsten klar erscheint die Stellung des Arbeitsministers Henderson. Der Gewerkschaftskongreß zu Bristol hatte sich unumwunden dafür ausgesprochen, daß die aus der Arbeiterpartei in die Regierung berufenen Mitglieder weiter

in der Regierung bleiben sollten. Schon damals traten aber auch in der Mehrheit der Kongreßteilnehmer Männer auf, die verlangten, daß die drei Arbeitervertreter in der Regierung ihre Demission nehmen sollten, wenn das Dienstpflichtgesetz erweitert würde. Die Stimmung im Lande ist keineswegs militärfreundlicher geworden, und gerade jetzt vor etwa acht Tagen hat sich die nationale Konvention der Bruderschaft gegen die Dienstpflicht mit großer Entschiedenheit gegen jede Uebernahme militärischer Pflichten ausgesprochen. Die Anhänger dieser Organisation, die fast durchweg aus militärfreudlichen Männern bestehen, sind zum äußersten entschlossen und sie treiben eine lebhafteste Propaganda in ganz England. Sie werden unterstützt von der unabhängigen Arbeiterpartei, von den Quäkern und von einer Anzahl Liberaler, und sie können sicher nicht als eine quantitätsmäßig beträchtliche Gruppe angesehen werden. Ob allerdings das Vorhandensein einer so starken gegnerischen Gruppe auf die Haltung der parlamentarischen Arbeiterpartei von nennenswertem Einfluß sein wird, kann man heute noch nicht sagen. So viel aber ist sicher, daß jede wirkliche Erweiterung der Dienstpflicht von vielen im Lande nicht günstig aufgenommen werden würde. Jede Konzession an den Militarismus schwächt die Stellung der unabhängigen Arbeiterpartei und die Dienstpflichtverweigerer die Beendigung des Krieges durch schnelle Aufnahme von Friedensverhandlungen verlangen.

London, 21. April. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Als die Minister gestern aus der Kabinettsitzung kamen, zeigte schon ihr Aussehen, daß die Krisis beendet sei; einige sahen geradezu strahlend aus. In der Presse kommt einstimmige Genugtuung zum Ausdruck, daß die Krisis überwunden ist, ohne daß ein einziger Minister zurückgetreten ist. „Daily Telegraph“ meint, die Krisis sei einigermassen übertrieben worden; die Meinungsverschiedenheiten seien nicht so groß gewesen. Der Kompromißvorschlag, den das Kabinett angenommen hat, stammt von dem Minister Henderson von der Arbeiterpartei. Nach den Zeitungen forderte Lloyd George die sofortige Einführung der Wehrpflicht für alle Verheirateten, falls die Freiwilligenrekrutierung nicht eine bestimmte Ziffer pro Woche erreiche. Das Kabinett nahm Hendersons Vorschlag an, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, wenn es nach einer neuen sechswöchigen Propaganda für Freiwilligenrekrutierung notwendig erscheinen sollte. Henderson versprach, seinen Einfluß bei den Arbeiterorganisationen anzuwenden, um ihre Zustimmung zu einer bedingungsweisen Wehrpflicht zu sichern. Die Haltung der Arbeiterschaft war die Hauptschwierigkeit in der ganzen Frage. „Daily News“ betont, daß die Arbeiterpartei ihren Zweck erreicht hat, da Asquith in der geheimen Sitzung die Zahlen, auf die es ankommt, bekanntgeben wird. Mehrere Arbeiterführer sprachen in Interwiew ihre Zufriedenheit aus. Man glaubt, daß Asquiths Rede am Dienstag den Widerstand der Extremen auf beiden Seiten entwarf. „Daily News“ erklärte die hysterische Propaganda für die Ursache der Krisis. Man müsse strenge Maßregeln ergreifen, um solchen Intrigen und Rabalen ein Ende zu machen. „Daily Mail“ schreibt, Lloyd George habe einen Sieg errungen. Die unionistischen Minister müßten ihn weiter unterstützen, wo immer Energie nötig sei, damit der Krieg gewonnen wird, und damit man nicht mehr den Unsin von Verschwörungen und Intrigen höre.

### Umgruppierung in Frankreich.

Das bis jetzt vorliegende Material reicht nicht aus, um ein endgültiges Urteil über die Bedeutung der jüngsten Tagung des Nationalrats der französischen Partei zu fällen. Wir besitzen einstweilen nur die angenommene Resolution und die Resolution der Minderheit. Außerdem kennen wir noch einige Kommentare der französischen bürgerlichen Presse und die kritischen Bemerkungen der „Victoire“. Wir wissen noch nicht, wie sich die bekannten Minderheitsorgane, vor allem der „Populaire du Centre“ zu der Sache stellen, und besonders fehlt uns ein Bericht über den Verlauf der Tagung, über die Debatten, über die Gruppierung der Stimmen. Diese Details sind nicht so belanglos, wie es manch einem vielleicht scheinen möchte, durch sie erhalten die Mitteilungen über die angenommenen und abgelehnten Beschlüsse erst Leben und Farbe, wie ja beispielsweise auch die Resolutionen und Manifeste des französischen Weihnachtsparteitages erst durch das Stimmungsbild, das uns im ersten Heft des „Vordoten“, der von Anton Bannet und Henriette Roland-Holst herausgegebenen internationalen marxistischen Rundschau gegeben wurde, ihre wirkungsvolle Illustration fanden.

Immerhin können wir schon jetzt die beiden Tatsachen feststellen, daß die französische Parteileitung noch immer auf eine beträchtliche Mehrheit gestützt im großen und ganzen an dem Standpunkt festhält, den sie auf der Julitagung des Nationalrats und auf dem Weihnachtstongreß eingenommen hat, daß aber auf der anderen Seite die Opposition, die die sofortige Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen verlangt, wächst und sich konsolidiert.

Die Wehrheit hat diesmal darauf verzichtet, ausdrücklich die früher aufgestellten Bedingungen zu wiederholen, unter denen sie zu einer Zusammenkunft mit den Sozialisten des feindlichen Auslandes, im wesentlichen also den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie, bereit ist. Aber wenn auch die Nichtwiederholung der Schlagworte von der Niederwerfung des deutschen Militarismus, von der Verdrängung der deutschen Heere vom französischen Boden usw. als Beweis für eine beginnende Scheu vor inhaltlosen und mit den militärischen Tatsachen sowohl wie mit den Grundideen des Sozialismus schwer zu vereinbarenden Parolen angesehen werden kann, so bedeutet doch die Bezugnahme auf die vorhergegangenen Beschlüsse ein praktisches Festhalten der früher eingenommenen Position. Ja man darf sogar sagen, daß sich die Wehrheit den Weg zu einer Wiederanknüpfung alter Beziehungen noch weiter verbaut hat, indem sie die Forderung aufstellte, daß zunächst ein deutscher Parteitag den Standpunkt der deutschen Gesamtpartei zum Kriege festlege. Das kann nichts anderes heißen, als daß sie nur dann mit den Vertretern Deutschlands zusammenkommen will, wenn die Zustimmung auf einem deutschen Parteitage zum mindesten zugunsten der deutschen Fraktionminderheit ausgesprochen ist oder gar ausdrücklich Deutschland für den schuldigen Teil erklärt und dementsprechend die Haltung der deutschen Parteileitung beurteilt.

Wir lassen zunächst einmal ganz dahingestellt, ob ein deutscher Kongreß, der unter normalen Umständen tagen könnte, im gegenwärtigen Augenblick zu einem solchen Ergebnis gelangen würde oder nicht. Aber das könnten die Franzosen unter allen Umständen wissen, daß ein normaler Parteitag zurzeit nicht abgehalten werden kann. Mehr als das: wenn die Franzosen von den Deutschen gewissermaßen ein Anerkenntnis ihrer Schuld erwarten, bevor sie sich mit ihnen wieder an einen Beratungstisch setzen, so scheinen sie zu vergessen, daß es kaum ein Mitglied der deutschen Parteioption gibt, das nicht in demselben Atemzuge, mit dem es die Haltung der deutschen Parteileitung beurteilt, auch die schärfste Kritik an der Stellungnahme der leitenden Instanzen in Frankreich üben würde. Das einzige, was die französischen Genossen bei ihrer Beratung auf die Grundforderung des Sozialismus vor dem

Deutschen positiv voraus haben. In der Umstand, daß sie sich in einer militärischen Verteidigungsstellung befinden. Aber kein Anhänger des Prinzips der Vaterlandsverteidigung wird zugestehen, daß in einem Kriege wie dem gegenwärtigen die militärische Lage für die Beantwortung der Frage ausschlaggebend ist, ob die Sozialdemokratie unter Anerkennung der Forderungen des Burgfriedens die Regierung ihres Landes unterstützen soll oder nicht.

Was nun die Resolution der Minderheit angeht, die von den etwa 3000 abgegebenen Stimmen die Zahl von 900 auf sich vereinigte, so wissen wir vorläufig nicht, wer im einzelnen hinter ihr steht. Ihren ganzen Charakter nach — sie beschränkte sich im wesentlichen auf die Forderung des alsbaldigen Zusammentritts des Internationalen Bureau — geht sie von dem Parteizentrum (Presseman, Longuet usw.) aus. Wie hat sich die äußerste Linke, die Gruppe Bourderon, Merheim verhalten? Hat sie sich nicht an der Abstimmung beteiligt oder hat sie die Zahl der Anhänger der gemäßigteren Opposition verstärkt? Auf diese Fragen müssen wir noch eine Antwort abwarten, einseitigen aber läßt sich jedenfalls nicht bestreiten, daß der französische Regierungsozialismus auf einen wachsenden Widerstand stößt, und wenn die Resolution der Minderheit auch die Spuren einer gewissen Jaghaftigkeit und eines gewissen Kompromißbedürfnisses zeigt, so beweist doch ihre Aufnahme in der bürgerlichen Presse und in dem Blatt des Sozialchauvinisten Hervé, eine wie große Bedeutung man in Frankreich dem Auftreten dieser Abtrünnigen beimißt. Wenn nicht von anderen Seiten schwere Fehler begangen werden, so dürfen wir bestimmt mit einem Anwachen dieser oppositionellen Bewegung rechnen. Der Zeitpunkt naht, an dem die französische sozialistische Partei bereit sein wird, zerrissene Wunde wieder zu knüpfen. Dessen können wir uns freuen, freilich nur unter dem Vorbehalt, daß die, die sich dann wieder aufzusuchen werden, nicht alle Fäden weiterspinnen, sondern die Grundzüge der Internationale jener Revision unterziehen, deren Notwendigkeit dieser Krieg mit so durchdringender Stimme predigt. Ob zu dieser Revision diejenigen, die heute noch den sozialdemokratischen Parteien in den verschiedenen Ländern ihr Gepräge geben, befähigt und bereit sein werden, erscheint uns einigermassen zweifelhaft.

## Eine sozialistische Protestaktion in Frankreich.

Der Aktionsausschuß der vereinigten Arbeiterorganisationen Frankreichs — der sozialistischen Partei, des allgemeinen Arbeiterbundes und des Landesverbandes der Konsumgenossenschaften — hat, wie wir einem telegraphischen Bericht der „Köln. Ztg.“ vom 18. April entnehmen, einen einstimmig gefaßten geharnischten Einspruch gegen die Beschlüsse der Kammer über die Mietvorlage und die Beschlüsse des Senats über die Einziehung von Höchstpreisen der Cessantien vorgelegt. In diesem Einspruch heißt es:

„Die Kammer entfernt sich in gefährlicher Weise von den Lösungen der Billigkeit, die von der Gesamtheit der Mieter aller Lebenslagen gefordert und von einer großen Zahl Hauseigentümer angenommen war. Der Aktionsausschuß erhebt seinen Einspruch namentlich gegen die Unbestimmtheit des Wortlauts der angenommenen Artikel hinsichtlich der Regeln und Bedingungen der Entlastung, sowie gegen die Tatsache, daß die Familien, die von der militärischen Unterstützungszulage oder infolge des Krieges von anderen Wohltätigkeitsunterstützungen leben müssen, nicht vor jeder Verfolgung durch die Hauseigentümer sichergestellt sind. Er erhebt seinen Einspruch ferner gegen die Ablehnung der Bestimmungen, die die Mieter, denen der Druck und die Erpressung ihrer Hauseigentümer mehr Mietzahlungen entziehen hat, als sie nach dem Gesetz (Rozotatorium) zu leisten verpflichtet waren, in den Stand gesetzt hätten, die Zurückzahlung des jubel begahlten Betrages zu erreichen. Er stellt ferner mit Entrüstung jede Bestimmung an den Pranger, die unter irgendeiner Form den Hauseigentümern gestatten würde, sich an den schon so sehr belasteten öffentlichen Finanzen schadlos zu halten. Der Ausschuß bezeichnet es als eine Herausforderung an das Land, an seine Aktionseinkunft und an das Glanz des größten Teiles der Franzosen, wenn irgendeine Entschädigung den Hauseigentümern bewilligt würde, deren gemeinsame Opfer ihre Immobilien geschützt hat, und er erklärt, daß alle diejenigen Arbeiter, Angestellten, Kaufleute, Industriellen, Künstler und Angehörigen liberaler Berufe, die infolge des Krieges Verluste oder Ausfälle in ihrem Erwerb erlitten, mit weit gerechtem Grund als die Hauseigentümer Ersatz für ihre erlittenen Nachteile fordern können, und daß er sich vorbehält, in diesem Sinne gegebenenfalls zu handeln.“

Gegen den Senat und dessen Behandlung der Vorlage über die Ansetzung von Höchstpreisen erklärt der Einspruch schließlich:

„Der Aktionsausschuß überläßt dem Senat die Verantwortung für seinen hartnäckigen und unbegreiflichen Widerstand, der durch die Begünstigung der Spekulation in allen Abfassungen denjenigen, die sich ihr hingeben, gestattet, die arbeitende Klasse und die Familien derjenigen, die das Land verteidigen, dem Hunger auszuliefern.“

Es ist unseres Wissens das erste Mal seit Kriegsbeginn, daß der Aktionsausschuß der vereinigten Arbeiterorganisationen Frankreichs sich zu einem so energiegelassen öffentlichen Protest gegen die ungenügenden sozialpolitischen Maßnahmen der Kammer entschlossen hat. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in dieser Aktion den Ausdruck des immer stürmischer werdenden Verlangens der Arbeitermassen nach einer selbständigen, entschiedenen Arbeiterpolitik erblickt.

## Französische Lehrer gegen den Völkerhaß.

Die Lehrgewerkschaft des Seine-Departements hat folgende Resolution beschlossen:

„Die Gewerkschaft erklärt die Aufreizungen zum Haß für ungesund und gefährlich: ungesund, weil sie an die brutalsten und niedrigsten Instinkte appellieren und so eine Verleumdung aller Moralprinzipien sind; gefährlich, weil sie nur zu einer Verlängerung des jetzigen Krieges führen können und notwendigerweise durch die Erhaltung der Feindseligkeit zwischen den Nationen eine wirkende Kraft neuer Kriege sein müssen.“

## Politische Uebersicht.

### Liberaler Vekennernut.

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Konrad Hausmann veröffentlicht in der „Deutschen Warte“ eine politische Osterbetrachtung, in der er unter anderem auch auf die innerpolitischen Folgen des Krieges zu sprechen kommt.

„Das Problem ist — schreibt er — der Nation und dem Volk, das man materiell mehr belasten muß, das Bewußtsein gerechter Gleichbelastung, eines gleich wirksamen Einflusses und eines verständigen Höchstmaßes von Freiheit im Sinne des Gegenstandes zu behördlicher Bevormundung und sozialer Einschränkung zu geben. Dies wird staatsverhaltend nach innen und impathetisch nach außen wirken. Ernste Gefahren für das Reich sind damit nicht mehr verbunden. Einzelne Nachteile würden weit durch den Vorteil einer solchen kraftvollen Entwicklung überwiegen. Der Krieg war die Probe aufs Exempel, welches Vertrauen das Volk im ganzen verdient und der Feldzug hat gerade diejenigen Vorurteile widerlegt, welche die Hauptbeweisgründe des Widerstandes waren.“

In seinen weiteren Ausführungen schildert Herr Hausmann diese „Vorurteile“ im einzelnen. Die Legende von den „rebelisierenden Reich-

feinden“ sei widerlegt und die „Revolution“ als politisches Entwicklungsprinzip erledigt. Die Sorge, daß es Parteien und Schichten gibt, die dem Ruf zur Fahne und zur Vaterlandsverteidigung nicht folgen würden, sei durch die Tat und den Tod auch der radikalsten deutschen Staatsbürger widerlegt. Ebenso seien durch den Krieg die „Vorurteile“ erledigt, daß die Parole, „ein Mann eine Stimme“ staatsgefährlich sei, und daß man einem Mann der politischen Opposition sein Amt im Frieden anvertrauen könne.

„All diese und ähnliche Vorurteile — fährt Herr Hausmann fort — bestanden, waren mächtig, aber nach diesem Krieg werden sie verlegt sein. Nicht in dem Sinn, als ob jene Bedenken ohne jeden tatsächlichen Grund waren. Aber gewiß ist, daß auf sie kein Staatssystem, keine Politik mit dem Anspruch einer staatsverhaltenden Tätigkeit nach 1916 aufgebaut werden kann.“

Alle Achtung vor einem freisinnigen Politiker, der nach der Anerkennung einer so elementaren Selbstverständlichkeit, wie es die politische Gleichberechtigung aller Bürger ist, es dennoch fertig bekommt, zu erklären, daß die „Bedenken“, die er selber als widerlegt und erledigt ansieht, nicht ohne „tatsächlichen Grund“ waren.

### Eine Abschüttelung.

Professor Adolf v. Harnack unternimmt es, im „Tag“ dem Herrn v. Jedlich eine sehr kräftige Abschüttelung zuteil werden zu lassen. Der freikonservative Führer hatte vor einigen Tagen unter dem Titel „Die reine Weste“ in dem genannten Blatt einen Artikel veröffentlicht, in dem er empfahl, sich nur noch von den Rechtsmitteln leiten zu lassen und jede andere Rücksicht auszuschalten. Prof. v. Harnack rechnet nun ziemlich scharf mit dem freikonservativen Rechtspolitiker ab. Er führt ihm vor Augen, daß ein Staatswesen wie Deutschland die politische Ethik nicht ganz beiseite lassen dürfe. Er tritt dann dem Gebrauche entgegen, immer gleich von „Schlappheit“ und „Flaumacherei“ zu reden, sobald in Deutschland jemand einmal Gedanken äußert, die nicht gerade in dem Rahmen der Rechtspolitik hineinpassen, und zwar hält er dem Herrn v. Jedlich folgendes vor:

„Ihm mußte bekannt sein, daß es zurzeit ein ebenso schlimmes wie lächerliches Vorurteil bei uns gibt, als sei es ein Zeichen von „Schlappheit“ und „Flaumacherei“, die lediglich aus der sträflichen Rücksicht auf unsere Feinde fliehe, wenn jemand neben den elementaren Rechtsmitteln, die der Staat besitzt, sich im Kriege auch noch auf die anderen Rechtsmittel besinnt, über die er verfügt. Ja, dieses Vorurteil nimmt sogar die seltsame Gestalt an, daß die gedankenlosen Draufgänger heute seien, bei denen der vaterländische Sinn besonders stark ausgeprägt ist.“

Aber der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, daher kann diese auch im Kriege nicht verabschiedet werden. ... Und daselbe gilt in bezug auf das Ziel dieses ganzen Krieges. Jeder gute Deutsche wird den Satz unterschreiben, daß wir ausschließlich unseren eigenen Staat ins Auge zu fassen haben, seine Stärke und seine zukünftige Sicherheit. Aber dürfen wir, nur um die Urteilslosen nicht kopfscheu zu machen, deshalb verschweigen, daß Deutschland niemals „ein geschlossener Handelsstaat“ und niemals ein unabhängiger Staat in dem Sinne sein wird, daß der Gedanke der Humanität für ihn nicht mehr existiert, oder daß alle anderen Reiche zu seinen Füßen liegen? Für die Stärke und Sicherheit unseres Staates sorgen also unsere Staatsmänner, wenn sie bei ihren Erwägungen über die Friedensziele ihn nicht als isolierten, sondern in der Verknüpfung mit anderen Staaten vor sich stellen. Die Abwägungen hier verlangen ein besonderes Maß von Kühnheit und Feinheit, Initiative und Geduld; aber daß sie nötig sind, kann man dem starken und ruhig denkenden deutschen Volke klar machen; ja, es gäbe hier überhaupt keine Schwierigkeiten, wenn es nicht kurzfristige Irreführer gäbe.“

### Ausnahmen für Kartoffelhöchstpreise.

Berlin, 21. April. (B. L. V.) Nach einer Bestimmung des Reichskanzlers gelten die in der Bekanntmachung über die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln und die Preisfeststellung für den Weiterverkauf vom 2. März 1916 festgesetzten Höchstpreise nicht für solche Kartoffeln, die laut ortspolizeilicher Bescheinigung in Mistbeeten oder ähnlichen Vorrichtungen gezogen sind und vor dem 15. Juni 1916 geerntet und verkauft werden.

### Zum Vertrieb von Salzheringen.

Berlin, 21. April. (B. L. V.) Nach der Verordnung vom 5. April 1916 dürfen Salzheringe, die aus dem Ausland eingeführt werden, nur durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin oder mit ihrer Genehmigung in den Verkehr gebracht werden.

Bezüglich der holländischen Salzheringe wird die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in folgender Weise verfahren:

Sie wird alle Sendungen, welche nach Ablauf des 26. April 1916 im Inland eingehen, beschlagnehmen, und nur bei holländischen Nordsee-Salzheringen vorjährigen Fanges und bei Zuiderseeheringen diesjährigen Fanges eine Freigabe in Betracht ziehen, wenn die Ware vor Ablauf des 26. April 1916 für Deutschland gekauft ist und der deutsche Käufer bis zum 4. Mai 1916 der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin Anzeige über dieses Geschäft erstattet hat.

### Freigabe einer Quote von Tee und Kaffee.

Berlin, 22. April. (B. L. V.) Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Erzeugnisse G. m. b. H. macht bekannt, daß von den ordnungsmäßig gemeldeten und bei ihm verbuchten Beständen an Tee demnächst ein nennenswertes Quantum voraussichtlich freigegeben werden kann.

Um den dringendsten Bedürfnissen des Publikums zu genügen, wird hiermit unter nachstehenden Bedingungen einseitig eine Quote von insgesamt 10 Proz. des angemeldeten Tees dem Verkehr freigegeben.

Diese Bedingungen sind: 1. Es dürfen im Kleinverkauf dem einzelnen Käufer nicht mehr als 125 Gramm auf einmal verabfolgt werden. 2. Für guten Konsumtee darf dabei der Preis für das Pfund (500 Gramm) 4,50 M. für lose Ware und 5 M. für gepackte Ware nicht überschreiten.

### Die Zuckerbefehlsaufnahme.

Amlich, Berlin, 22. April. (B. L. V.) Bei der Zuckeraufnahme am 25. April sind, wie bereits mitgeteilt, alle Mengen von Verbrauchs Zucker über 10 Kilogramm anzuzeigen, sofern der Kommunalverband die Anzeigepflicht nicht auch auf Mengen unter 10 Kilogramm ausgedehnt hat. Auf die Sorten des Zuckers kommt es dabei nicht an; auch flüssige Massfabrik, flüssiger Invertzucker, Kandiszucker, Zuckersirup usw. sind anzuzeigen, ebenso Verbrauchs Zucker, der allenfalls zu irgendwelchen Zwecken flüssig gemacht wurde. Wer Zucker verheimlicht, macht sich strafbar. Die Angaben sind auf Erhebungspapieren einzutragen, die je nach der örtlichen Regelung

entweder die Ortsbehörde von Haus zu Haus schickt oder die bei ihr abgeholt werden müssen. Auch wer Zucker gewerblich verarbeitet, hat bei der Bestandaufnahme seine Vorräte auf dem von der Ortsbehörde bestimmten Erhebungspapier anzugeben. Außerdem haben alle bearbeitenden Betriebe mit Ausnahme der Apotheken, der Gasthäuser, der Bäckereien und der Konditoreien auf geforderten Fragebogen, der von der Reichszuckerstelle, von den Handelskammern und den Fachverbänden abgegeben wird, die notwendigen näheren Angaben zur Veranschaulichung ihres künftigen Zugeranteiles zu machen. Vor Prüfung dieser Angaben kann die Reichszuckerstelle über die Zuteilung von Zucker nicht entscheiden. Von der Einleitung von Gebühren für Bezugsscheine ist daher einstweilen abzusehen.

### Einen Armeebefehl

#### zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten

hat in Baden der kommandierende General des 14. Armeekorps erlassen. Danach wird von der Zivilbevölkerung jeder Mann und jede Frau, welche aufrerhlich Geschlechtsverkehr haben, obwohl sie wissen, daß sie geschlechtskrank sind, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder 1500 M. Geldstrafe belegt.

Gegen Militärpersonen wird in ähnlich gelagerten Fällen ein besonderes Verfahren eingeleitet. (2)

## Aus der Partei.

### Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

Zur Frage der Parteidifferenzen äußerte sich eine Funktionärskonferenz des dritten Berliner Reichstagswahlkreises, die von 80 Genossinnen und Genossen besucht war. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Resolutionen angenommen:

I. Die am 19. April 1916 tagende Konferenz der Bezirksführer erachtet, nachdem die Genossen Scheidemann und Ebert im Reichstag am 5. und 6. April das Festhalten an der Politik des 4. August 1914 ausdrücklich unterstrichen haben, es für zwingend notwendig, der Reichstagspolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entgegenzuwirken. Die Konferenz hält die Ablehnung des Notetats für eine durch die Grundzüge der Sozialdemokratie wie durch die gegenwärtige politische Lage gebotene Maßnahme und erachtet das Vorgehen des Genossen Haase und der mit ihm gehenden 17 Abgeordneten durch die Situation für gerechtfertigt.

Sie betrachtet die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als die berufene parlamentarische Vertretung der Linken der Partei und fordert die Mitglieder der Fraktion, die für die Ablehnung der Kriegskredite sind, ohne bisher im Plenum gegen sie gestimmt zu haben, auf, sich der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen.

Welche Konsequenzen die Partei aus den Vorgängen des 24. März zu ziehen hat, wird der Parteitag zu entscheiden haben, der nach dem Kriege bzw. nach Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit stattfinden muß.

Angenommen mit 65 gegen 10 Stimmen und 5 Enthaltungen.

II. Die heute tagende Bezirksführerkonferenz erklärt sich mit der in der Sitzung vom 31. März des Zentralvorstandes angenommenen Resolution vollinhaltlich einverstanden.

Die Bezirksführerkonferenz legt gegen die Maßnahmen des Parteivorstandes gegen die „Vorwärts“-redaktion entschiedenen Protest ein. Sie erwartet, daß in Zukunft der Parteivorstand die Instanzen, die die Groß-Berliner Genossen geschaffen, respektiert und deren Beschlüssen Rechnung trägt.

Angenommen mit 65 gegen 3 Stimmen und 12 Enthaltungen.

III. Die Kreisversammlung berurteilt mit aller Entschiedenheit die Ablehnung des Genossen Haase als Vorsitzenden der Partei durch den Parteivorstand. Dieses Recht steht nur dem Parteitag zu. Insbesondere verurteilt sie die Haltung des Genossen Pfannkuch, der nie nach den Beschlüssen seiner Auftraggeber gehandelt hat. In Konsequenz der Haltung des Genossen Pfannkuch gegen Haase im Parteivorstand müßten wir ein weiteres Zusammenarbeiten ablehnen. Wenn wir das nicht tun, so handeln wir nach den Grundzügen der freien Meinungsäußerung, die verlangt, daß wir so lange zusammenarbeiten, wie der Genosse Pfannkuch Vertreter unseres Kreises ist und bis Verhältnisse eintreten, die eine demokratische Regelung ermöglichen. — Angenommen mit 65 gegen 9 Stimmen und 18 Enthaltungen.

Der Sozialdemokratische Verein in Braunschweig erörterte in zwei Versammlungen die Vorgänge in der Partei. Folgende Resolution wurde mit großer Mehrheit gegen 21 Stimmen angenommen:

1. In der Ausschließung Liebmanns, Mühlens und der 18 Genossen der Fraktionsgemeinschaft durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion, in den Gewalttaten der Parteinstanzen gegen den „Vorwärts“ und das Duisburger Parteiblatt erblickt die Mitgliederversammlung die Verwundung der Fraktionsmehrheit und der Vorstandsmehrheit in willkürliche Handlungen des Imperialismus und der herrschenden Klasse.

2. Es ist die Pflicht aller noch auf dem Boden des Sozialismus stehenden Parteigenossen, die Partei für den Sozialismus, für den grundrationalen ... für die Wiederherstellung der ... von unten auf zurückzuerobieren.

3. Von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und den übrigen Mitgliedern der Minderheit verlangt die Versammlung:

1. daß sie in Zukunft alle Kriegskredite ... ablehnen;
2. ...
3. daß sie sämtliche Mittel der parlamentarischen Geschäftsführung zur ständigen Bekämpfung der ... ausnutzen.
4. Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung des „Volkstreu“ einverstanden. Sie verurteilt die handlungslosen Umtriebe einer kleinen Zahl von Funktionären gegen das Blatt als schwerste Verletzung der Organisationspflichten.

Eine Resolution der Genossen Steinbrecher und Vogler, die der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft den schärfsten Tadel ausspricht und die die Schreibweise des Braunschweiger Parteiblatts mißbilligt, war damit abgelehnt.

In zwei Versammlungen nahm die Mainzer Parteioorganisation zu den inneren Parteiangelegenheiten Stellung. In einer gegen vier Stimmen angenommenen Resolution bedauert die Versammlung das Ausscheiden der Minderheit aus der Reichstagsfraktion und erwartet, daß die Parteigenossen alles tun, was in ihren Kräften steht, um die innerliche Kraft und Geschlossenheit der Parteioorganisation in vollem Umfange zu erhalten.

Ordensverleihung an einen Sozialdemokraten. Die „Deutscher Zeitung“ schreibt, daß sich unter den Personen, die durch hervorragende Leistungen im Dienste der Kriegshilfe mit dem Friedrich-August-Kreuz ausgezeichnet wurden, auch der sozialdemokratische odenburgische Landtagsabgeordnete Ratsherr Paul Hug, Verleger des „Norddeutschen Volksblatts“, befindet.

### Geheimnisvolle Briefmarke.

Die „Efter Arbeiterzeitung“ schreibt: „Eine Reihe bekannter Genossen am Riebertstein macht seit längerer Zeit eine sonderbare Beobachtung. Ihre Briefe tragen deutliche Merkmale, daß sie von fremder Hand geöffnet und dann wieder zugestellt sind. Zur Öffnung werden anscheinend die verschiedensten Methoden angewandt, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen. Es ist von Interesse, festzustellen, wieviel und welche Genossen unter der Marke des geheimnisvollen Briefschlüssels zu leiden haben. Wer deshalb vermutet, daß auch seine Briefe unterwegs diesem großen Unbekannten in die Hände fallen, schneide sie an einer Stelle vorsichtig auf und übergebe das Kubert, wenn es ihm verdächtig vorkommt, dem Parteisekretariat zur weiteren Veranlassung.“

## Aus Industrie und Handel.

### Die Regelung des Druckpapierverbrauchs.

Berlin, 21. April. (W. L. W.) Die Bekanntmachung des Reichs-Lanzlers über Druckpapier ist am 19. d. M. ergangen und in Nr. 17 des Zentralblatts für das Deutsche Reich veröffentlicht. Danach sind die vorgeschriebenen Fragebogen unter Angabe der benötigten Exemplare und unter Beifügung eines mit der Adresse des Preisprüfungs-Verfahrens-Unterschiedsamtung von der Kriegs-wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe, Berlin C. 2, Breitestraße 8/9 (Fernsprecher: Zentrum, 12776 und 10777; Drahtnachrichten: Kontingente Berlin), anzufordern. Zur Meldung verpflichtet ist:

- wer unbedrucktes, maschinenglattes, holzhaltiges Druckpapier bezieht und gewerblich verwendet;
  - wer am 4. Mai 1916, abends 6 Uhr, unbedrucktes, maschinenglattes, holzhaltiges Druckpapier in Gewahrsam hat (insbesondere gewerdmäßige Erzeuger, Händler, Verleger, Drucker, Lagerhalter).
- Anzeigen über Mengen, die sich am 4. Mai 1916 auf dem Transport befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang zu erstatten.
- Gibt der Gewahrsam von den angezeigten Mengen nach dem 4. Mai 1916 auf einen anderen über, so ist der Verbleib der Mengen von dem noch Abfall 1 Preisprüfungsamt anzuzeigen.
- Alle Verleger von auf maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier gedruckten Zeitungen, Zeitdrucken und sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften hinsichtlich des Seitenumfanges der von ihnen verlegten Druckschriften;
  - alle Verleger von Druckschriften der genannten Art, denen auf fatiniertem oder gestricheltem Papier gedruckte Beilagen kostenlos beigegeben werden (d. h. Beilagen, die dem Bezahler der Druckschrift ohne Erhöhung des Grundbezugspreises mit der Druckschrift geliefert werden).
- Die preisprüfungsamtlichen Verleger haben außerdem ein Exemplar der zuletzt erschienenen vollständigen Ausgabe der Druckschrift mitzuzuführen.
- Die Fragebogen müssen zu a und b spätestens bis zum 8. Mai einschließlich, die zu c und d spätestens bis zum 17. Mai 1916 einschließlich als eingeschriebener Brief eingeleitet werden.
- Von jedem Fragebogen ist eine Abschrift zurückzubehalten und bis zum Kriegsende aufzubewahren.
- Die Bekanntmachung enthält ferner Anordnungen über Buchführung der Preisprüfungsamtlichen, über ihre Verpflichtung zur Auskunftserteilung und zur Leistung von Beiträgen zur Deckung der entstehenden Unkosten, über die Geheimhaltungspflicht der Kriegswirtschaftsstelle und Strafbestimmungen.
- Endlich ist angeordnet, daß vom 27. April 1916 ab Bezüge von Druckpapier der genannten Art nur durch Vermittlung der Kriegswirtschaftsstelle erfolgen dürfen und ihre jede Lieferung innerhalb zwei Tagen nach dem erfolgten Versand auf Vordruck, die die Kriegswirtschaftsstelle abgibt, von demjenigen zu melden ist, der den Versand an den Bezahler vornimmt.

### Die Einfuhr von Zigarettenfabrik.

Am 21. April. (W. L. W.) Durch die Kriegsverhältnisse hat die Einfuhr von Rohzucker zur Herstellung von Zigaretten, namentlich von billigen Sorten, eine erhebliche Erschwerung erfahren. Der früher stark in Anspruch genommene russische Zuckermarkt kommt nicht mehr in Betracht und auch die Zufuhr aus dem nahen Orient ist längere Zeit durch die militärisch-politische Lage außerordentlich behindert worden. Die letztgenannte Hemmung ist neuerdings einigermaßen beseitigt, und es besteht immer wieder die Möglichkeit, erhebliche Mengen von Zigarettenrohmaterial aus Südosteuropa einzuführen. Würde jedoch die Beschaffung lediglich der freien Verfügung des Handels und der Industrie überlassen, so würde die unerwünschte Folge eintreten, daß nur die großen Firmen sich aus den immerhin begrenzten Einfuhrmengen ausgiebig versorgen, während die kleineren ihre Arbeitsmaterial wenn überhaupt, nur zu unerschwinglichen Preisen erhalten können.

Um eine solche Wirkung der gegebenen Versorgungsange zu verhindern, hat der Reichs-Lanzler auf Grund der ihm durch Verordnung des Bundesrats vom 18. April 1916 erteilten Ermächtigung bestimmt, daß diejenigen, die aus dem Auslande Zigarettenrohmaterial einführen, die eingeführten Mengen der Zigarettenfabrikations-gesellschaft m. b. H. in Berlin anzuzeigen und auf deren Verlangen einen Teil (bis zu 15 v. H.) der Einfuhrmengen an die Gesellschaft abzuliefern haben. Die abgegebenen Tabakmengen sollen ausschließlich den mittleren und kleineren Betrieben, die nicht selbst im Orient Tabak einkaufen, zugeführt werden.

Die Zigarettenfabrikationsgesellschaft m. b. H., die als Kriegsgesellschaft der Aufsicht des Reichs-Lanzlers untersteht, hat mit Rücksicht auf das notwendige, stetige Zusammenwirken mit den Reichsbehörden und der Zigarettenfabrikationsgesellschaft ihren Sitz in Berlin, sie wird aber voraussichtlich den größten Teil ihres technischen Geschäftsbetriebes in Dresden, dem Hauptsitz der deutschen Zigarettenindustrie und des deutschen Zigarettenhandels, abwickeln. Der von der Gesellschaft für die abgegebenen Tabakmengen zu zahlende Liebernehmerpreis soll den Einstandspreis zuzüglich der tatsächlichen Transportkosten und eines Zuschlags von 5 v. H. für allgemeine Unkosten nicht übersteigen; bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet ein vom Reichs-Lanzler ernannter, aus einem Vorsitzenden und vier Mitgliedern, von denen mindestens drei fachkundig sein müssen, zusammengesetzter Ausschuss.

Die freie Zigarettenfabrikation bleibt grundsätzlich bestehen; die den Importeuren auferlegten Beschränkungen sind sehr gering im Vergleich zu denen, die dem Handel auf mehreren anderen Gebieten der Einfuhr vorgeschrieben werden mußten.

### Die Regelung des Petroleumverkaufs.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Berlin unterm 20. April geschrieben: Dem Vernehmen nach wird die Petroleum-Gewirtschaft demnächst straffere Formen annehmen. Es ist beabsichtigt, die Reichsverteilerstelle für Petroleum in eine Gesellschaft m. b. H. umzuwandeln, und ihr ein Beschlagnahmerecht zu erteilen. An der G. m. b. H. würden beteiligt sein: Der Reichs-Lanzler und die Petroleum-Importeure, das sind die Standard-Oil-Gesellschaft, die Deutsche Erdöl-Gesellschaft, die Deutsche Petroleum-Gesellschaft und die G. m. b. H. Nadeloff-Sandberg. In Übereinstimmung mit der sorgfältigeren Behandlung der Spiritusvorräte und der Spiritusherzeugung wird zugleich eine verstärkte Sparmaßnahme im Petroleum-Verbrauch für Leuchtzwecke während des Sommers angestrebt, und zu diesem Zwecke der Verkauf von Petroleum für diese Zeit vom 1. Juni bis 1. August durch Bundesratsverordnung verboten werden. Ausgenommen sind Delmenen für gewerbliche bzw. technische Zwecke.

Der Postpaketverkehr nach der Türkei, der vorübergehend eingestellt war, wird vom 20. April ab wieder aufgenommen. Es dürfen jedoch vorläufig nur 10, bei dringendem Bedürfnis höchstens 15 und bei Arzneimittelversendungen 25 Stück von einem Absender täglich aufgegeben werden.

### Kriegsgewinne.

Die Dr. Paul Reher Akt.-Ges. in Berlin verteilt 7 1/2 Proz. Dividende (i. B. —). Die Concordia-Spinnerei und Weberei in Wuppertal und Konordia erhöht ihre Dividende von 5 auf 7 Proz. Den Saugener Industriewerken, A.-G. in Saugen, gestattet der Abschluß für 1915 eine Erhöhung der Dividende von 3 auf 8 Proz.

Die Vereinigten Strohstoff-Fabriken in Dresden werden 6 Proz. Dividende verteilen (i. B. 4 Proz.). Bei der Erdmannsdorfer A.-G. für Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei und Weberei schlägt der Aufsichtsrat 8 Proz. Dividende vor (i. B. 6 Proz.).

Die Steffens u. Rölle Akt.-Ges. in Berlin zahlt ihren Aktionären 5 Proz. Dividende, nachdem sie im Vorjahre leer ausgegangen sind.

Die Mechanische Weberei Linden verdreifacht ihre Dividende von 5 auf 15 Proz.

Die Akt.-Ges. Joh. Girmes u. Co. in Debit (Rheinland) verteilt 12 Proz. Dividende (i. B. 5 Proz.).

Die Akt.-Ges. für Beton- und Ronierbau erhöht ihre Dividende von 8 auf 10 Proz.

Die Maschinenfabrik Wagnus, Akt.-Ges. in Frankfurt a. M., zahlt auf 1 150 025 M. Reingewinn (i. B. 716 673 M.) wieder 6 Proz. Dividende auf die Vorkzugsaktien und 12 Proz. auf die Stammaktien. Außerdem erhalten die Stammaktien noch 12 Proz. Extradividende.

Die Hasetal-Draht- und Kabelwerke, Akt.-Ges. in Hannover, prosperierten im Kriege ganz außerordentlich. Die Abschlußgiffern der letzten drei Jahre sind die folgenden:

	1913	1914	1915
Bruttoerträgnis abzgl.	M.	M.	M.
Unkosten . . . . .	1 085 856	1 401 106	2 884 826
Abschreibungen . . . . .	800 876	808 950	482 811
Reingewinn . . . . .	734 980	1 032 158	2 402 215
Dividende . . . . .	16 Proz.	16 Proz.	22 Proz.
	680 000	788 000	1 292 000

In den beiden vom Krieg beeinflussten Jahren ist also das Geschäftserträgnis bedeutend gewachsen.

Die Fritz Schula jr. Akt.-Ges. in Leipzig erhöht ihre Dividende von 12 auf 18 Proz.

Die Gausa-Flugzeug-Werke in Bremen legen einen ausgedehnten Kriegsabschluß vor. Die Last- und Personen-Automobile, die das Werk liefert, „haben sich als hervorragend kriegsbrauchbar erwiesen“. Der Bruttoertrag stieg von 2,91 Millionen auf 6,85 Millionen Mark. Die Abschreibungen auf Anlagen sind von 735 200 auf 1,99 Millionen Mark erhöht worden. Die Dividende (12 Proz.) erfordert 1,2 Millionen vom dem 8,43 Millionen Mark betragenden Reingewinn (i. B. 653 600 M.). Soweit es die Verhältnisse erlauben, hat die Gesellschaft mit der Vorbereitung für Friedenslieferungen begonnen, und sie konnte bereits einen erheblichen Bestand an Aufträgen zur Lieferung nach dem Kriege buchen.

Die Glania-Werke, Akt.-Ges. für Kohlenfabrikation, erhöhen ihre Dividende von 12 auf 14 Proz.

Die Akt.-Ges. Ritterswerke konnte ihren Reingewinn von 3,26 auf 3,74 Mill. Mark erhöhen. Die Dividende wird von 10 auf 12 Proz. erhöht.

Die Akt.-Ges. für Leder-, Maschinenriemen- und Militäreffekten-Fabrikation (vorm. S. Thiele) in Dresden erhöht ihre Dividende von 18 auf 30 Proz.

Die H. Frister Akt.-Ges. in Berlin zahlt außer einer Dividende von 30 Proz. (i. B. 16 Proz.) noch einen „Bonus“ von 25 Proz., also 55 Proz. Dividende.

Bei den Deutsch-Böhmischen Kohlen- und Bräutereien Akt.-Ges. in Bielefeld, erhalten die Aktionäre aus 700 000 M. Reingewinn eine Dividende von 16 Proz. (i. B. 12 Proz.) gleich 480 000 M.

Die Bergwerks-Gesellschaft Hibernia in Herne zahlt auf die Vorkzugsaktien 4 1/2 Proz. und erhöht die Dividende für die Stammaktien von 8 auf 11 Proz.

Die Akt.-Ges. Weier in Bremen, die das vordringende Geschäftsjahr mit Verlust abschloß, hat in dem letzten Jahre einen Reingewinn von 226 378 M. erzielt (1913 nur 112 183 M.). Die Abschreibungen betragen 2 486 125 M. Die Dividende (8 Proz.) beantragt 586 880 M.

Die Düsseldorf-Ratinger Röhren-Eisenfabrik vorm. Dürr u. Co. in Ratingen wird ihre Dividende von 8 auf 9 1/2 Proz. erhöhen.

Die Oberschlesische Eisenindustrie, Akt.-Ges. für Bergbau- und Hüttenbetrieb in Gleiwitz verdoppelt ihre Dividende von 8 auf 16 Proz. Die Dividendenzahlung erfordert 1 680 000 Mark. Die Abschreibungen sind von zwei auf drei Millionen erhöht.

Die Vereinigten Hanfischlauch- und Gummiwaren-Fabriken zu Gotha erhöhen ihre Dividende von 5 auf 8 Proz.

Die Maschinen- und Armaturen-Fabrik vorm. H. Dreuer u. Co. in Höchst am Main wird auf die Vorkzugsaktien 8 Proz. (i. B. 4 Proz.), auf die Stammaktien 4 Proz. (i. B. —) Dividende verteilen.

## Soziales.

### Die Pflichtfortbildungsschulen Berlins.

Den Berliner Pflichtfortbildungsschulen für Jünglinge haben die letzten beiden Jahre eine Verringerung der Schüler gebracht. Nachdem schon das Schuljahr 1914/15 eine geringere Besuchsziffer als das vorhergehende gehabt hatte, ist aus dem jetzt abgeschlossenen Schuljahr 1915/16 über eine weitere Abnahme zu berichten. Die Schülerzahl war im Winter 1913/14 noch 36 037, im Winter 1914/15 nur noch 34 400, im Winter 1915/16 nur noch 32 384. Von den Schülern des Winters 1915/16 gehörten zur Unterstufe 12 528, zur Mittelstufe 11 735, zur Oberstufe 8071. Der Rückgang gegenüber 1913/14 beträgt für die Unterstufe 588, für die Mittelstufe 770, für die Oberstufe 2345, zusammen 3703. Die für die Berliner Pflichtfortbildungsschulen unterschiedenen Berufsgruppen waren in 1915/16 an der Gesamtzahl der Schüler so beteiligt: das Baugewerbe mit 687, die Metallarbeiter mit 732, das Kunstgewerbe mit 2248, das Bekleidungs-gewerbe mit 1068, das Nahrungsmittelgewerbe mit 1431, die Barbier- und Friseur- mit 820, sonstige Gewerbe mit 154, die ungelernen Arbeiter mit 18 269, die Kaufleute mit 5169. Zu dem Rückgang der Schülerzahl haben die Gruppen Baugewerbe, Metallarbeiter, Bekleidungs-gewerbe, Kaufleute ganz besonders beigetragen. In den drei Wintern wurden gezählt: Baugewerbe 1508, 1102, 637, Metallarbeiter 8214, 7704, 7582, Bekleidungs-gewerbe 1567, 1400, 1066, Kaufleute 6261, 5392, 5169. Die Gruppe Baugewerbe, die schon seit langem im Rückgang ist, hat in den letzten beiden Jahren wieder noch sehr beträchtliche Verluste gehabt.

Bei den Pflichtfortbildungsschulen für Mädchen sehen wir die entgegengesetzte Bewegung. Sie wurden für Berlin erst im Jahre 1913 eröffnet, so daß ihnen die allmähliche Zuführung der einzelnen Jahrgänge zunächst eine rasche und außerordentliche Verringerung der Schülerzahlen bringen mußte. Nachdem ihr dreifacher Aufbau jetzt mit dem Schuljahr 1915/16 fertig geworden ist, darf man für die folgenden Jahre nur noch eine Inzertenteil veranm.: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Vormärts

mäßige Zunahme der Schülerinnenzahl erwarten. Die Schülerinnenzahl war im Winter 1913/14 für eine Stufe 6202, im Winter 1914/15 für zwei Stufen 11 738, im Winter 1915/16 für drei Stufen 19 469. Von den Schülerinninnen des letzten Winters gehörten zur Unterstufe 8089, zur Mittelstufe 6089, zur Oberstufe 4001. Die Beteiligung der Berufsgruppen war diese: Bekleidungs-gewerbe mit 3572, sonstige Gewerbe mit 88, ungelernete Arbeiterinnen mit 6818, Kaufleute mit 9001. Eine Vergleichung mit der Gruppenstärke der Vorjahre muß hier noch unterbleiben.

### Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung.

Nach einer Verordnung des Bundesrates ist der in der Bekanntmachung betreffend die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung bestimmte Zeitpunkt, bis zu welchem die Amtsdauer der Vertreter der Unternehmer oder anderen Arbeitgeber und der Versicherer bei Versicherungsbehörden und Versicherungsträgern sowie der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes und der Landesversicherungsämter längstens erstreckt worden ist, auf den 31. Dezember 1917 festgesetzt worden.

### Hat der Handlungsgagent Anspruch auf ein Dienstzeugnis?

Das Reichsgericht hat die umstrittene Frage, ob der Handlungsgagent einen Anspruch auf ein Dienstzeugnis hat, in einem jetzt veröffentlichten Urteil vom 7. Januar 1916 verneint. Der wesentliche Teil der Urteilsgründe geht dahin:

Selbst wenn man mit dem Oberlandesgericht annehmen wollte, daß der Veklagte nicht die gewöhnliche Stellung eines Handlungsgagenten einnahm, sondern gewissermaßen eine Mittelstellung zwischen einem solchen und einem Handlungsgehilfen, wäre der Anspruch auf ein Zeugnis nicht als berechtigt anzuerkennen. Die für Handlungsgagenten gegebene Vorschrift in § 78 HGB. läßt sich auf den Handlungsgagenten nicht übertragen, da der letztere schon nach der Begriffsbestimmung des § 84 HGB. in einem gewissen Gegensatz zum Handlungsgehilfen steht. Daß das HGB. dem Handlungsgehilfen den Anspruch auf ein Zeugnis ausdrücklich gewährt, eine gleiche Bestimmung für den Handlungsgagenten aber nicht trifft, spricht dafür, daß dieser einen solchen Anspruch nicht haben sollte. Auch § 630 HGB. ist nicht anwendbar. Der Agenturvertrag bildet allerdings eine Unterart des Dienstvertrages. Aber die Anwendung der §§ 611 ff. HGB. ist da ausgeschlossen, wo das Wesen des Agenturvertrages, insbesondere die Selbstständigkeit des Agenten, entgegensteht. Die Vorschrift des § 630 HGB. kann nicht auf Dienstverträge jeder Art angewendet werden. Sie soll dem Dienstpflichtigen, der seine Arbeitskraft einem bestimmten Arbeitgeber überlassen hat, das Fortkommen in einer anderen dienenden Stellung erleichtern und eignet sich nur für Personen, die in einer gewissen Unterordnung zum Arbeitgeber stehen. Das Wesen des Agenturvertrages aber besteht darin, daß der Agent, unbeschadet seiner Pflicht, sachlichen Weisungen Folge zu leisten, dem Geschäftsherrn als selbständiger Kaufmann gegenübersteht. Eine entsprechende Anwendung des § 630 HGB. auf dieses Rechtsverhältnis ist daher ausgeschlossen. Daran kann es auch nicht ändern, wenn im einzelnen Fall Bestimmungen vereinbart werden, die die Stellung des Handlungsgagenten der eines Handlungsgehilfen ähnlich erscheinen lassen. Vielmehr bestehen nur zwei Möglichkeiten: Entweder fassen diese Bestimmungen dahin, daß zu der sachlichen Abhängigkeit auch eine persönliche Unterordnung tritt, die mit der Stellung eines selbständigen Kaufmanns nicht mehr vereinbar ist, dann ist der Dienstpflichtige in Wahrheit nicht Agent, sondern Handlungsgehilfe und hat in dieser Eigenschaft Anspruch auf ein Zeugnis; oder der Dienstpflichtige bleibt trotz jener Bestimmungen Handlungsgagent und selbständiger Kaufmann, dann steht ihm ein solcher Anspruch nicht zu.

### Die Not der Schauspieler.

In der letzten Delegiertenversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnengenossener am Karfreitag wurde vom Präsidenten Ridel unter anderem mitgeteilt, daß von der Genossenschaft ein Notstandsfonds begründet worden ist, zu dem von den bessergestellten Kollegen beigetragen worden sei. Der Notstandsfonds erreichte die Summe von 107 000 M., der Kriegshilfsfonds die von 31 466 M.

Von Klenke (Effen a. Ruhr) lag ein Antrag vor: Dabin zu streben, daß die Theater dem Privatbetriebe entzogen und in städtische bzw. Staatsverwaltung genommen, daß bei der Errichtung von Stadttheatern die Bedürfnisfrage geprüft und davon die behördliche Erlaubnis abhängig gemacht werde. Endlich besagt der Antrag: „Eine Besserung der Lohnverhältnisse wird durch das unverhältnismäßige Lohnerangebot an Arbeitskräften hintenan gehalten. Dies Lohnerangebot wird durch die struppelosen Anlockungen zweifelhafter Lehrkräfte vermehrt. Die Delegiertenversammlung der Genossenschaft Deutscher Bühnengenossener beantragt deshalb: 1. Das Recht zur Erteilung von dramatischem und Musikunterricht von einer Erlaubnis abhängig zu machen, 2. daß bei der Erteilung der Erlaubnis die Bedürfnisfrage zu prüfen ist.“ Es wurde darauf hingewiesen, die in dem Antrage enthaltenen Forderungen seien bereits in der Hauptsache in dem Reichstheatergesetzentwurf vorgesehen, auch habe das Präsidium sich mit den Anregungen bereits seit längerer Zeit beschäftigt. Der Antrag Klenke wurde darauf dem Präsidium und Kontrollausschuß als Material überwiesen. Nachdem noch mehrere geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Delegiertenversammlung vom Präsidenten Ridel mit dem Wunsche geschlossen, daß die Sitzung zur Hebung des Theaters und zur Besserstellung der Schauspieler beitragen werde.

### Zunahme der Arbeiterunfälle in Rußland.

Vor kurzem erschien der Bericht der Petersburger Versicherungs-Gesellschaft für das Jahr 1914. Der interessante Daten aus der Unfallstatistik im Rayon der Genossenschaft: des Gouvernements Petersburg, Nowgorod, Pflow, Doney und Estland enthält. Der Bericht erstreckt sich auf 1078 Industriebezirke mit 314 107 Arbeitern, von denen sich 897 mit 272 424 Arbeitern im Gouvernement Petersburg befinden.

Bei aller Lidenhaftigkeit des Berichtes kommt die in Petersburg erscheinende Arbeiterzeitung „Frage der Verbesserung“ auf Grund der im Bericht enthaltenen statistischen Angaben zu folgenden Schlüssen über die Unfallhäufigkeit in den Fabriken des erwähnten Industriebezirks:

Insgesamt wurden im Jahre 1914 in diesem Rayon 25 848 Unfälle, oder 82 auf je 1000 Arbeiter, registriert, von denen 11 zu völliger Invalidität, 0,22 zu tödlichem Ausgang führten. Speziell in der Metall- und Holzindustrie sind diese Zahlen bedeutend höher: auf je 1000 Arbeiter entfielen in der Metallindustrie 117 und in der Holzindustrie 144 Unfälle. Diese Zahlen bedeuten gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von etwa 70 Proz. Die erwähnte Arbeiterzeitung führt für diese Steigerung der Betriebsunfälle folgende Ursachen an:

Der Krieg hat eine ungeheure Verstärkung der Arbeitsintensität bewirkt, die die Zahl der Unfälle erhöht; er hat ferner eine Zunahme der Lohnerstunden und der Nachtstunden und eine Verlängerung des Arbeitstages herbeigeführt.

Außerdem hat sich in allen von dem Bericht umfaßten Industriezweigen ein Ersatz der männlichen Arbeitskräfte durch Frauen und Kinder bemerkbar gemacht, was seinerseits auf die Zunahme der Betriebsunfälle einwirkt.

Die Verstärkung der Arbeitsintensität, der Ersatz der gelernten Arbeitskräfte durch ungelernete, die Einführung neuer Arbeitsmethoden — das sind die grundlegenden Ursachen der Zunahme der Betriebsunfälle.

Nach den vorliegenden Angaben zu urteilen, ist im Jahre 1915 keine Besserung dieses Zustandes eingetreten. Das Jahr 1916 hat im Gegenteil noch weit bedeutendere Opfer gefordert.“



Die nächste Nummer des „Vorwärts“ erscheint der Osterfeiertage wegen am Dienstagmorgen.

Fahrbare Küchen und Massenverpflegung.

Der preussische Minister des Innern hat über Massenverpflegung und Einführung fahrbarer Küchen folgenden Erlaß an den Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten in Potsdam gerichtet:

In meinem Erlaß vom 28. August 1914 habe ich darauf hingewiesen, daß erfahrungsgemäß die einheitlich organisierte Verpflegung größerer Menschenmassen weit billiger durchzuführen ist, als dies im Einzelhaushalt möglich ist.

Aus den mir ersichteten Berichten einer Anzahl größerer Städte habe ich mit Befriedigung entnommen, daß sich die Gemeinden auch diesen Zweig der Kriegsvorbereitung mit dankenswerter Sorgfalt haben angelegen sein lassen.

Auf Grund der mir vorliegenden Mitteilungen möchte ich den Gemeinden insbesondere zu Versuchen mit der Einführung fahrbarer Küchen raten.

Sobald eine Gemeinde der Auffassung sein sollte, daß von ihr auf diesem Gebiete geschaffene Einrichtungen sich zur allgemeinen Nachahmung eignen, werde ich von einem entsprechenden Bericht stets mit besonderem Interesse Kenntnis nehmen.

von Loebeil

Aus Groß-Berlin. Auferstehungsgedanken.

Ein in Flandern verwundeter Genosse sendet uns folgende Osterbetrachtung:

Vor nunmehr beinahe zweitausend Jahren wurde nach christlichem Mythos Jesus Christus am Karfreitag nach dem Urteilspruch einer inquisitorischen Priesterkastei und des hohen Rates für seine Ueberzeugung, durch seine Wirklichkeit die Menschheit vom Fluche des Bösen zu befreien, an das Kreuz geschlagen.

Frühling an der Ourthe.

Ein in Belgien stehender Berliner Landsturmmann sendet uns folgendes Stimmungsbild:

Ein wunderbarer Tag, wolkenloser Himmel, Sonnenschein, frische, würzige Luft, Kristallklar, so daß man meilenweit sehen kann. Ein richtiger Frühlingstag, der das älteste Menschenalter wieder jung machen kann.

Auf gut Glück schlage ich einen Fußweg oder Landstraße ein, je nachdem man das steinige Ding nennen will, das auf den Berg fährt, dessen Vorderseite von einem Steinbruch schon ganz weggefressen ist.

Es ist nicht zufällig, daß das christliche Dogma den Tag der Auferstehung Christi fast in die Zeit des Auflebens, der Auferstehung in der Natur verlegt.

Der Brauch, das schöpferische Neugeborene der Natur im Frühling als Symbol des Auflebens, im höheren Sinne als Symbol der Weiterentwicklung zu betrachten, ist so alt wie die Menschheit selbst.

Wir wissen zwar, daß all das blühende Ersprießen in Wald und Flur, das sich in diesen Tagen zeigt, nicht weniger denn friedlich ist.

Wir, als die Befürworter der materialistischen Gesellschaftsauffassung, haben daher das drohende Unheil mit allen Mitteln der Vernunft abzuwenden versucht.

Nichts ist so veränderlich als der Beifall der Zeitgenossen. Was der eine lobt, tadelt der andere.

Es sei ferne von uns, der Menschen Lob und Tadel ganz zu verachten. Nein, unsere Gemeinnützigkeit hängt ja von dem Vertrauen ab, das andere zu unseren Einsichten, Kenntnissen und Erfahrungen, zu unserer guten Denkart und Rechtschaffenheit haben.

Wenn heute Europa vom Kanal bis zum Rarumareer ein einziges Gräberfeld ist, darin die Blüte der Nationen vermodert, wenn bis jetzt ganze Meere von Tränen geweiht worden sind, so soll uns das ein Ansporn sein, auszuharren auf unserm Posten.

Im Walten der unerschöpflichen Naturkräfte ist alles eine ewige Auferstehung. Die Entwicklung steht nicht still. So stirbt im Tode des jetzigen Krieges eine alte, morose Ideenwelt zu Grabe, doch muß aus dieser Katastrophe mit Notwendigkeit sich das Höhere, Bessere und Vollkommenere entwickeln.

So sei dieser Tag, den christliche Mythos zu einem hohen Feiertage gesteigelt hat, für uns ein Tag des Trostes, des Lichtes, der Kraft und der Belehrung; allerdings im wesentlich anderen Sinne als in dem religiösen Dogma.

langsam steige ich den holprigen Weg hinan, an kleinen Häusern vorbei mit ihren Gärten, freundlich begrüßt von den Bewohnern, die fast alle im freien sind.

Langsam steige ich den holprigen Weg hinan, an kleinen Häusern vorbei mit ihren Gärten, freundlich begrüßt von den Bewohnern, die fast alle im freien sind.

Langsam steige ich den holprigen Weg hinan, an kleinen Häusern vorbei mit ihren Gärten, freundlich begrüßt von den Bewohnern, die fast alle im freien sind.

Langsam steige ich den holprigen Weg hinan, an kleinen Häusern vorbei mit ihren Gärten, freundlich begrüßt von den Bewohnern, die fast alle im freien sind.

Die Fleischverföorgung von Groß-Berlin.

Die Bevölkerung von Groß-Berlin ist nicht nur schmerzlich enttäuscht über die hohen Fleischpreise und den Mangel an Fett, sondern auch über die ungenügende Verteilung des Fleisches.

Zum Bezug von Schweinefleisch, das die Stadt Berlin abgibt, werden bekanntlich Fleischarten an die unbemittelte Bevölkerung ausgegeben.

Die Stadt Berlin hatte gestern (Sonntag) 250 Fleischverkaufsstellen eingerichtet und wird in nächster Woche noch mehr einrichten lassen, damit das Publikum schneller abgefertigt werden kann.

Der Magistrat Berlin hat eine Verordnung erlassen, nach der Krankenhäuser, Kliniken und ähnliche Anstalten, denen für ihre Insassen Prokuren nicht zugewiesen sind, sowie Gastwirte, Bäcker und Konditoren spätestens bis zum 26. April 1916 der Zuckerverföorgungsstelle, Rathaus Zimmer 96, anzuzeigen haben.

Zucker für Anstalten und Gewerbetreibende.

Erhebung der Vorräte von Verbrauchszucker (Zucker) am 25. April 1916 auf Grund der Bekanntmachung des Reichsanzlegers vom 10. April 1916.

Die Vorräte sind nach Mengen und Eigentümern zu erheben, sie erfolgt durch einen Vordruck, der beim Statistischen Amt der Stadt Berlin, Poststr. 16, 2 Treppen, Zimmer 40, oder bei der nächsten Steuerkasse in Empfang zu nehmen ist.

Vorräte, die in fremden Speichern, Lagern, Schiffsräumen und dergleichen lagern, sind vom Verfügungsberechtigten anzugeben, wenn er die Vorräte unter eigenem Verschluss hat.

Die Beauftragten des Magistrats sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben die Räume der Anzeigepflichtigen zu betreten, Aufschlüsse einzuholen und von den Geschäftsaufzeichnungen Einsicht zu nehmen.

Wer vorzüglich die vorgeschriebene Anzeige innerhalb der gesetzten Frist nicht erstattet oder wissenschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten

Strache den Grund des Tales, das hier eine Bindung macht, so daß ich in einem Winkel der köstlichsten Einsamkeit bin.

Strache den Grund des Tales, das hier eine Bindung macht, so daß ich in einem Winkel der köstlichsten Einsamkeit bin.

Strache den Grund des Tales, das hier eine Bindung macht, so daß ich in einem Winkel der köstlichsten Einsamkeit bin.

Strache den Grund des Tales, das hier eine Bindung macht, so daß ich in einem Winkel der köstlichsten Einsamkeit bin.

Die Welt ist vollkommen überall, Wo der Mensch nicht hin kommt mit seiner Dual.

oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft. Neben der Strafe kann Zusage, der bei einer Bestandsaufnahme nicht oder nicht richtig angegeben worden ist, eingezogen werden.

### Nichtpreise für Soda.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat nach eingehenden Beratungen mit Sachverständigen Nichtpreise im Groß- und Kleinhandel für Soda festgesetzt. Danach dürfen beim Verkauf von Soda im Kleinhandel folgende Preise nicht überschritten werden: Für 1/2 Kilo kristallisierte Soda (Städtesoda) 8 Pf., für 1 Kilo 15 Pf.; für das Palet Feinsoda von 1 Kilo Reingewicht bei Füllung 15 Pf.

Eine Ueberschreitung dieser Preise wird die Preisprüfungsstelle als eine ungerechtfertigte Preisforderung ansehen, gegen die sie mit gesetzlichen Mitteln einschreiten hat.

### Die Bedeutung des Arbeitersports.

Von der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege schreibt man uns:

Früher als in Friedensjahren hat diesmal die Jugend des arbeitenden Volks die Volksschule verlassen, um in die Erwerbsarbeit einzutreten. Mehr als je wird auch die Arbeitskraft der jungen Leute in Anspruch genommen, aber weniger denn je ist für sie der Tisch gedeckt. Es mag daher für manchen fraglich sein, ob es jetzt angebracht sei, diese jungen Leute zum Anschluss an die Arbeiterturn- und -sportvereine aufzufordern. Aber die Frage ist dennoch zu bejahen. Die Jugend muß sich im neuen Arbeitsverhältnis an einseitige, sich stets wiederholende Bewegungsformen gewöhnen, das ist in der ersten Zeit nicht nur äußerst lästig, sondern gewöhnt auch gar zu leicht Haltungsefehler an, die, wenn sie nicht rechtzeitig bekämpft werden, später nur schwer zu beseitigen sind und nicht selten schwere gesundheitliche Nachteile im Gefolge haben. Turnen und Sport befehlen dem Körper vor solchen Gefahren, denn sie gewähren dem Körper durch ihre vielseitigen Bewegungen die Möglichkeit eines Ausgleichs. An sich bedeuten die Leibesübungen eine vermehrte Arbeit und damit auch eine vermehrte Kraftausgabe, aber durch die allseitige Muskelanspannung in spielerisch freien Formen wirken sie einseitiger Ermüdung gerade entgegen. Sie unterstützen die Blutzirkulation und den Stoffwechselprozess in hervorragender Weise und wirken damit auch auf das geistige Befinden ein. Ihre Erfolge sind Kraft und Gewandtheit und ein frohes Gemüt.

Jetzt mit beginnender Sommerzeit ist es möglich, den Betrieb ins Freie zu verlegen und damit den Körper den Wohlthaten der Bewegung in freier frischer Luft zugänglich zu machen. Da kommt dem Sport die Einführung der Sommerzeit sehr zufluten. In Zukunft haben die Sportler eine Lichtstunde des Abends mehr zur Verfügung, das bedeutet für die Arbeiterschaft einen großen Gewinn, der aber nur dann voll ausgenutzt wird, wenn wir die gewonnene Lichtzeit im Freien verbringen.

Die Arbeitersportvereine werden nicht veräumen, die Vorteile der Sommerzeit für sich auszunutzen, ist doch damit ein seit langer Zeit von ihnen geäußertes Verlangen in Erfüllung gegangen. Es mag hier bemerkt werden, daß die bekannten Jugenderlasse der Militärbehörden die Jugend nicht hindern, an den sportlichen Veranstaltungen teilzunehmen.

Wir richten an die arbeitende Jugend dringend denn je die Aufforderung, sich den Arbeitersportvereinen anzuschließen. Gerade in der heutigen schweren Zeit können wir alle einen Sorgenbrecher gebrauchen. Ein solcher ist der Sport in allen seinen erprobten Formen, denn Frohsinn und heitere Lebenslust gedeihen nirgends besser als auf dem Turn- und Sportplatz im Kreise fröhlicher Genossen.

Die Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter, die auf ein mehr als zehnjähriges Bestehen zurückblicken, verfolgen auch in dieser Zeit ihr Ziel, Männer und Frauen, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, in den elementaren Unterrichtsfächern auszubilden. Vor allem sollen die Hörer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen; doch sollen zur Erweiterung der Kenntnisse besondere Kurse in Literatur und Erdkunde sowie Vorträge und Führungen dienen. Der Unterricht wird wie bisher von Studierenden der Berliner Hochschulen erteilt.

Wir möchten noch besonders darauf hinweisen, daß im Sommer das frühere Unterrichtsstadl in der Friedrich-Werderschen-Oberrealschule, Niederwallstr. 12, wieder eröffnet wird.

Jeder Kurs findet wöchentlich einmal in den Abendstunden von 8-10 Uhr statt. Die Anmeldungen werden in den folgenden Unterrichtsstadlen von 8-10 Uhr abends entgegengenommen:

1. im Zentrum: Gemeindefchule Gipsstr. 23a, nahe dem Bahnhof Börje, am 26. und 29. April;
  2. im Zentrum: Geschäftsstelle des Vereins, Dorothienstraße 49, Quergebäude parterre, am 28. April;
  3. im Osten: Fortbildungsschule Langestr. 31, am Schleifischen Bahnhof, am 27. April;
  4. in Neukölln: Realgymnasium Kaiser-Friedrich-Straße 206/210, in der Nähe des Hermannplatzes, am 28. April.
- Am Sonnabend, den 29. April, findet in der Aula Gipsstr. 23a um 8 Uhr eine allgemeine Hörerverammlung statt, in der über den Unterricht nähere Mitteilung gemacht wird. In dieser Versammlung werden auch noch Anmeldungen entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist eine einmalige Gebühr von 50 Pf. für den Besuch jedes Kurses sowie 30 Pf. für Lehrmittel zu entrichten. Jede Stufe dauert ein halbes Jahr. Unterrichtsbeginn: 1. Mai. Unterrichtsloß: Anfang August.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall wird vom gestrigen Osterfestabend aus dem Osten der Stadt gemeldet. Gegen 8 Uhr nachmittags wollte ein etwa 45jähriger Mann den Bahrdamm der Dresdener Straße über die Langestraße überschreiten. Auf dem Gleis blieb der Mann plötzlich stehen, so daß der Führer eines Straßenbahnwagens der Linie I (Stadttring) nicht mehr rechtzeitig zu bremsen vermochte. Der Unbekannte wurde umgestoßen und blieb sofort bewußtlos liegen. Von Passanten wurde er nach der nahen Unfallstation gebracht, verstarb aber bereits auf dem Wege dahin.

Kaffee in Kanten sollte nach einer uns gewordenen Mitteilung wegen der Kaffeeknappheit in den Reptorien Sommerlokale nicht mehr verabreicht werden. Wie uns nun mitgeteilt wird, hat die Mehrzahl der Gastwirte an diesem Beschluß nicht mitgewirkt, sondern es wollen einige größere Betriebe in Zukunft nur Kaffee in Tafeln verabreichen. In den übrigen Lokalen wird nach wie vor Kaffee in Kanten zu haben sein.

Fast halbe Schweine wurden in der Nacht vom Freitag bei dem Schlächtermeister Bach, Werchauer Straße 19, gestohlen. Zur Fortschaffung ist ein vierwädriger Handwagen, der mit einer weißen Plane bedeckt war, benutzt. Der Schlächtermeister sichert eine Belohnung von 100 M. dem zu, der ihm nähere Angaben über die Diebe macht und ihm zu seinem Eigentum verhilft. Ein Schlächterfuhrerwert mit einer Ladung Süßholzwursten in Wäfern im Werte von etwa 3000 M. wurde gestern nachmittags gegen 1 Uhr vor dem Hause Leipziger Straße 88 gestohlen. Das Fuhrwerk gehörte dem in der Wilhelmstr. 8 in Brühl wohnenden Schlächtermeister Dieß. Es ist ein gelber Lastwagen mit roten Rädern, bespannt mit einer vierwädrigen Schimmelstute. Der Kutscher hatte in dem genannten Hause eine Bestellung zu erledigen; diese Belegenheit benutzte ein bisher unbekannter junger Mann, sich auf den Hof zu schwingen und davonzuliegen.

Auf der Straße verstorben ist am Sonnabendnachmittag gegen 1 Uhr eine etwa 70jährige unbekanntes Frau. Passanten fanden sie vor dem Hause Kommandantenstraße 41 in einer großen Pflanzung leblos vor. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß die Greisin einem Mykorrhiz erlegen war. Die Verstorbene war mit einer gestrickten Wollweste, graugestrickter Manchesterbluse, blauem Rock und schwarzen Schuhen bekleidet. In einer schwarzen Partikeltasche befanden sich Brot-, Butter-, Milch- und Kartoffelkartons, andere Ausweispapiere waren nicht vorhanden. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Bestohlene Brotkrumen. In der verflochtenen Nacht wurde ein Einbruch in die Geschäftsräume der 124. Protokommission in der Gausstr. 11 verübt, bei dem den Dieben gegen 800 Tagesbrotkrumen für die 60. bis 64. Woche in die Hände fielen.

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich gestern morgen die 50 Jahre alte Näherin Anna Stodding aus der Luitpoldstr. 131 das Leben genommen. Sie litt schon längere Zeit an Geistesgestörtheit, ohne gemeingefährlich zu sein. In einem Anfall sprang sie gestern in der bedeutenden Morgenstunde aus einem Fenster ihrer im vierten Stock gelegenen Wohnung auf den Bürgersteig hinab. Die Unglückliche blieb tot auf der Stelle liegen.

Vergiftet hat sich gestern abend die 23 Jahre alte Wirtschaftlerin Elvira Kuhl, die einem Kaufmann in der Vorfigstraße den Haushalt führte. Als der Mann gestern spät abends von einem Ausflug heimkehrte, fand er das Mädchen regungslos auf dem Bette liegen. Ein Arzt von der benachbarten Rettungswache in der Eidenborffstraße konnte nur noch feststellen, daß es bereits tot war. Es hatte sich vergiftet, nach der Meinung des Arztes vermutlich mit Strichnium. Was es dazu veranlaßte, weiß man noch nicht.

Aus dem Wasser gelandet wurde Donnerstag vormittag gegenüber dem Hause Elsbethufer 10 aus dem Luisenstädtischen Kanal die Leiche einer unbekanntes Frau von etwa 30 Jahren. Die tote ist mittelgroß, hat dunkelbraunes Haar und trug eine schwarzseidene Bluse und einen Rock gleicher Farbe. Die Leiche wurde nach dem Schauhause übergeführt.

In dem tödlichen Kraftwagenunfall in der Königsgräberstraße, über den wir berichteten, erfahren wir, daß die Verunglückte eine Freifrau Anna von Köditz, geborene Grafin zu Limburg-Stirum aus Schreiberhau ist. Die Freifrau kam mit ihrer Tochter am Dienstag zu Besuch nach Berlin und stieg im christlichen Hospiz in der Wilhelmstraße 34 aus; sie wollte eine Freundin besuchen. Auf diesem Wege traf sie das Unglück, das ihr den Tod brachte.

Der Männerchor „Oberspre“ veranstaltet heute abend sein diesjähriges Osterkonzert im Lokal „Concordia“ (früher Karpenteisch), Am Reptorien Park 60, wieder als Wohltätigkeitskonzert für seine im Felde befindlichen Mitglieder. Mitwirkende: Das Berliner Tonkünstler-Orchester, Direktion: Hr. Blume; Hans Schmid-Kahler (Lieder zur Laute; Sängergängerin Frau Margarete Blume (Sopran). Eintritt 50 Pf., Anfang 8 Uhr.

Freunde des Vereins erhalten Villen in Treptow, Rest. Scholze, Gräbtrahle, Rest. Naufer, Gräbtrahle und bei Gramenz, Reicholzstr. 411; in Baumshulenkamp im Rest. Krause, Reicholztrahle.

Im Berliner Aquarium sind zurzeit einige besonders stattliche Vertreter der merkwürdigen Gruppe der lebendgebärenden Karpfische ausgestellt. Es sind die sogenannten Hecht-Lärpflinge, die als gewandte Räuber in ihrem Teufeln eine gewisse Nützlichkeit mit unseren heimischen Arten haben. Bei diesen Mittelamerikanern sind die Männchen im Vergleich zu den Weibchen besonders klein, so daß man die Geschlechter im engeren Genossenschaft öfter trennen muß, will man nicht Gefahr laufen, daß die Männchen von ihren Gattinnen verpeißt werden. In den Aquarien der Liebhaber spielt diese interessante Fischgruppe wegen ihrer leichten Züchtbarkeit und zum Teil auch wegen ihrer Farbenpracht eine ganz besondere Rolle. In der Fischschablottung ist gegenwärtig eine sehr große Menge von Arten dieser größtenteils in Südamerika heimischen Fischgruppe untergebracht.

Der Berliner Anwaltverein unterhält seit Ausbruch des Kriegs eine unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle für Unbemittelte im Berliner Stadthaus, Eingang Klosterstraße. Die Sprechstunden werden dort vom 1. Mai ab nur noch Montag, Mittwoch und Freitag von 3-4 Uhr durch Berliner Anwälte abgehalten werden.

Die Dampfschiffreederei Kahnt u. Orcher, Berlin G. 2, hat ihre Dampferfahrten auch in diesem Jahre wieder ausgenommen. Die Dampfer verkehren an den Osterfesttagen und folgenden Sonntagen ab Wappensbrücke 2 Uhr nach Krampnitz; außerdem Ostern und folgende Sonntage ab Reichstagsufer (Bahnhof Friedrichstraße) 9 Uhr nach Werder zur Baumbühlte. Näheres das heutige Inserat.

## Aus den Gemeinden.

### Gemeindevertretersitzung in Nowawes.

Die seit einiger Zeit sich recht fühlbar machende Brotknappheit veranlaßte den Vorsitzenden des Kriegsfürsorgekommissionen, Gemeindeverordneten Rathen, zu der Erklärung, daß zu ernsten Besorgnissen kein Grund vorliege, da ausreichend Mehl vorhanden sei. Wenn das Brot in den letzten Tagen etwas knapp geworden ist, so sei dies durch unabwehrliche Zufälle, wie auch dadurch veranlaßt, daß ein Teil der Väter sich mit den neuen Bestimmungen über den Kartoffelzusage nicht zurechtfinden konnte. Auch Speisekartoffeln seien jetzt so reichlich vorhanden, daß die Kartoffelkarte bis auf weiteres außer Kurs gesetzt werden konnte; es könnten also die Gemeindeangehörigen jedes Quantum erhalten. Ebenso beruhigt dürfe die Bevölkerung über die Fleischversorgung sein, die dank der getroffenen Maßnahmen in ruhige Bahnen einzufließen beginne. — Die Bedingungen für die einzurichtende Textilarbeiterfürsorge, über die bereits in der Märztagung beraten worden war, fanden diesmal endgültige Annahme, nachdem sich der Kreisauschuß bereit erklärt hat, der Gemeinde die Hälfte der von ihr zu tragenden Kosten aus Kreismitteln zu erstatten. Nach Mitteilung des Syndikus hat die Gemeinde demnach nur ein Achtel der Fürsorgekosten zu tragen, und zwar nur für die im Gemeindegebiet befindlichen Textilarbeiter. Da der Kreisauschuß befreit ist, diese Fürsorgebestimmungen auch auf die Hausweber, soweit sie für Berliner Firmen arbeiten, auszuweiten, sind bereits neun alte Hausweber berücksichtigt worden. Für diese muß die Gemeinde das sonst auf die Arbeitgeber entfallende Arbeitsloß mitbezahlen. Der Satz in den Bestimmungen, wonach die Mindestlöhne der Kriegsteilnehmer-Fürsorge zur Hälfte angerechnet werden, während Unterhaltungen aus privaten Mitteln unberücksichtigt bleiben sollten, wurde gestrichen. Neu eingefügt wurde dagegen folgende Bestimmung: „Die Kinderzulage wird nicht gezahlt, wenn der Vater seinen vollen Erwerb behalten, sei es in selbständiger Stellung oder sei es, daß er außerhalb der Textilindustrie in vollem Verdienst steht oder in der Textilindustrie vollen Wochenlohn oder Monatsgehalt bezieht.“

### Auskunftsverteilung in Nowawes.

Das Gewerkschaftskartell hat beschlossen, die im Größlichen Lokal bisher von einem Berliner Gewerkschaftssekretär zweimal im Monat abgehaltenen Auskunftsabende auszuheben und die Auskunftsverteilung dem Geschäftsführer der Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes Genossen Dietrich Osmer zu übertragen. Derselbe ist für Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Fragen des Arbeiterrechts, der sozialen Versicherung usw. verpflichtet von 9 bis 11 Uhr in seinem Geschäftsbüro, Kaiser-Wilhelm-Straße 8, unentgeltlich zu sprechen.

### Beschluß des Wahlvereins Mariendorf.

Die am 18. April stattgefundene Generalversammlung des Wahlvereins beschloß sich mit den bestehenden Parteidifferenzen und beschloß nachfolgende Resolution, deren erster Absatz gegen eine Stimme, der übrige Teil einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

Die Generalversammlung vom Mariendorf erklärt sich einverstanden mit dem Vorgehen der Kinderheit im Reichstag am

24. März. Der durch sie gebildeten „Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft“ bringt sie vollste Sympathie entgegen. Wir fordern, daß sich der Kreis der neuen politischen Vertretung der Linken durch die anderen Kreditgegner baldigst vergrößert. Als heraussteigende Instanz überlassen wir dem nächsten Parteitag die endgültige Entscheidung.

Ferner legen wir ganz entschiedenen Protest gegen die bifidatorischen Maßnahmen des Parteivorstandes der „Vorwärts“-Redaktion gegenüber ein. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln werden sich die Mariendorfer Parteigenossen gegen den etwaigen Versuch wenden, das Blatt der Groß-Berliner im Sinne der Mehrheitspolitik zu beeinflussen, weil diese Politik im schroffen Gegensatz zum Parteiprogramm steht.

Des weitern drückt unsere Generalversammlung der einseitigen Haltung der „Partei-Korrespondenz“ und der „Fadel“ ihre starke Mißbilligung aus.

Sie verbittet sich zum Schluß, daß Mittel der Gesamtpartei benutzt werden, um den Parteigenossen eine Politik aufzuzwingen, die mit den Grundfragen der Partei nicht in Einklang zu bringen ist.

Die Künstlervereinigung „Union-Neukölln“ (Mitglied des Arbeiter-Athletenbundes) veranstaltet heute im Etablissement „Koslogarien“ eine Wohltätigkeitsvorstellung zum Besten des Liebesgabenfonds für die im Felde lebenden Mitglieder. Da der Verein vielfach bei Veranstaltungen der Arbeiterheit mitgewirkt hat, so ist der Versuch obiger Veranstaltung zu empfehlen.

Moienhal-Niederschönhausen-Weß. Morgen, 2. Osterfesttag, veranstaltet der Arbeiter-Gesangverein Freier Männer der Wilhelmstraße im Lokal „Hedischhagen“, Inhaber Herr Mühlradt, einen Familien-Unterhaltungsabend zum Besten seiner im Felde lebenden Mitglieder. Da genannter Verein sich bei allen Parteiveranstaltungen zur Verfügung stellt, so ist zu empfehlen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

## Aus aller Welt.

### Eigenproduktion der Städte.

Von sozialdemokratischer Seite ist schon häufig darauf hingewiesen worden, welche Bedeutung die Lebensmittelversorgung durch die Städte auch in sozialer Beziehung hat. Nicht nur die Uebernahme der Lebensmittelverteilung, sondern auch die Eigenproduktion wurde deshalb bei verschiedenen Gelegenheiten angeregt. Ein lehrreiches Beispiel für den Erfolg dieser Kommunalpolitik liefert uns die Stadt Ulm a. d. Donau, die ungefähr 56 000 Einwohner zählt. Diese berichtet jetzt über die Erfahrungen, die sie gerade während der Kriegszeit gemacht hat.

Auf dem Gebiet der Schweinezucht ist die Stadt insofern selbst produzierend tätig, als sie der Genossenschaft für rationelle Schweinezucht angehört, von der sie jährlich 2000 bis 3000 Schweine bezieht. Auf diese Weise war es der Stadt möglich, das Schweinefleisch an Kriegsfamilien zu dem verhältnismäßig billigen Preise von 1 Mark das Pfund abzugeben. Ferner läßt die Stadt in der und Ochsen bester Rasse mästen. Sie zahlt dafür den Marktpreis der Gewichtsdifferenz zwischen An- und Ablieferung und konnte so das Fleisch zu 1,05 Mark das Pfund verkaufen. Auch der Kartoffelproduktion hat sich die Stadt zugewandt. Der Ertrag dieser Kartoffelwirtschaft beträgt rund 8000 Zentner, eine Summe, die es der Stadt ermöglicht, ihren Kartoffelbedarf selbst zu decken. Dabei betragen die ganzen Kosten 16 000 Mark. Wenn die Stadt also den Zentner mit 3 Mark verkaufen würde, so würde der Stadt noch ein Gewinn von 8000 Mark verbleiben.

Hier handelt es sich doch immer erst noch um einen Versuch und trotzdem sind die angeführten niedrigen Preise geradezu bestechend und zeigen uns den Wert einer nationalen Eigenwirtschaft der Städte im hellsten Lichte. Jedoch wird man in den städtischen Körperchaften trotz dieser glänzenden Beispiele auf Widerstand stoßen, der so lange währt, bis das Volk Männer als seine Vertreter entsendet, die unbeeinträchtigt von Sonderinteressen nur das Gemeinwohl im Auge haben.

### Die Erde ist knapp . . . !

Die „Medien. Volkstg.“ brachte vor einigen Tagen eine Kolle, in der launig erzählt wurde, wie der Krieg sogar die Preissteigerung der — Wasserflöhe „beeinträchtigt“. Von einem Leser aus Berlin erhielt das Blatt daraufhin einen Brief in dem ein noch weit schöneres Erlebnis berichtet wird:

„Denken Sie sich,“ schreibt der Einsender, „die Erde ist knapp! Ja, da wird es auf Erden noch schlimmer werden, denn wohin sollen wir gehen, wenn uns die Erde knapp wird? Jetzt wird es ganz schlimm! Also, hören Sie bitte! Kommt hier in Berlin O. meine Frau zum Gärtner (große freie Anlage) und kauft wie sonst für 10 Pf. Blumenerde. Man verlangt dafür jetzt aber 30 Pf. (1) Das Erstaunen meiner Frau über die verhältnismäßig ungeheure Preissteigerung beschwichtigt der Gärtner mit den Worten: „Was denken Sie, die Erde ist knapp.“ So mußte also der hohe Preis gezahlt werden! Die Komposterde, die jetzt zum Verkauf kommt, ist ihrer Zusammensetzung nach so wenig von der Kriegszeit betroffen, wie die Wasserflöhe Schuld an Lebensmittelpreisen tragen. — Wer es kann, plünder eben den Mitmenschen aus, und wer dies nicht kann, bezahle die Kosten!“

Mancher Leser wird wohl sagen, daß damit der Höhepunkt der Verteuerung aller Gebrauchsgüter erreicht sein dürfte. Doch wir sind nicht so leichtfertig und bereiten uns schon auf weitere Ueberstufungen vor.

### Der gestörte Eierhandel in der Kirche.

Ein niedliches Geschichtchen berichtet man der „Volkswacht“ in Freiburg aus Radolfzell: „Ein schwungvoller Eierhandel fand am vergangenen Mittwoch in der dortigen katholischen Kirche statt. Ein auswärtiger Käufer wollte zwei Verkäuferinnen ihren ganzen Eiervorrat abnehmen, man sagt, um 20 Pf. für das Ei. Um nun bei diesem Geschäft nicht gestört zu werden — die Polizei hatte ausdrücklich die Verkäuferinnen von Eiern angewiesen, daß nicht mehr als 4-5 Stück an eine Person verkauft werden dürfen — gingen alle drei in die Kirche. Wie wir hören, ist die Polizei dagegen eingeschritten, aber bei einer solchen Ueberschreitung der Höchstpreise wird doch hoffentlich das Gericht auch noch ein Wortchen mitzureden haben.“

Zu was doch eine Kirche gut sein kann!

Von russischen Kriegsgefangenen überfallen. Wie die Stettiner „Abendpost“ aus Jacobshagen meldet, ist dort der 45jährige Stellmacher Augustus Joede aus Jacobsdorf, welcher Freitag abend auf die Raminchenjagd gegangen war, von vier von ihrer Arbeitsstelle in Neplin bei Döbich entflohenen russischen Kriegsgefangenen aus dem Gefangenelager Stargard in Pommeren überfallen und nach hartem Kampfe lebensgefährlich verletzt worden. Er erhielt einen Messerstoß in die Lunge und mehrere Stiche sowie einen tiefen Schnitt in den Hals. Er ist im Krankenhaus in Stargard gestorben. Nach den hinterlassenen Spuren sind die Russen in nordöstlicher Richtung davongelaufen, wahrscheinlich nach der Gegend von Dramburg.

Sommerzeit in Oesterreich. Aus Wien wird gemeldet: Durch Verordnung des Gesamtministeriums wird in Oesterreich für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1916 die sogenannte Sommerzeit eingeführt.

Erdbeben in Italien. In Aquila wurden Freitag mittags 1 Uhr 25 Minuten zwei starke Erdstöße wahrgenommen, nachdem schon in den letzten beiden Tagen zahlreiche andere schwächere Erdstöße eingetreten waren. Die Bevölkerung wurde von einer Panik ergriffen. Im Dom, wo gerade Funktion aus-

gebüht wurde, fiel der Geistliche von der Kanzel. Die Menge stürzte schreiend ins Freie.

Explosionskatastrophe in einer südrussischen Granatfabrik. Freitag vormittag ereignete sich in einer Handgranatfabrik bei Czajka eine Explosion, bei der ungefähr zwanzig Personen verletzt und einige verwundet wurden. — Bei einem Brande in einer Sprengstofffabrik in Kronstadt wurden 17 Personen verwundet.

### Parteiveranstaltungen.

**Tempelhof.** Eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet, Donnerstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Norden Gottlieb-Duncker-Str. 60. Ude der Germaniastraße, 60. Auf der Tagesordnung steht: Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung. Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt.  
**Steglitz.** Mittwoch, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schellhals, Steglitz, Wilmersdorfer Str. 15a. Tagesordnung: Stellungnahme bezgl. Anträge zur Kreisgeneralversammlung am 7. Mai. Wahl der Delegierten.

## Bei Blutarmut

Blutschwäche, Appetitlosigkeit, allgemeines Schwächebefinden, bei Frauen u. Kindern ist das wohlschmeckende, hämatocin-reiche Eisenpräparat **Dr. H. 2.60 d. alle Apoth.**

## Stoffe Cigaretten!

Vor der neuen Steuer:

1 1/2 Pk. 1000 St.	7.25 (1A)
2 1/2 Pk. 1000 St.	10.50 und 9.25 (1B)
3 1/2 " " "	14.50 und 12.75 (1C)
5 " " "	23.- und 17.50 (1D)

Dies sind Sebul v. d. Srt. b. 5 Pf.-Cig.  
2 1/2 M., 3 Pakete 7 M. **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**

## Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise.  
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)  
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
Auswahländerungen sofort. Amt Zentrum 7890. Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

## Münzen-Rohball

Käuflich e. verhandelt  
Berlin, Wilhelm-Strasse 46/47.

## Flechten

Alle Art heile ich schnell, selbst ohne Rücksicht. Ausf. Isidoros.  
Markmann, Magdeburg 26, Postfach 190.

## Hühneraugen

Schmerzlosste Fußsohlenbehandlung u. Hornhaut entfernt mit absoluter Sicherheit Reichel's „Bosco“. Einziges Heilmittel für eingewurzelte Leiden. Seit 25 Jahren bewährt! Preis 75 Pf., gegen W. L. — franco durch **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.**

## Neu-Messina!

Zukunftreiche Gartenstadt b. Ciesno. Innerweltlich billige Preise. Von 4 M. an. Sofort Hausverkauf an allen Straßen. Wer gewinnt viel Geld, der kauft hier! bei Einführung des Vorverkaufes benachteiligt. Kunststoffe und Gläser durch Küchenmeister, Berlin N 4 Invalidenstraße 36/37. Fernspr.: Norden 3103.

## Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

## Große Diwandecken

In rot, blau, oliv u. Persermuster **M. 4, 6, 6, 75**  
Buntperleiche, doppelseitige **Diwanddecken M. 7, 50-8, 75, 10, 50-12,-**  
Bunte Plüsch-Diwanddecken Größe 150x200 cm 18, 75-28, 75  
1 Posten Koche-Tischdecken à 4, 50, 6, 00, 10, 00 u. 18, 00 M.  
**Tappich-Spezialhaus Emil Lefèvre**  
Berlin Süd. Seit 1892 nur Oranienstr. 158.

**Röpenitz.** Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr, Mitglieder- versammlung im Lokal von Biele, Grünauer Str. 7. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben unserer Kreisgeneralversammlung. Referent Genosse Woid. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten.  
**Völkerveein.** Am 3. Osterfesttage, abends 8 Uhr, bei Bahrendorf, Hindenburgdam 104: Generalversammlung des Völkervereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl. 3. Stellungnahme zur außerordentlichen Kreisgeneralversammlung. 4. Delegiertenwahl zu derselben. 5. Berichtedes.

### Frauenleseabende.

**Marlenberf.** Freiabend Dienstag, den 26. d. M., 8 1/2 Uhr, bei Benisch, Hauptstr. 27.  
**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 23. April 1916, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag des Herrn Dr. H. Wille: „Das Kreuz als Sinnbild“. — Nächste Kindervorlesung: Sonntag, den 30. April.  
**Arbeiter-Zemisterbund.** Kolonne Groß-Berlin. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, Röpenitzer Straße 62 (Restaurant). Tagesordnung: Dienstverteilung am 1. Mai und andere Vorträge. Die Mitglieder werden dringend ersucht, zu erscheinen.

## Teppich-Engros-Haus

Verkauf zu vorteilhaften Preisen wegen Vergrößerung und Umbau unserer Räume  
Teppiche, Dekorationen, Tisch- und Diwanddecken  
Einzelverkauf  
Gladitz & Königsfeld, Berlin, Potsdamer Str. 97 I.  
Zweites Haus vom Hochbahnhof Bülowstraße.

## Paul Altmann

Die Befehung meines lieben, guten Mannes, des Land- hurrmanns  
am 21. März 1916  
findet nach erfolgter Leberführung am Dienstag, den 26. April, nachm. 2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Neufeld, Mariendorfer Weg, aus.  
Kontrollnr. 16. In stiller Trauer  
Frau Anna Altmann.  
118H

## Marie Mosla geb. Schulz.

Belgt sei ihr die Erde  
am 21. März 1916  
Nach langem, zum Teil sehr schwerem Leiden verchied am Donnerstag, den 20. April, meine innigstgeliebte, herzensgute Frau, unsere Mutter und Großmutter, Schwester und Schwägerin  
am 21. März 1916  
Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 26. April, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des städtischen Zentralfriedhofes in Friedrichs- feld aus. 618D

## Otto Trapp Hermann Trapp

am 21. März 1916  
Dies zeigen tiefbetäubt an die Euch nie vergessenden Gattinnen  
am 21. März 1916  
So ruht nun sanft in fremder Erde,  
Wir sind so glücklich hier gewesen.  
Doch grauam griff das Schicksal ein,  
Nahm uns das Liebste hier auf  
Erden,  
Lacht und in unserm Schmerz allein.  
Ihr schlammert nun in stiller Ruh,  
Unsere Liebe deckt Euch zu.  
Euer einziger Wunsch war nur  
ein Wiedersehen.  
Ruhet sanft in fremder Erde!

## Spezialarzt

für Haut-, Garm-, Frauenleiden,  
nerv. Schwäche, Veitstänze jeder Art, Ehrlich-Hata-Suren,  
Friedrichstr. 81, gegenüber  
Sprichl. 10-2, 5-9, Sonntag 11-9.  
Donnerer möglich, auch Teilzahl.  
— Separates Damenzimmer. —

## Richard Stahl.

Ehre seinem Andenken!  
Die Genossen des 340. Bezirks,  
Teil I und der 30. Abteilung,  
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

### Eingegangene Druckschriften.

Kultur, Kunst und der Krieg. Ein Nachwort zu einem Vorspiel von A. Bengraf. 71 S. — A. Neugebauer, Wien.  
Der Weltkrieg in der Karikatur. Von Eduard Buchs. In 30 Lieferungen à 1 M. Lieferung 2-10. A. Langen, München.  
Der Krieg 1914/16 in Wort und Bild. Heft 72-74. Jede Woche ein Heft 30 Pf. — Wie wir unser Eltern Kreuz erworben. Selbst- ergebnisse bearbeitet von A. Fiedl. v. Windig-Gampe. Heft 3 u. 4. Einzelh. 30 Pf. — Bong u. Co., Berlin W. 57.  
Nachblat für Holzarbeiter. Heft 4. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband. Erscheint am 15. jeden Monats. Viertel. 1,20 M. — Selbstverlag des Verbandes in Berlin SO. 16.  
Ein allgemeiner Arbeitsnachweis für die Bureauangestellten. Von E. Schmidt. 30 Pf. — Verlag des Verbandes Deutscher Bureau- beamten, Leipzig.  
Internationale Rundschau. 2. Jahrg. 5. Heft. 90 Pf. Verlags-Verlag Dr. H. J. J. J.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Zunächst ziemlich warm und vielach heiter, später von Westen nach Osten fortwährende Zunahme der Bewölkung, Regen- fälle und Abkühlung. Strichweise Gewitter.

## Robert Gerth

Referent des Inf.-Regim. Nr. 20  
Berlin, Gubener Straße 7.  
In schmerzhaftester Erinnerung:  
Wilib. Gerth u. Frau als Eltern,  
Franz Gerth als Bruder,  
Wilib. Gerth junger im Felde  
und Angehörigen  
nebst Elise Schmidt als Braut.  
Wir werden Euch nie vergessen.  
Ruhe sanft in Heidesland.

## Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Die Befehung des am 11. Janu- ar im Felde gestorbenen Begleitführers  
am 21. März 1916  
am 21. März 1916  
am 21. März 1916

## Paul Altmann

Kontrollnr. 16 — 2. Bezirk,  
findet nach der Leberführung der Leiche nach hier am Dienstag, den 26. April, nachmittags 2 Uhr, auf dem Ehrenfriedhof der Ge- meinde Neudän am Mariendorfer Weg statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
237/8 Der Vorstand.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Berlin.

Bezirk Westen.  
Am 18. April starb unser Mit- glied, der Hilfsarbeiter  
Friedrich Brust.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirch- hofes in Neudän, Hermanns- straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
141/13 Die örtliche Verwaltung.

## Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter  
Paul Altmann  
Kontrollnr. 16,  
im Alter von 35 Jahren als Soldat verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 26. April, nach- mittags 2 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Neudän, am Marien- dorfer Weg, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
85/15 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Adlershof.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
Karl Müller  
am 17. April gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am 2. Osterfesttage, den 24. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirch- hofes in Neudän, Hermannstraße, aus statt.  
Die Ortsverwaltung.

## Gustav Günther

verchied nach schwerem Kampfe am Freitag, 21. April, morgens 2 1/2 Uhr.  
Um stille Teilnahme bitten  
Die tiefbetäubten Hinterbliebenen  
Gustav Günther nebst Kindern.  
Einschüerung Dienstag, 25. April, 5 Uhr, im Krematorium Geisel- straße 37-38. 622B

## In Freien Stunden

Die  
Wochenzeitung für Arbeiterfamilien  
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

## Erich Fellmann

im kühnsten Alter von 29 1/2 Jahren.  
Dies zeigen in tiefem Schmerz an  
Wwe. Auguste Fellmann als Mutter.  
Max, Richard, als Brüder, zurzeit im Felde.  
Großmutter u. alle Verwandten.  
In der Mitte des Lebens, in der Fülle der Kraft, wurdet Du lieber Sohn und Bruder dahinge- rufen. Er schrieb nie, daß er darbleibe. Er lagte nie bis er starb. Tat treu seine Pflicht, bis die Kraft ihm nach, bis sein Herz stand still und das Auge brach. Schlaf wohl, geliebter Sohn. Ueber Deinem Grabe weht der Völkervind.

## Paul Fleck

Ref.-Inf.-Regim. 20, 10. Komp.  
In tiefem Schmerz  
Berth Fleck geb. Rook als Gattin  
nebst Kindern  
Bruno, Kurt und Erich.  
Auguste Fleck als Mutter.  
Wilib. Fleck als Bruder, zurzeit im Felde, nebst Frau.  
Max Fleck als Bruder, zurzeit in Gefangenschaft, nebst Frau.  
Karl Fleck als Bruder, zurzeit im Felde, nebst Braut, Schwager und Schwägerin.

## Johann Müller

Infanterie-Regim. 244, 11. Komp.  
Witwe Henriette Müller geb. Döring  
Franz und Frida Döring,  
Straßener Str. 33.  
O. Schicksal macht, ich hab es kaum,  
wo bist Du hin, mein schönster  
Traum. 613B  
Ruhe sanft in fremder Erde!

## Hermann Hartmann

an den Folgen einer schweren  
Verwundung, welche er am  
23. Februar 1916 bei einem Sturm-  
angriff erhalten hatte.  
Die Beerdigung fand am 21. d. M.  
auf dem städtischen Friedhofe in  
Ludwigsholen statt. 620B

## Pauline Wilke

geb. Köhler  
im 54. Lebensjahre. 619B  
In tiefer Trauer  
Gustav Wilke und Kinder,  
Vilandenstraße 36.  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 24. April, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle des  
Emmaus-Kirchhofes, Neudän,  
Hermannstraße, aus statt.

## Billige Preise.

1. Feiertag geschlossen  
2. Feiertag 12 bis 2 Uhr geöffnet.  
Wirklich gestiegene Stoffe! Feuchte Formen (keine Dutzendware)

Praktische Gummimäntel mit passender Kappe, blau, grün, mode, kastanienbr., aus Popeline, Kamogare, Kaschmir, Seide, bis an den weitaus Gr. prächt. Gummier, 65,-, 45,-, 35,-, 25,-, 21,-, 15,-, Herrogummimäntel, auch f. Offiziere u. Mannschaften, 20,-, 35,-, 24,-, 20,-, Einseitigengummimäntel, gestrichelt geschützter Ersatz f. Gumm, feuchte Formen, prachtvolle Farben, 65,-, 55,-, 45,-, 40,-, 35,-, 30,-, 25,-, 21,-, 15,-, Fische Koverkotmäntel, sehr halblang lang, ungefüllt, auch mit Seide, grüne, mode Töne, darunter prächtige Herrenstoffe, glatt mit Steppereien, auch Fantasieformen, lose Glockenformen (keine Dutzendware) 65,-, 45,-, 40,-, 35,-, 30,-, 25,-, 21,-, 15,-, Winter-Angebote!! Fischehülle f. m. Pelz 150,-, 120,-, 100,-, glatte Fischehülle 15,-, 65,-, 39,-, 29,-, Wolplüsch- und Astrachanmäntel 75,-, 65,-, 45,-, 50,-, Pelzmäntel, wanderbarer Pelzmantel, Ners mit Iltis 600,-, Fohlenmantel mit Iltis 250,-, Karze Pelzjacken 100,-, 75,-, 50,-, Ullster, wanderbare Qualitäten 60,-, 55,-, 50,-, 45,-, 12,-, reizende Formen, jagend, Schnitte, Gürtel, m. rothweiß, Rücken (keine Dutzendware), Ersatz f. Madrasmäntel, a. gebl. glatte Formen, beste Stoffe, Kamms, Seide, Tuch, Rokenna, auch Backfachkapuze 120,-, 120,-, 95,-, 75,-, 51,-, 43,-, 38,-, 35,-, 25,-, Modell-Röcke, Tafel, Kammgarn 30,-, 20,-, 15,-, Garnierte Kleider 75,-, 50,-, 25,-, Lodenkapuzen Garnierte Kleider 75,-, 50,-, 25,-, Lodenpelzinen 15,-
---

**Westmann**  
Auswahländerungen nach I. Geschäft Mohrenstr. 37a (Kolonnaden), II. Geschäft, Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
I. Geschäft Mohrenstr. 37a (Kolonnaden), II. Geschäft, Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
Stärkste Plüsch sind in allen Abteilungen Passende.  
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgege



**Berichtszeitung.**

**Wieder ein Danerprozess.**

Nachdem eben erst der fast drei Wochen andauernde Prozess gegen die ehemaligen Direktoren des Preussischen Volkshauses beendet ist und der seit dem 28. Februar vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I verhandelte Betrugsprozess gegen Steinbock und Genossen noch immer weitergeführt wird, beginnt unmittelbar nach den Ferien schon wieder ein Kiesenprozess vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schwarze.

Es handelt sich wieder um ganz umfangreiche Darlehensschulden, die der wegen Betruges in ungezählten Fällen angeklagte Kaufmann Karl Winkler, der seit 1 1/2 Jahren in Untersuchungshaft liegt und von der Anklagebehörde als gemeingefährlicher Beschäftigter angesehen wird, verübt haben soll. Der erst 33 Jahre alte Angeklagte hat

seine kaufmännischen Talente schon in ausgiebigem Maße auf den verschiedensten Gebieten betätigt. Er ist gelernter Drogist. Mit 20 Jahren war er Angestellter bei dem Internationalen Kaufmannsbureau Union des Herren Florando Fischbaum, der gleichzeitig die „Deutsche Kredit- und Disconto-Bank“ begründet hatte. Nach nicht 22 Jahre alt übernahm Winkler die „Weltanleihe Union“, verkaufte sie aber nach einiger Zeit an den Kaufmann Otto Schaar-Schmidt und übernahm dann das „Sächsische Bankgeschäft“, aber auch in anderen Unternehmungen betätigte er sein Glück: so gründete er das „Sportgeschäft“ und Verbandsbuchhandlung Carl Winkler u. Co., ein „Verbandsgeschäft“ losenerischer Präparate Dr. Aders u. Co., eine „Berliner Grundstücks- und Terrain-Verwertungs-Gesellschaft“, auch wird behauptet, daß er sich in der Vermittlung von Trauungen in England betätigt habe. Schließlich wurde er persönlich hiesiger Geschäftsführer der Kredit- und Immobilien-Gesellschaft Winkler u. Co. Seit Jahren betrieb der Angeklagte die Darlehensvermittlung. In immer wiederkehrenden Inferaten, die über das ganze Inland und teilweise auch über das Ausland verbreitet wurden, bot er „Darlehen an reelle Leute jeden Standes und gegen Kautionsrückzahlung und mäßige Zinsen“ an, wobei er den Gläubigern

erwiderte, daß er selbst der Geldgeber sei. In seinen Diensten standen etwa 170 Sparten, die die Vertriebsmittel für ihn rührten und ihm viele Tausende von Darlehenssuchern zuführten, von denen sich die meisten betrogen fühlten, wie die zahlreichen bei der Staatsanwaltschaft eingegangenen Strafanzeigen und die mehr als hundert Bescheidene, die dem Angeklagten überreicht wurden, beweisen. Die Geschäftsbürois des Angeklagten soll darin bestanden haben, daß er seinen Vorfah lediglich darauf richtete, von den Darlehenssuchern teils Verträge in Bargeld, teils Wechselanträge, teils Leihen zu erlangen und sich dann der Erfüllung seines Versprechens, das Darlehen zu gewähren, möglichst zu entziehen. Es sollen außerordentlich zahlreiche Personen, ohne einen Pfennig Darlehen zu erhalten, beträchtliche Vorläufe gezahlt haben und diejenigen, die im Vertrauen auf sofortige Erledigung ihres Bittens an den Angeklagten Wechselanträge gegeben hatten, die er sofort diskontierte, von den Diskonturen verlangt, von den Gerichten verurteilt und mit Zwangsvollstreckung bedroht worden sein. Es handelt sich um viele Hunderte von Straftaten und mehrere Tausend geschädigter Darlehenssucher. Die Verhandlung dürfte drei Wochen in Anspruch nehmen. Ueber das Urteil werden wir berichten.

**Deutsches Theater.**  
Direktion: Max Reinhardt.  
6 1/2 Uhr: Faust II.  
Montag 7 1/2 Uhr: Faust II.  
Dienstag 7 1/2 Uhr: Der Biberspelz.  
(Frau Wolf: Elso Lehmann.)  
**Kammerspiele.**  
8 Uhr: Der eingeschickte Kranke.  
Hierauf: Ballett.  
Nachm. 3 1/2 Uhr (kleine Preise): Die ewigen Kleinstädter.  
Montag: Der eingeschickte Kranke.  
Hierauf: Ballett.  
**Volkstheater.** Theater a. Blönowpl.  
8 Uhr: Die Mottenburger.  
Nachm. 3 1/2 Uhr (kleine Preise): Das Märchenbuch.  
Montag: Die Mottenburger.  
Nachm. 3 Uhr (kleine Preise): Doppelselbstmord.  
Dienstag: Romeo und Julia.

**Verband der Freien Volksbühnen**  
Sonntag, den 23. April 1916:  
Nachmittags 3 Uhr:  
Volkstheater, Theater am Blönowpl.: Das Märchenbuch.  
Deutsches Epochenstück: Der Weisse Hühner.  
Schiller-Theater Charlottenburg: Die drei Prachtkinder.  
Deutsches Künstler-Theater: Don Juan.  
Seising-Theater: Komödie der Worte.  
Montag, 24. April 1916:  
Nachmittags 3 Uhr:  
Volkstheater, Theater am Blönowpl.: Doppelselbstmord.  
Deutsches Künstler-Theater: Don Juan.  
Seising-Theater: Komödie der Worte.  
Abends 8 Uhr:  
Deutsches Künstler-Theater: Dienstag und Freitag: Die selbige Orgel.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
Volkstheater, Theater am Blönowpl.: Dienstag bis Donnerstag: Romeo und Julia.

**Seising-Theater.**  
3 Uhr: Die Troerinnen.  
3 Uhr: Komödie der Worte.  
Montag: Peer Gynt.  
3 Uhr: Komödie der Worte.  
**Deutsch-Künstler-Theater.**  
Heute und Montag 8 Uhr:  
Die selbige Exzellenz.  
Nachm. 3 Uhr: Don Juan.

**Walhalla-Theater.**  
Sonntag:  
Nachm. 3 Uhr: Die Förster-Christi.  
Abends 8 Uhr: Das Glück am Rhein.  
Dienstag:  
Nachm. 3 Uhr: Dringt.  
Abends 8 Uhr: Das Glück am Rhein.

**Komödienhaus.**  
7 1/2 Uhr: Z. 1. M.: Der siebente Tag.  
Nachm. 3 Uhr: „Estrablätter“.  
Montag 7 1/2 Uhr: Der siebente Tag.  
Nachm. 3 Uhr: „Estrablätter“.  
**Berliner Theater.**  
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.  
Nachm. 3 Uhr: Wie einst im Mai.  
Montag 8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.  
Nachm. 3 Uhr: Wie einst im Mai.  
**Theater für den 1.**  
Deutsches Opernhaus Charlottb.  
3 Uhr: Der Bettelstudent.  
7 Uhr: Wohltätigkeitskonzert: Parsifal.  
Am 2. Feiertag: 12 Uhr mittags und 7 Uhr abends: Wohltätigkeitsvorstellung: Parsifal.

**URANIA Tanzenstr. 48/49.**  
Sonntag und Montag 4 Uhr:  
(Halbe Preise)  
**Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.**  
Sonntag und Montag 8 Uhr:  
**Von den Rokknoströmpfen zum Nareozsee.**

**Luisen-Theater**  
Heute und Montag 8 Uhr:  
**Charlotte Klinger.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Das Mädchen aus der Fremde**  
Dienstag 4 Uhr: Nichtenbrüder.

**Rose-Theater.**  
Sonntag 3 Uhr: Wohltätig d. Menschheit.  
Sonntag 8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.  
Montag 3 Uhr: Von Stufe zu Stufe.  
Montag 8 Uhr: Von Stufe zu Stufe.

**Kleines Theater.**  
8 1/2 Uhr: Jettchen Gebert.  
8 Uhr: Logierbesuch.  
Am 2. Feiertag:  
8 1/2 Uhr: Henriette Jacoby.  
8 Uhr: Logierbesuch.  
**Komische Oper.**  
An beiden Feiertagen:  
8 1/2 Uhr: Jung muß man sein.  
8 Uhr: Der Favorit.  
**Lustspielhaus.**  
An beiden Feiertagen:  
3 1/2 Uhr: Die deutschen Kleinstädter.  
8 1/2 Uhr: Der Gatte des Fräuleins.

**Residenz-Theater**  
An beiden Feiertagen:  
3 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.  
8 1/2 Uhr: Loge No. 7.  
**Schiller-Theater O.**  
3 Uhr: Alt-Heidelberg.  
Am 2. Feiertag:  
8 Uhr: Mutter Thiele.  
**Schiller-Th. Charlottenbg.**  
3 Uhr: Die 5 Frankfurter.  
8 Uhr: Mutter Thiele.  
Am 2. Feiertag:  
8 Uhr: Das Lumpengesindel.  
8 Uhr: Die heitere Residenz.

**Casino-Theater**  
Kochstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
An allen Osterfeiertagen abds. 8 Uhr:  
**Onkels Testament oder Die Vogelscheuche.**  
Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen:  
Was machte un?  
Vorher: Erstklassige Spezialitäten.

**Palast**  
Heute und morgen:  
Oster-Sonntag und Oster-Montag  
Je 2 Vorstellungen 8 1/2 u. 8 Uhr.  
Nachm. jeder Erwachsene, 1 Kind frei.  
In allen Vorstellungen:  
d. vollst. ungekürzte heitere April-Programm mit Bernh. Mörbitz, Otto Röhr, Zirkus im Theater, „Das höchste Kleinod“ usw.

**Metropol-Theater**  
An beiden Feiertagen:  
8 Uhr: Wiener Blut.  
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).  
**Montis Operetten-Theater**  
An beiden Feiertagen:  
8 1/2 Uhr: Der Weltenbummler.  
8 Uhr: Der selbige Balduin.

**Thalia-Theater.**  
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.  
8 Uhr: Blondinen.  
Am 2. Feiertag:  
3 Uhr: Johannistfeuer.  
8 Uhr: Blondinen.  
**Theater am Söllendorferpl.**  
3 1/2 Uhr: Der Troubadour.  
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!  
Am 2. Feiertag:  
3 1/2 Uhr: Der Waffenschmied.  
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!  
**Theater des Westens**  
An beiden Osterfeiertagen:  
8 Uhr: Das Fräulein vom Amt mit Guido Thielscher.  
3 1/2 Uhr: Polenblut.  
**Trianon-Theater.**  
An beiden Feiertagen:  
4 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.  
8 1/2 Uhr: Die beiden Meyers.

**UT**  
Der neue grosse Oster-Fest-Spielplan!  
U.T. Aurländebaum, Kollendörp, Klegensberg, Friedrich-Gd., Zauberküche, Moritzplatz, Weinbergweg, Gröbenstrasse.  
**Leben um Leben!**  
An Hiltmann, Regie Richard Eichberg. In den Hauptrollen: Erich Kaiser-Titz, Ellen Richter, Louis Neher.  
**Die Oster-Lustspiele:**  
**HENNY PORTEN**  
**Der Schirm mit dem Schwan!**  
U.T. Golenbe, Schölg, Hauptstr., Reinholdsdorferstr., U. d. Linden  
**PAUL HEIDEMANN**  
Liederspiel: U.T. Aurländebaum, U.T. Söllendorferpl.  
**ALBERT PAULIG: Seine Braut!**  
U.T. Golenbe, Schöberg, Hauptstr., Unter den Linden, Reinholdsdorferstr.  
**Ein toller Einfall!**  
Albert Paulig, Henry Bender, Ellen Richter, Käthe Haack, S. Serisch  
U.T. Friedrichstraße, Moritzplatz, Klegensberg, Weinbergweg.  
An beiden Feiertagen Anfang 8, 10, 11, 9 Uhr

**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
An allen 3 Feiertagen:  
**Großes Konzert.**  
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leiter: Komponist Franz v. Blon.  
Anfang 4 Uhr.

**WINTERGARTEN**  
Elsa und Berta  
**Wiesenthal**  
„Arizona“  
Das Mädchen mit den Schicksalsaugen  
Variété-Operette von  
**Gilbert**  
sowie der glänzende April-Spielplan.  
Ermäßigte Preise!

**Menagerie**  
**Zirkus Holzmüller**  
Tropfow, Lohmühlenstraße, dicht a. Berl. SO., Wien-Str., u. Reut. Br.  
Am 1., 2. u. 3. Osterfeiertag  
Je 2 gr. Fast-Vorstellungen  
täglich 4 und 8 1/2 Uhr abends.  
Nur exzellente Attraktionen. Kunstreiter, guisochschut, Pferdemaier.  
**Vorführung groß. Raubtiergruppen**  
Elefanten, Panther, Löwen usw.  
Billige Preise! Galerie 50 Pf., III. Platz 70 Pf., II. Platz 1 50 Pf., I. Platz 1 50 Pf., Sperrpl. 1 50 Pf., Tage 2 Pf.  
Wirklich und Kinder die Hälfte.  
Menagerie von 10-10 Uhr geöffnet.  
**Volgt-Theater.**  
Sadstr. 58. Sadstr. 58.  
1. Osterfeiertag 8 Uhr abends:  
**Goldene Jugend.**  
2. Osterfeiertag 8 Uhr abends:  
**Das Vorle.**  
An beide Feiert. Nachmittagsvorstellung.  
**Possen-Theater**  
Lilienstraße a. d. Friedrichstraße  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Na so was!**  
**Gannell & Co.**  
mit Leonhard Hasel und Siegfried Berisch.

**Frankfurter**  
An allen 3 Feiertagen  
**2 Gr. Fast-Vorstellungen**  
Nachm. 3 1/2 u. abds. 8 Uhr  
Nachm. 1 Kind frei, weitere 1/2 Preis.  
In sämtlichen Vorstellungen auch nachm. ungekürzt  
**Ostern**  
Farbenprächtige glänzende Operspiele: vom Germanentum bis zur Neuzeit.  
Außerdem: Das aussergewöhnliche  
**Fest-Programm!!**  
Vorverkauf ohne Zuschl., auch für nachm., tägl. ab 10 Uhr.

**Germania-Prachtsäle.** Chausseest. 110.  
Sonntag, d. 23. u. Montag, den 24., 1. und 2. Feiertag:  
**Paul Rautbys Lustige Sänger.**  
Neues Programm!  
Anf. d. Konz. 6 1/2, d. Vorst. 7 1/2.

**Admirals-Palast**  
Osterfeiertage 2 Vorstellungen.  
Das neue Eisballett  
**Frau Fantasie.**  
4 Uhr. 8 1/2 Uhr

**GARBÁTY**  
CIGARETTEN  
DEUTSCHES FABRIKAT TRUSTFREI

**Jogal**  
Bei Influenza, Scharlach und Sogenen Husten werden mit Jogal-Labietten — selbst in verzweifelten Fällen — geradezu überragende Erfolge erzielt. Herzlich glänzend begutachtet. In Apotheken zu M. 1.40 und M. 3.50.

**Kahnt & Hertzler** Schöpfer, Königl. 2002  
Extrafahrten ab **Waisenbrücke.**  
Am 1. und 2. Osterfeiertag folgende nachm. Sonntage 2 Uhr nach **Krampenburg.**  
Ein und zurück 1 M., Kinder 50 Pf.  
**Reichstagsufer** direkt am **Bahnhof Friedrichstr.**  
An den drei Osterfeiertagen folgende nachm. Sonntage 9 Uhr nach **Werder a. H.**  
**Zur Baublüte.**

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
„Die von der Emden.“  
Anf. 1. u. 2. Feiert. 7 1/2 Uhr.

**Eisenmoorbad Pretzsch a. Elbe**  
Auffallende Heilerfolge bei Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven- und Frauenleiden. Billigste und beste Verpflegung in der Kriegszeit, da in der Gegend nur Landwirtschaft. Anerkannt guter, billiger und angenehmer Erholungsort. Angelsport, Flußbäder usw. Keine Kurtaxe. Prospekte durch die Badeverwaltung.

